

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhauß behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. **Telephon** Sammelnummer 72208 — **Vollstreckkonto** Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Berlag in Leipzig:** Lauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg., Stellenangebote 10 Pfg., Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Pfg., Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Kreditabsperrung der Städte

Statt Ersparnis Mehrausgaben

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich auf seiner letzten Tagung erneut mit der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage befaßt und einstimmig nachfolgender Entschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist der Auffassung, daß das gesamte deutsche Volk in allen seinen Teilen den durch die Reparationsverpflichtungen des Reiches bedingten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Rechnung tragen muß. Die deutschen Städte sind sich ihrer Verantwortung dem Volksganzen gegenüber bewußt und gewillt, auch ihrerseits der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands bei ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen voll Rechnung zu tragen.“

Schon vor Monaten hat der Vorstand des Deutschen Städtetages mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, nichtdringliche Ausgaben zurückzustellen. Angesichts der Entwicklung der Gesamtlage richtet er an seine Mitgliedsstädte erneut die Bitte, alle Ausgaben zu unterlassen, die nicht für unmittelbar kommunalproduktive Zwecke bestimmt sind. Durch Beschluß vom 23. Januar 1928 hat sich der Vorstand des Deutschen Städtetages aus eigenem Antrieb bereiterklärt, der Öffentlichkeit alle notwendigen Unterlagen zugänglich zu machen, um ihr fortlaufend einen Überblick über die kommunale Finanzgebarung und insbesondere über die Verwendung der aufgenommenen Anleihebeträge zu ermöglichen.

Die deutschen Städte sind infolge Verjagens des inländischen Kapitalmarktes zur Befriedigung ihrer dringenden wirtschaftlichen und produktiven Ausgaben auf dem ausländischen Kapitalmarkt angewiesen. Eine unterschiedliche Behandlung der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft ist in keiner Weise gerechtfertigt. Durch künstliche Absperrung des ausländischen Kapitalmarktes werden die deutschen Städte gehindert, ihren international anerkannten hohen Kredit zugunsten der gesamten deutschen Wirtschaft auszunutzen. Die Gemeinden sind bereit, für das Jahr 1928/29 an der Aufstellung eines Gesamtplanes für den dringlichen Auslandsanleihebedarf mitzuarbeiten, der den reparationspolitischen Gesichtspunkten und den Verhältnissen am ausländischen Kapitalmarkt Rechnung trägt.

Von der Ueberzeugung erfüllt, daß die den deutschen Städten obliegende Arbeit für Staat und Volk nur auf der Grundlage gemeindlicher Selbstverwaltung und Selbstverantwortung geleistet werden kann, richtet der Vorstand des Deutschen Städtetages an

die Reichsregierung das dringende Ersuchen, nunmehr mit größter Beschleunigung die Hemmnisse zu beseitigen, die einer sofortigen Erschließung des ausländischen Anleihegeschäftes entgegenstehen.“

Zu der Aushungerungspolitik, die Herr Schacht gegenüber den Städten treibt, liefert die Frankfurter Zeitung einen aufschlußreichen Beitrag. Der Stadt Frankfurt war es in jüngster Zeit gelungen, eine Auslandsanleihe in Höhe von 20 Millionen Mark abzuschließen. Die Bedingungen seien zwar als recht günstig zu bezeichnen. Die Anleihe sei aber „wesentlich teurer, und muß es nach Lage des deutschen Geldmarktes sein, als die im Herbst v. J. von der Stadt Frankfurt mit einem amerikanischen Bankhaus vereinbarte Anleihe von damals 15 Millionen Dollar. Diese Anleihe hätte die Stadt etwa 6 1/2 Prozent Zinsen gekostet. Ihre Realisierung scheiterte an den bekannten Widerständen, die dazu führten, daß die Beratungskommission in Berlin einfach ihre Bureaus schloß. Diese von Herrn Schacht geförderte, mindestens nicht verhinderte Berlin-Washingtoner Politik der Absperrung der deutschen Kommunen vom ausländischen, insbesondere dem amerikanischen Geldmarkt hat, abgesehen von andern unmittelbaren Schädigungen, auch dazu geführt, den Kredit der öffentlichen Hand erheblich zu verteuern und so der Bürgerschaft erhöhte Lasten aufzubürden. So verhältnismäßig vorteilhaft auch die jetzt abgeschlossene Anleihe ist, so ist doch im Hinblick auf den etwa 1 1/2 Prozent teurer und erfordert somit einen jährlichen Zinsmehrverbrauch von 300 000 Mk. Das ist ein Betrag, mit dem sich schon sehr viel Wertvolles und Dringliches im Aufgabenbereich einer Großstadtgemeinde erledigen läßt. Die Sparlosigkeit, die von oben her den Gemeinden so eindringlich gepredigt wird, wirkt sich hier in sehr schmerzlicher Weise in das gerade Gegenteil um.“

Das Defizit im Berliner Haushaltplan

Der Haushaltplan der Reichshauptstadt weist für 1928 ein Defizit von 10 Millionen Mark auf. Der Versuch, dieses Defizit wenigstens teilweise durch einen besseren Finanzausgleich zugunsten Berlins zu decken, ist an der Haltung der bürgerlichen Fraktionen des preussischen Landtags gescheitert. Die Stadt mußte deshalb von sich aus versuchen, auf irgendeine Art das Defizit zu beheben. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Montag einen derartigen Versuch gemacht und beschloß, von den Mitteln für die in Aussicht genommenen Schulbauten 3 Millionen Mark, und von den Kosten für geplante Straßenausbauarbeiten 6 Millionen Mark abzusetzen. Von den Wohnungsbauarbeiten werden 3 Millionen Mark für Zuschußhypothesen, die in der nächsten Zeit noch nicht gebraucht werden, herausgelassen. Der Rest des Defizits wird gedeckt durch eine Verringerung des Beitrages für die Polizeikosten von 1,3 Millionen, eine vermehrte Abgabe der Wasserwerke um 500 000 Mark, eine Erhöhung des Ansatzes für die Gewerbesteuer von 1 Million und eine Erhöhung aus den Einnahmen der Landesbankkassa von 3,5 Millionen.

Der Marineetat vor dem Reichstage

Die Vormittagssitzung

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstag begann heute seine Sitzung bereits um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marineetats, die der Erörterung des Rohmann-Komplexes folgen soll.

Abgeordneter Kuhn (Soz.)
begündet die sozialdemokratischen Anträge, die die Marineausgaben um rund 50 Millionen kürzen und auch die Mittel für das neue Panzerschiff nicht bewilligen wollen. Angesichts der faschistischen Umtriebe bei der Marine und im Hinblick auf den Phobos-Skandal können die Sozialdemokraten die Haltung der Marineleitung nicht billigen. Als Schutz der deutschen Handelschiffe sei die deutsche Marine unbrauchbar. Es sei ein Unsinn und schädlicher Luxus, in der kleinen deutschen Flotte alle Möglichkeiten des Versailles-Vertrages auszuschöpfen zu wollen. Deutschland werde auch ohne Flotte sich seinen Platz unter den Völkern der Welt sichern, wenn es konsequent die Verdrängungspolitik fortsetze. Für Seegerichte größeren Stils könne auch nach Meinung des Ministers Gröner Deutschlands keine Flotte nicht in Frage kommen. Die gleichwohl von ihm angeführten Gründe für das neue Panzerschiff seien nicht stichhaltig. Tatsächlich würde das größte Schiff die Freihaltung der Ostsee und die Sicherung der deutschen Neutralität nicht erreichen können. Ein auf 10 000 Tonnen beschränktes deutsches Panzerschiff könne nicht aufkommen gegenüber den Kolossen anderer Seemächte. Deutschland müsse nach dem Versailles-Vertrag ohne U-Boote und ohne Flugzeuge seine Schiffe in den Kampf schicken. Das würde aber nach Meinung der Sachverständigen reiner Selbstmord sein. Jetzt seien allein in der Ostsee 56 fremde U-Boote stationiert und 11 neue würden in diesem Jahr hinzukommen. Nach der Meinung dieser Sachverständigen seien die deutschen Häfen nicht vor der See auszuverteidigen, sondern vom Lande her. Die führende Zentrums- und die führende Sozialdemokratische Presse habe sich noch vor kurzem mit den besten Argumenten gegen das neue Panzerschiff ausgesprochen. Der Redner wendet sich dann

gegen die Zahl der Offiziere, die für die kleine Flotte viel zu groß sei. Die Beförderung des Kapitäns Kolbe sei eine Provokation, nachdem dieser Kapitän dem Prinzen Heinrich Gelegenheiten zu großen Reden auf Schiffen der deutschen Republik gegeben habe. Ebenso schlimm sei die Beförderung des Kapitäns von Vönsenfeld zum Konteradmiral. Auf den Linienschiffen Schleswig-Holstein und Schwerin seien monarchistische Bilder angebracht und die Heißhopper, Radiatoren und die Klöppel der Schiffsglocken schwarzweißrot angestrichen. Die Marineoffiziere, die Verbindungen mit verbotenen Wehrverbänden unterhalten, müßten scharf entzerrt werden. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abgeordneter Trevisanus (Deutschnat.) erklärt, die deutsche nationale Fraktion werde dem Marineetat und das neue Panzerschiff bewilligen. Die Marinefachverständigen seien über den Wert dieses Panzerschiffes anderer Meinung als der Abgeordnete Kuhn. Man hätte dieses Schiff besser als gepanzerten Kreuzer bezeichnen sollen. Das Flottenbauprogramm des Großadmirals Tirpitz werde ganz zu Unrecht beschuldigt, den Konflikt mit England verursacht zu haben. Er habe vor dem Bagdad-Bahnpolitik gewarnt (Zurufe links: Das hat Helfferich gemacht!) Helfferich hat als Bevollmächtigter der Deutschen Bank fortgesetzt, was 1888 die Deutsche Bank begonnen hatte. Die frühere Generalstabsauffassung, daß der Krieg nicht zur See entschieden werden könne, ist durch den Kriegsausgang widerlegt worden. Danach sprachen die Abgeordneten Wegemann (Zentrum) und Brüninghaus (Deutsche Volkspartei).

Um 12 Uhr mittags dauern die Verhandlungen fort.

Knüppel-Kunze fliegt

SPD Berlin, 27. März. (Radio.)
Auf dem gestern in Berlin abgehaltenen „Parteiabend“ der im Verborgenen blühenden sogenannten „Deutschnationalen Partei“ wurden die bisherigen Reichsführer und Antisemiten, Kunze, Berlin, und Blumenritzi, Dresden, aus der Partei ausgeschlossen. Mitleidlich werden sich die beiden nationalen Helden nun den „Antisozialisten“ anschließen.

Die polnische Sphinx

Sur Parlamentsöffnung in Warschau
Am 27. März beginnt in Polen eine neue Parlamentsperiode. An diesem Tage wird der neugewählte Sejm, der polnische Reichstag, eröffnet. Die Neuwahlen in Polen, mit denen als erste in Europa das große Wahljahr 1928 eingeleitet worden ist, haben eine klare Entscheidung und die erhoffte Klärung der verworrenen politisch-parlamentarischen Situation in Polen nicht gebracht. Auch nach den Wahlen erscheint Polen als die rätselhafte, undurchdringliche und unberechenbare Sphinx an der Weichsel.

Der Regierunqsblock, die neue Pilsudski-Partei, hat im Sejm 125 Mandate erobert. Vor den Wahlen rechnete man damit, daß er kaum mehr als zwei Drittel dieser Zahl erreichen wird. Der Pilsudski-Block hat also zweifellos einen Sieg errungen, wenn auch nur unter der Anwendung aller möglichen Mittel des Terrors. Er ist im Parlament die stärkste Partei und kann — je nach Bedarf seines Führers — mit rechts oder links eine Mehrheit bilden. Trotz dieser günstigen Situation will im Regierungslager keine rechte Siegerstimmung aufkommen. Der Grund dafür ist in erster Linie in dem starken Anwachsen der Parteien der Linken zu suchen. Allein die Sozialisten konnten ihre Mandatszahl von 41 auf 64, also mehr als 50 Prozent, erhöhen. Die beiden radikalen Bauernparteien haben 67 Sitze erobert. Beide Parteien sind stark in die bäuerlichen Wählermassen eingedrungen, so daß man in gewissem Sinne von einem Vormarsch der kleinbürgerlichen Massen reden kann, zumal auch die 45 Abgeordneten der Ukrainer und die 9 der Weiskruhen hauptsächlich mit bäuerlichen Stimmen gewählt worden sind. Zahlenmäßig haben die Parteien der Linken und der nationalen Minderheiten, wenn man die kleinen Splitterparteien mit einrechnet, sogar eine Mehrheit. Eine Grundlage für eine Regierung könnte eine solche Mehrheit, die etwa 15 Fraktionen in sich vereinigen müßte, freilich nicht abgeben, wohl aber kann sich diese linksgerichtete Mehrheit bei gewissen Abstimmungen der Pilsudski-Regierung unangenehm bemerkbar machen. Es kommt noch hinzu, daß auch im Pilsudski-Block bäuerlicher Einschlag vorhanden ist. In den entscheidenden politischen Fragen werden diese Bauernvertreter zweifellos mit dem Marschall durch dick und dünn gehen, aber in sozialen Dingen — z. B. bei der Agrarreform — können sie leicht nach links abzuweichen. Schließlich ist zu beachten, daß die Abgeordneten der Pilsudski-Partei nicht auf ein bestimmtes Programm, sondern auf den Namen Pilsudski gewählt wurden und bereits über geplante Gruppenbildungen innerhalb der Regierungspartei berichtet wird. Besonders wichtig ist, daß Pilsudski ohne die Linke und Teile der Minderheiten keine qualifizierte Mehrheit für Verfassungsänderungen zusammenbekommt.

Im ganzen betrachtet, stellt das Wahlergebnis immerhin einen bedeutenden Erfolg des Marschalls dar. Das Regime Pilsudski erscheint, wenn man neue, gewaltsame Umwälzungen als unwahrscheinlich nicht in Rechnung stellt, für lange Zeit gesichert. Pilsudskis Organ Glos Prawy schrieb vor den Wahlen einmal den Satz: „Vom Ausgang der Wahlen hängt weder das Schicksal des Landes, noch das Schicksal der Regierung ab.“ Nach der Lage der Verhältnisse in Polen war diese Prognose zweifellos richtig. Niemand wird glauben, daß Pilsudski etwa das Feld geräumt hätte, wenn die Pilsudski-Parteien bei den Wahlen eine Niederlage erlitten hätten. Er würde eben dann weiter diktatorisch ohne Unterstützung des Parlaments regieren haben. Jetzt hat er die Möglichkeit, die Diktatur im parlamentarischen Gewande zu führen. Daß Pilsudski den Parlamentarismus haßt und das Parlament verachtet, hat er dem verstorbenen Sejm gegenüber oft genug bewiesen. Trotzdem zieht er es aber, gleich andern modernen Diktatoren, vor, möglichst nicht ohne das demokratische Mantelchen auf der politischen Bühne zu erscheinen.

Zunieweit der Marschall diese Möglichkeit ausnützen will, dürfte sich bald zeigen. Schon die ersten Sejmstungen dürften hier eine gewisse Klärung bringen. Pilsudski will dem Parlament den bisherigen Vizepremierminister Bartel als Sejmarschall (Reichstagspräsident) aufzwingen. Aber weder die Rechte noch die Linke will darauf eingehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat einstimmig beschlossen, den Genossen Daszynski als Kandidaten für diesen Posten aufzustellen. Ein Prüfstein dafür, ob das neue Parlament seine Rechte zu wahren versteht, dürfte dann die Abstimmung über die während der parlamentarischen Zeit erlassenen Dekrete, darunter das berüchtigte Presseverbot, sein. Gegen dieses wird zweifellos eine Mehrheit vorhanden sein, und dann muß es sich zeigen, ob die Regierung ihr Dekret zurückzieht und wie sich das Parlament stellt, wenn sie es nicht tun sollte.

Die Möglichkeit neuer Konflikte ist hier also schon am Anfang gegeben. Von größter Wichtigkeit sind dann aber die von Pilsudski geforderten Verfassungsänderungen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten, die Einschränkung der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Sejm und die Wahl des Staatspräsidenten durch Volksabstimmung; außerdem werden noch gewisse Vollmachten für den Staatspräsidenten auf außenpolitischem

Reichstagswahlen am 20. Mai

Ämtliche Anweisung an die Behörde

Ämtlich wird gemeldet: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Neuwahl des Reichstages auf den 20. Mai festgesetzt werden wird. Die Landesregierungen werden gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Ausnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

Am Dr. Wirth

SPD Berlin, 27. März. (Radio.)

Der Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth hat von der demokratischen Parteioffiziersorganisation aus Düsseldorf ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wird, für die demokratische Partei zu kandidieren. Wirth selbst hat sich dazu noch nicht geäußert. Die Germania gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß er das demokratische Angebot zu den Akten legt. Vorläufig dürfte er das nach unseren Informationen nicht tun. Er wird vielmehr zunächst abwarten, welche Ausichten sich für ihn noch im Zentrum bieten. Wahrscheinlich kandidiert er an aussichtsreicher Stelle auf der Reichsliste oder an erster Stelle für das Zentrum in Berlin.

Das Berliner Zentrumorgan, die Germania, schreibt zu dem Angebot der Demokratischen Partei an Dr. Wirth, sie sei überzeugt, daß Dr. Wirth sich nicht zu einem Schritt bewegen lasse, der — alle Sophisterei habe keinen Zweck — in Wirklichkeit die Lösung vom Zentrum bedeute, sondern, daß er das demokratische Angebot ad acta lege.

Zugendwächter Strefemann

Die Angst um die Wahlgeelder der „Wirtschaft“

Wie die Zeit-Notizen hören, wird unter den neuen Männern, die die Wählerlisten der Parteien dem staunenden deutschen Volke als bisher heimliche Politiker von großem Format offenbaren werden, auch der Direktor einer D-Bank sich befinden, der früher Staatsbeamter war und nun, mit reichen Hilfsmitteln versehen, wieder ins Staatsleben zurück will. Die freigebige Verwendung seiner Hilfsmittel machen ihn zu einem umworbenen Mann, und auch die zahlreichen Freunde, die er in Banken und Handel besitzt, wollen sich bereits bei den bevorstehenden Wahlen die Propagierung ihrer Ideen, die etwa denen des gleichzeitig industriellen und bürgerlichen Str. Alfred Mond in England entsprechen, ein Stück Geld kosten lassen. Das würde eine „Erfrischung“ des Wahlfonds der demokratischen Partei und der liberalen Vereinigung bedeuten.

Nun versteht man auch den Grund und den Zweck der Rede Strefemanns vor den auswärtigen Journalisten in Berlin, in der der Reichsaußenminister erklärt hat, es gehe nicht an, daß große wirtschaftliche — einige wollen sogar geistige — furchtlos in den Mund nehmen — Interessengemeinschaften durch Subventionierung des Wahlkampfes die Parteien in die Hand bekommen; deshalb solle das Reich in Zukunft die Wahlkosten der erfolgreichen Parteien bezahlen.

Daß die Gelder der Landwirtschaft zu den Deutschnationalen fließen, damit haben sich Strefemann und die Strefemannier als mit einer gottgewollten, also ewigen Last begeben. Aber daß Geld der „Wirtschaft“, des Handels, der Banken oder gar der Industrie, an eine andere Partei, als die seinige, ab-

geführt werden sollen, dagegen wendet sich im Außenminister alles, was noch an den kleinen Subsidien erinnert, — also eben alles. Nur die Deutsche Volkspartei ist moralisch in sich so gefestigt, daß sie die Kapitalistengelder annehmen kann, ohne deshalb in innere oder äußere Abhängigkeit von den Kapitalisten zu geraten. Die Demokratische oder irgendeine andere Partei aber würde diese stützende Festigkeit, die Spezialität der Deutschen Volkspartei ist, nicht aufbringen, so daß man geradezu von „kapitalistischer Beeinflussung“ reden müßte. Und die muß natürlich verhindert werden, meint der politische Zugschwärmer Strefemann, der Vorstehende der Industriellenpartei!

Der Kampf um die Amnestie

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Berlin, 26. März.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich heute Abend mit dem Kompromiß, das in den Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und den Deutschnationalen zustandekam. Wie schon berichtet wurde, handelte es sich um das Verlangen der Deutschnationalen mit den proletarischen Gefangenen auch die Fememörder freizulassen. Der entscheidende Paragraph lautet nach der endgültigen Fassung wie folgt:

„Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind ferner vollendeter oder versuchter Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat, auch wenn diese neben anderen Straftaten abgeurteilt worden ist.“

Strafen, die wegen der in Abs. 1 (Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen wurden, D. Red.) bezeichneten, aus politischen Beweggründen begangenen Verbrechen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt sind, werden in Festung umgewandelt. Freiheitsstrafen werden auf die Hälfte der durch Urteil oder Gnadenbeweis festgesetzten Zeitdauer, jedenfalls aber auf nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer, lebenslängliche Freiheitsstrafen auf die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer zeitlicher Freiheitsstrafen herabgesetzt. Die erlittene Untersuchungshaft ist auf die hiernach zu verbüßenden Strafen anzurechnen.

Demzufolge haben sich die Deutschnationalen mit einer bedingten Amnestie der Fememörder abgefunden, wobei freilich auch die mit den höchsten Strafen bedachten proletarischen Gefangenen nicht alle freikommen werden. Durch die obige Fassung werden indes nur jene des Fememordes Angeklagten von der Amnestie befreit, deren Urteile rechtskräftig geworden sind. Die noch schwebenden Verfahren also sind dabei nicht inbegriffen.

In den Besprechungen wurde eingehend erwogen, ob die sozialdemokratische Fraktion die Hand dazu bieten kann, die rechtskräftig verurteilten Fememörder freizulassen. Man erwog u. a. die Auswirkungen auf die Reichsbannerorganisationen wegen der Auswanderer Mörder, die naturgemäß ebenfalls unter diese Bestimmungen fallen würden. Man verwies andererseits auf die Haltung der Sowjetregierung gegenüber den inhaftierten Sozialdemokraten in Rußland.

Die Fraktion beschloß gegen 22 Uhr, den Kompromißantrag abzulehnen. Damit dürfte die Amnestie als gescheitert gelten.

Von der Futterkeppe

Indiskrete Fragen an Herrn v. Reudell

Berlin, 26. März.

Der Reichstag setzt seine Aufräumungsarbeiten fort. Die Ausschüsse haben ihre Tätigkeit nahezu abgeschlossen. Nur der Hauptauschuß ist noch in Tätigkeit, um die Vorlage über die Rentensanktionskreditanstalt fertigzustellen. Im Steuerauschuß liegt noch eine Novelle zum Tabaksteuergesetz vor, wozu die geradezu skandalöse Form annehmenden Steuererhöhungen in der Zigarettenindustrie eingebracht werden sollen. Das Hauptgewicht der Reichstagsarbeiten wird damit in das Plenum verlegt. Dort ist bereits alles auf den Wahlkampf eingestellt. Das Ende der Woche bringt als Abschluß der gesamten Legislaturperiode eine große politische Debatte, in der wohl auch Dr. Strefemann das Wort ergreifen wird, um der Genfer Abrüstungskonferenz die Grabrede zu halten.

Im Verlaufe des Nachmittags wurden die Beratungen über den Etat des Innenministers zu Ende geführt. Sie verliefen in einer scharfen Kontroverse zwischen Sollmann und Herrn v. Reudell über die Methoden der deutschnationalen Futterkeppenspolitik. Dabei hatte sich der Innenminister auf die „wirksame“ Tätigkeit während der ersten Wochen seiner Lehrtätigkeit zurückbesonnen. „Neunzig Prozent Handbewegung und zehn Prozent Orben“, wie eine kommunistische Stimme dazwischenrief. Er leugnete frank und frei, daß er sich bei seiner Stellenbesetzungspolitik von irgendwelchen parteipolitischen Motiven leiten ließe. Schon aus der Form seiner Erwiderung lagte der Junker, so wie er ist, unverkennbar hervor. Als ihm dann aber Sollmann die Frage vorlegte, ob er unmittelbar vor dem Beginn seiner Rede ein Dekret unterzeichnet habe, nach dem zwei seiner besonderen politischen Wünsche, darunter der Sohn des deutschnationalen Abgeordneten Wallraf, von Regierungsrat zum Oberregierungsrat befördert würde, da schwieb des edlen Sängers Höflichkeit. Herr Wallraf jun. wurde von Herrn v. Reudell in das Innenministerium übernommen, kurz nachdem dieser sein Amt angetreten hatte. Auch die weiteren nicht minder klischen Fragen, ob durch diese Ernennungen eine ganze Reihe Beamter seines Ressorts benachteiligt worden ist, und ob sich seine eigenen Beamten nicht gegen die parteipolitische Willkürherrschaft des Ministers gewandt hätten, sind unbeantwortet geblieben. Sie wurden damit bejaht. Nichtsdestoweniger behauptet Herr v. Reudell kühn und ohne jeden Strupfel, daß er sich in seinen Entschlüssen von keinerlei politischen Motiven leiten ließe.

In den Abendstunden wurde über den Etat des Innenministeriums in Hunderten von Abstimmungen Beschluß gefaßt. Besondere Beachtung verdient ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wonach eine Position im Nachtragetat, die 100 000 Mk. für das Fest der bürgerlichen Sängerverbände in Wien enthält, auf 150 000 Mk. erhöht werden soll. Die zusätzlichen 50 000 Mk. waren für das 1. Arbeiterlängereisen in Hannover vorgesehen. Der Antrag wurde von den Parteien des Bürgertums abgelehnt. Die Mittel des Reiches sind nur für die anderen da. Das sind die „Segnungen“ der sozialen Republik, so wie sie vom Zentrum verstanden werden.

Der Antrag wird bei der dritten Lesung des Etats von neuem eingebracht.

Demokraten und Neuwähler. Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei und die Wahlkreisvorstände sind zur Aufstellung der Reichsliste und der Landeslisten für Dienstag, den 3. April, nach Berlin berufen worden.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Salzburg

Salzburg, 26. März.

In den 77 Gemeinden, in denen bei den gestrigen Gemeinderatswahlen neben den verschiedenen bürgerlichen Parteien die Sozialdemokraten Kandidaten aufgestellt hatten, ergaben sich folgende abschließende Zahlen: Bürgerliche Parteien 42 131 Stimmen mit 910 Mandaten, Sozialdemokraten 25 970 Stimmen mit 375 Mandaten. Bei den Wahlen im Jahre 1925 erzielten die bürgerlichen Parteien 38 387 Stimmen mit 891 Mandaten, die Sozialdemokraten 21 494 Stimmen mit 331 Mandaten. Von diesen 77 Gemeinden haben also die Bürgerlichen 3744 Stimmen mit 19 Mandaten mehr und die Sozialdemokraten 4476 Stimmen mit 44 Mandaten gegenüber dem Jahre 1925 mehr erhalten. Die Sozialdemokraten hatten in sieben Gemeinden des Landes die absolute Mehrheit. Auf Grund der gestrigen Wahlen wurden diese sieben Gemeinden behauptet und zwei Gemeinden (Maggen und Mühlfeld) neu gewonnen.

Abbruch

österreichisch-polnischer Verhandlungen

Wie die Tel.-Union aus Wien meldet, sind die Verhandlungen, die im Zusammenhang mit der polnischen Zollanforderung zwischen der polnischen und einer österreichischen Delegation in Warschau geführt wurden, abgebrochen worden. Die österreichische Delegation fährt in den nächsten Tagen nach Wien zurück. Ueber den Verlauf der Verhandlungen ist zu berichten, daß die polnische Regierung auf der Durchführung der Valorisierung bestand. Darauf wurde von österreichischer Seite die Ermächtigung einiger für den österreichischen Export besonders wichtiger Zollsätze gefordert. Die polnische Regierung erklärt sich hierzu aber nur unter der Bedingung geneigt, daß Oesterreich weitere Zugeständnisse, besonders durch Herabsetzung der Zölle für polnische Schweine und Schweinefleisch mache. Dies wurde jedoch von österreichischer Seite abgelehnt. Man rechnet nunmehr mit der Möglichkeit, daß Oesterreich sich zur Kündigung des Handelsvertrages mit Polen gezwungen sehen wird. Vorher will die österreichische Regierung allerdings versuchen, ihren Standpunkt mit anderen Mitteln durchzusetzen.

Wie weiter gemeldet wird, sind auch die gleichzeitig mit den polnisch-österreichischen Verhandlungen geführten Besprechungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei ins Stocken geraten. Es ist daher wahrscheinlich, daß Oesterreich und die Tschechoslowakei sich über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Polen verständigen werden.

22 Waggon Waffen

SPD Der tschechische Kriegsminister gibt bekannt, daß eine besondere Kommission den Inhalt der auf dem Bahnhof in Maria Theresien angehaltenen 22 Waggon geprüft habe, um festzustellen, ob der Transport mit dem identisch sei, für den die Durchfuhrerlaubnis erteilt wurde. Die Kommission habe festgestellt, daß die Waggon ihrem Bestimmungszweck zugeleitet werden. Es könne also in diesem Falle von Konterbande keine Rede sein.

Gebiet verlangt. Die angestrebten Änderungen laufen also im wesentlichen auf eine gezielte Beschränkung der Rechte des Parlaments hinaus. Wilsudski hat in der vergangenen Woche in einer Art Programmrede über die Zusammenarbeit mit dem Sejm gesprochen. Er betonte dabei, daß er jetzt den dritten Versuch in dieser Richtung mache, daß aber für ein Zusammenarbeiten eine veränderte Einstellung des Sejms unbedingt notwendig sei. Soweit es sich bei den Plänen nach Verfassungsänderung eine Beschränkung von Volksrechten handelt, wird Wilsudski dabei die Unterstützung der Rechtsparteien finden. Dagegen werden die Präsidentenwahl durch das Volk selbst und die verlangten außerparlamentarischen Vollmachten auch in diesen Kreisen auf Widerstand stoßen. Schärfster Gegner der Einschränkung der Parlamentsrechte sind natürlich die Sozialisten. Durch die Presse sind mehrfach Andeutungen gegangen, daß die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu Wilsudski und seiner Politik noch nicht entschieden sei. In der bereits erwähnten Fraktionsbesprechung hat sich jetzt gezeigt, daß die zu Wilsudski neigende Gruppe eine Minderheit ist, daß aber vor allem in den Hauptfragen des Schutzes der parlamentarischen Demokratie und der Ablehnung der diktatorischen Bestrebungen volle Einmütigkeit besteht. In diesem Zusammenhang ist ein offener Brief bemerkenswert, den das sozialdemokratische Organ Robotnik vor kurzem an die Abgeordneten der Regierungspartei richtete. Darin wird diesen Herren gesagt, daß sie ihre Mandate durch brutale Gewalt und Wahlschwindel erlangt haben, und sich nicht Volkvertreter nennen können. „Wenn ihr jemand vertretet“ — heißt es weiter — „dann nur die Organe der öffentlichen Sicherheit und die Hande der durch eure Gewalt gemästeten Wahlschäner.“ Aus diesen Sätzen wie aus Äußerungen maßgebender Führer spricht sicher alles andere als Koalitionssehnsucht.

Aber auch sonst wird die Sozialdemokratie zwangsläufig auf den Weg der Opposition gewiesen werden. Nach dem Robotnik enthält das Arbeitsprogramm der Sozialisten folgende Hauptpunkte: Sicherung der den Staatsbürgern von der Verfassung gewährleisteten Rechte, Selbstverwaltung, Agrarreform, Sozialgesetzgebung und auch die Frage der nationalen Minderheiten. Daß die sozialistische Fraktion mit ihren ersten demokratischen Forderungen in schärfstem Kampf mit Wilsudski und dem Wilsudskiblock geraten muß, wurde bereits angedeutet, aber auch mit den Agrarreformplänen wird sie auf deren Gegnerschaft stoßen. Wilsudski wird unbedingt versuchen, eine durchgehende Agrarreform zu hintertreiben, da er ja die Führer der Großgrundbesitzer in sein Lager gezogen hat. Aber auch mit der Forderung nach einer wirksamen Sozialgesetzgebung werden die Sozialdemokraten starken Widerstand finden, denn die Kreise der „Wirtschaft“, der Industrie und des Handels haben den Wahlkampf der Wilsudski-Partei zum größten Teil finanziert und fordern nun die Gegenleistung. Wie Wilsudski zu den geforderten Minderheitsrechten steht, zeigt sein Kampf gegen Ukrainer und Weißrussen, die dauernd unter den schlimmsten Verfolgungen zu leiden haben. Die großen, in der Regel mit furchtbaren Schreckensurteilen endenden Prozesse gegen Ukrainer und Weißrussen zeigen, wie sehr Wilsudski bestrebt ist, alle staatlichen Machtmittel gegen diese nationalen Minderheiten auszuwerten. Daß die Ukrainer jetzt mit 45 statt früher mit 21 Abgeordneten im Sejm vertreten sind, wird gewiß nicht die Neigung zu einer Widerung der Unterdrückungspolitik stärken, zumal Ukrainer und Weißrussen im Verdacht stehen, von dem verhassten Sowjetrußland unterstützt zu werden.

So zeigt eine Betrachtung der Gesamtlage, daß die innenpolitische Konstellation — die außenpolitischen Probleme scheiden wir heute aus — Stoff zu neuen Konflikten zwischen Parlament und der Regierung Wilsudski in reichem Maße bietet. Wird Wilsudski ernstlich versuchen, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten oder wird er weiter, wie bisher, diktatorisch regieren und das Parlament heimlich, wenn es nicht gesellig ist? Wird sich auch der neue Sejm so wie sein Vorgänger einfach ausschalten und bei jeder Gelegenheit an die Wand quetschen lassen? Wie wird die Masse des polnischen Volkes auf neue Vergewaltigungen und ein abermaliges Verlagen des Parlamentes reagieren? Das sind Fragen, auf die die polnische Sphinx heute keine Antwort gibt. Erst die kommenden Wochen und Monate werden ein deutlicheres Bild gewinnen lassen.

Die Rangierung der Fraktionen

In Verhandlungen der Sejm-Fraktionen am Montag stand die Frage der Verteilung der Plätze im Sitzungssaal des Sejms zur Beratung. Die Reihenfolge der Parteien von rechts nach links ist folgende: Nationaldemokraten, Volkspartei, Regierungsbund, Christliche Demokraten (die eine Orientierung mehr nach links wünschen), Nationale Arbeiterpartei, Wjwolente (die wiederum von Thuguit geführt wird), Dombist-Gruppe, Sozialisten, Kommunisten. Ueber die Einordnung der verschiedenen nationalen Minderheitenruppen, die im Sejm unabhängig vorgehen werden, wird noch verhandelt.

Vor der Königsberger Konferenz

Pessimismus in Litauen

DE Kowno, 26. März.

Die Presse der litauischen Opposition setzt ihre düsteren Prophezeiungen hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse der Verhandlungen mit Polen in Königsberg fort. Das führende Oppositionsblatt Lietuvos Zinios führt dazu folgendes aus: Die Polen, die die Befürchtungen der Litauer betreffs der Litaufrage sehr gut kennen, würden ohne Zweifel zunächst sehr vorsichtig vorgehen und bei den Verhandlungen anfangs nur die Berlehrsfragen zur Sprache bringen. Sie rechneten natürlich darauf, daß nach der Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen die diplomatischen Beziehungen ohne weiteres folgen würden. Somit sei für Litauen zu befürchten, daß die Königsberger Verhandlungen zur Anerkennung des status quo (auch in der Litaufrage) führen würden, was für Polen ein großer Erfolg wäre. — Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Königsberger Verhandlungen aller Wahrscheinlichkeit nach schon nach wenigen Tagen ergebnislos enden werden.

WLB Kowno, 26. März.

Die offizielle Lietuvos Abdas meldet: Wie verlautet, wird Litauen bei den litauisch-polnischen Verhandlungen in Königsberg auf seine Schadenerschaftsprüfung aus der Zeit des Weltkrieges geltend machen. An der Feststellung der Verluste arbeiten augenblicklich die zuständigen Beamten. Die Forderungen, z. B. der Sanitätsinspektion der litauischen Armee, beziffern sich auf etwa 350 000 Lit.

Genosse Forcico, der Präsident des Breussischen Landtages, ist seit einigen Tagen an einer schweren Grippe erkrankt, auf der sich neuerdings eine Lungenentzündung gesellt hat. Borewit gibt sein Befinden zu unmittelbaren Befürchtungen keinen Anlaß.

England und China

Revision der englisch-chinesischen Verträge abgelehnt

London, 26. März.

Die Schanghaier Verhandlungen zwischen Sir Miles Lampson, dem britischen Gesandten in China, und den Vertretern der Kaifong-Regierung haben nicht den erhofften Verlauf genommen. Lampson ist nach Peking abgereist. Ein direkter Abbruch der Verhandlungen hat jedoch nicht stattgefunden, da der britische Generalkonsul in Schanghai, Sir Sidney Barton, und der britische Konsul in Hankow mit der Fortführung der Besprechungen betraut wurden. Der Times-Korrespondent aus Schanghai berichtet, daß die Verhandlungen in Bezug auf die Beilegung des Rankinger Zwischenfalles vom März vorigen Jahres einen für England in jeder Beziehung günstigen Verlauf nahmen. Die Rankinger Regierung erklärte sich bereit, Reparationen zu zahlen und die Schulden zu bekräftigen, verlangte dann aber plötzlich, daß in das Hebereinkommen eine Klausel aufgenommen werde, in der England zugesagt, daß die Stadt Hankow von englischen Kriegsschiffen besessen werden soll. Außerdem sollte sich England bereit erklären, über eine allgemeine Revision der bestehenden englisch-chinesischen Verträge zu verhandeln. Diese beiden Forderungen wurden von Sir Miles Lampson zurückgewiesen.

Deutsch-perlisches Handelsprovisorium

Die Verhandlungen der deutschen und der perlischen Regierung über den Abschluß eines Vertrages, der an Stelle des zum 10. Mai dieses Jahres gefälligen bisherigen Freundschafts- und Handelsvertrages treten soll, haben, wie die Telegraphen-Linien erklären, bisher zu keinem Abschluß geführt. Infolge der außerordentlichen Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der Komplexität der Materie wird es voraussichtlich auch nicht möglich sein, bis zum 10. Mai mit der perlischen Regierung ein Abkommen zu erzielen. Da somit die Gefahr besteht, daß ein ebenso unerwünschter wie wirtschaftlich unerträglicher Zustand zwischen Deutschland und Persien eintritt, wird zwischen Deutschland und Persien zur Zeit über ein Provisorium verhandelt, das die deutsch-perlischen Beziehungen bis zum Abschluß eines endgültigen neuen Abkommens regeln soll.

Handelsprovisorium zwischen Teiland und Estland. Wie aus Rival berichtet wird, ist nach zweiseitigen schwierigen Verhandlungen zwischen Teiland und Estland ein Handelsprovisorium mit einfacher Mostbegünstigung unterzeichnet worden. Während die teilländische Delegation mit dem Vertragsabschluß zufrieden war, spricht die estländische Presse von einer Einschränkung der erstrebten Zollunion, die der neue Vertrag gebracht habe.

Griechisch-deutscher Handelsvertrag

SPD Berlin, 26. März.

Am Sonntag ist nach langen Verhandlungen in Berlin der griechisch-deutsche Handelsvertrag unterzeichnet worden. In ihm sind die üblichen Abmachungen über die Mostbegünstigung, die Behandlung der Warenproben, das Aufenthaltrecht und Schiffsfahrtsfragen getroffen worden. Der Vertrag enthält eine Anlage über Zolltarifvereinbarungen zwischen Deutschland und Griechenland. Danach hat Deutschland den Griechen Ausnahmetarife für Korinthen, Zitronen und gelblichweiße Teeblätter zugestanden, während die griechische Regierung 80 Positionen des Zolltarifs im wesentlichen für Waren, die die deutsche Industrie Ausfuhr nach Griechenland interessieren, herabgesetzt hat. Der neue Vertrag wird erst von dem kommenden Reichstag ratifiziert werden.

Warnnachricht vom Balkan

Bruch Italien - Südrußland?

Dem Berliner Tageblatt meldet sein Korrespondent aus Belgrad:

Die Agrarier-Presse, die gute Beziehungen zum Belgrader Außenministerium hat, will wissen, daß Italien jetzt nach Ratifikation der Neutune-Berträge durch einen diplomatischen Zwischenfall den Abbruch der Beziehungen mit Südrußland provozieren und die Zollunion zwischen Italien und Albanien proklamieren wolle. Italien wolle sich damit die völlige wirtschaftliche Herrschaft über Albanien sichern und die Angriffsfront gegen das Wardaral vorchieben. Das Blatt spricht vom „Grün der Lage“ und sieht voraus, daß sie die italienisch-südrußlandischen Beziehungen noch verschärfen müßten.

Neue Terrorwelle in der Ukraine

Aus Warschau wird gemeldet:

Aus der Sowjet-Ukraine liegen den Führern der Ukraine in Polen Nachrichten über Massenverhaftungen und politische Hinrichtungen wegen national-ukrainischer Propaganda gegen das Sowjetregime vor. Angeblich sollen etwa 50 Personen, darunter bekannte ukrainische Gelehrte und Schriftsteller, wie Prof. Symonowitsch und Dr. Tschepelenski verhaftet sein, während die Ukrainerin Frau Dr. Surowcowa und Dr. Petrenko bereits erschossen wären. Die beiden als erschossen gemeldeten Personen waren bekannte Mitglieder der ukrainischen Sozialdemokratie. Eine Nachprüfung der Meldungen ist von hier aus nicht möglich.

Aufreizung zu Dynamitattentaten strafbar!

SPD Ludendorffs Bundesgenosse, Oberleutnant Ahlemann, der genau wie sein Herr und Meister den Kampf gegen Juden und Freimaurer führt, steht in allen in Rubensform gebauerten Kriegerdenkmälern wahrheitsgemäß freimaurerisch-jüdischer Welt Herrschaft. Er hat in Greifenberg in Pommern seinem völkischen Anhang gesagt, daß sich hoffentlich jemand finde, der eine Dynamitpatrone darunter lege. Daraufhin wurde Anklage wegen Aufforderung zu Straftaten vor dem Schöffengericht Köslin erhoben. Aber Staatsanwalt und Richter waren sich einig darüber, daß die Aufforderung, Dynamitpatronen unter unbeliebte Denkmäler zu legen, keine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten sei. Pommersche Justiz!

Auch das bayerische Wahlgesetz angefochten

Die Parteileitung der demokratischen Partei in Bayern hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs Klage wegen des bayerischen Wahlgesetzes gestellt. Die Klage stützt sich darauf, daß dieses Gesetz mit den in der Reichsverfassung gelegten Grundregeln über die Gleichheit des Wahlrechts nicht im Einklang steht. Die demokratische Landtagung in München hat die Klagestellung bewilligt. Auf dieser Tagung wurde weiterhin beschlossen, daß die Deutsche Demokratische Partei in Bayern selbständig in den Reichs- und Landtagswahlkampf eintritt.

Ein unzufriedener Volksparteier. In einem Schreiben an die Deutsche Volkspartei teilt das Staatsratsmitglied Staffehl-Biesen (Kreis Nörtingen) der Vorsitzende des Verbandes der preussischen Landgemeinden seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei mit. In der Begründung sagt er, daß der landwirtschaftlichen Kollage von der Deutschen Volkspartei nicht gebührende Rechnung getragen worden sei.

Schlusabrechnung mit Herrn v. Reudell

Der Mißtrauensantrag abgelehnt

Berlin, den 26. März.

Der Präsident eröffnete die Sitzung des Reichstages um 14 Uhr. Die 2. Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Moses (Soz.)

In der Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herrscht ein fürchterliches Durcheinander. Daran ändert auch die Bekleidung des medizinischen Ehrendoktors an den für die Durchführung des Gesetzes verantwortlichen Herrn Dammann nichts. Der Redner wiederholt unter lebhaften Hörfürufen der Sozialdemokraten seine Veröffentlichungen im Vorwärts über sträfliche Versuche von Ärzten an sterbenden Kindern um. Er verlangt ein Eingreifen des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes.

Abg. Meyer-Franke (Komm.) begründet eine Entschließung, die allgemeine Vereins- und Versammlungsfreiheit fordert, mit dem Hinweis auf die bayerischen Verhältnisse.

Reichsinnenminister v. Reudell

äußert sich zu den Anfragen verschiedener Redner und kündigt eine wissenschaftliche Untersuchung des Problems des Geburtenrückgangs an. Als er davon spricht, daß auch in diesen Fragen die Kräfte des Glaubens und der Weltanschauung gewirkt werden müßten, kommen von den Kommunisten Entrüstungsrufe „Heuschrecke!“ — Abg. Schuler (Komm.) erhält einen Ordnungsruf.

Abg. Crispian hat eine Reihe von Eingeklagen auf dem Gebiete des Rundfunkwesens zur Sprache gebracht. Schon im Ausschusse habe ich mir auszuführen erlaubt, daß die Vorwürfe über mangelnde Berücksichtigung der Belange der Arbeiterschaft im Programm des Rundfunks unbegründet sind; wer das Programm zu verfolgen Gelegenheit hat, wird mir das auch durchaus zugeben. (Unruhe links und Rufe: Unglaublich! — Abg. Crispian (Soz.): Ich habe heute wieder neue Fälle bekommen. Wenn uns neue Fälle eingereicht werden, werden wir sie im einzelnen prüfen (Zuruf links: Sie wandern ja doch nur in den Papierkorb.)

Herr Soltmann hat nochmals die Angelegenheit Badt zur Sprache gebracht. Ich habe mit Rücksicht auf die Debatte im Reichsrat einen Brief geschrieben:

in dem steht einiges drin, einiges steht nicht darin. (Heiterkeit rechts.)

Aus ihm ergibt sich aber eine klare und positive Stellungnahme, die, wie ich annehme, von den Rächstbeteiligten durchaus verstanden worden ist.

In übrigen pflege ich Ratsschlüsse, wie es unter gestützten Menschen üblich ist, in aufrechter Ermüdung der Empfindungen auf der anderen Seite, mit derjenigen Stimmen Hochachtung entgegenzunehmen, welche der Bedeutung solcher Ratsschlüsse zukommt. (Heiterkeit rechts, Große Unruhe links.)

Herr Soltmann hat einige weitere präzise Anfragen an mich gerichtet, welche sich auf den Inhalt meiner Unterredung mit Herrn Brecht beziehen. Ich nehme an, der Vermutung des Herrn Soltmann selbst zu entsprechen,

wenn ich nicht glaube, daß er erwartet, daß ich diese Fragen beantworten werde. (Heiterkeit rechts.) Ich muß aus grundsätzlichen Erwägungen eine Verantwortung ablehnen.

Es ist mir nicht erlernerlich, daß der Abg. Soltmann seinerzeit in der Öffentlichkeit Gründe dafür angegeben hat, weshalb der Reichsminister Soltmann den Staatsminister v. Weiser, Reichsminister für den Staatssekretär Dewald zur Disposition gestellt hat. Ich verstehe die Motive, aus denen Herr Soltmann hier ausgeführt hat, daß ein Unterschied zwischen der zur Dispositionstellung eines Staatssekretärs und eines Ministerialdirektors besteht.

Abg. Schulz-Königsberg (Soz.) verlangt größere Mittel zur Behebung der Not in Ostpreußen.

Abg. Frölich (Soz.)

beantragt die Aufhebung des Postens des Reichskommissars für die öffentliche Ordnung. Dieser Beamte habe mit sehr bedenklichem Material in Thüringen gearbeitet. Dem früheren thüringischen Minister Herrmann sei schweres Unrecht angetan worden.

Ministerialdirektor Dr. Dammann vom Reichsgesundheitsamt antwortet dem Abgeordneten Dr. Moses. In dem Falle des Auguste-Viktoria-Hauses müsse das Ergebnis des von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Verfahrens abgewartet werden. In einem anderen von ihm angeführten Fall habe Dr. Moses nicht erwähnt, daß es sich um Experimente eines amerikanischen Arztes gehandelt habe. (Hört, hört!)

Abg. Janisch (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Technische Hochschule.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister v. Reudell eingegangen.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, v. Hamel, gibt einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen allgemeinen Gesundheitszustand. Der Gesundheitszustand sei befriedigend.

Abg. Soltmann (Soz.)

Der Minister hat bestritten, daß Beamtenernennungen unter dem Gesichtspunkt politischer Zusammenhänge bevorzugen. Ich frage nun:

Ist es richtig, Herr Minister, daß Sie vor der Abgabe dieser Erklärung die Beförderung der beiden Regierungsräte Walkraf und Nießen zu Oberregierungsräten angeordnet haben? (Lebhafte Hört, hört!)

Ist es richtig, daß durch die Ernennung dieser beiden Regierungsräte fünf oder sechs andere, mindestens gleich qualifizierte Herren übergegangen worden sind? (Hört, hört!)

Ist es richtig, daß gegen diese politischen Ernennungen aus den Reihen der Beamtenschaft protestiert worden ist? (Lebhafte Hört, hört!)

Sollte der Minister wieder, wie im Vorjahre, seinen Beamtenklub nach dem Schluß des Reichstages vornehmen wollen, so müssen wir jetzt schon gegen einen solchen Plan protestieren. (Beifall.)

Im Falle Brecht hat nun der Minister endlich zugegeben, daß er Brecht entlassen hat, weil er Republikaner ist. Wir haben nie bestritten, daß die Entlassung von Weiser und Dewald politische Gründe hatte. Das war Ehrlichkeit. Der Mangel an dieser Form der Entlassung kann durch keinerlei Ungehörigkeit verdeckt werden. (Beifall links.)

Reichsinnenminister v. Reudell

Abgeordneter Soltmann hat mich mißverstanden. Ich habe nicht zugegeben, daß Dr. Brecht wegen seiner republikanischen Gesinnung entlassen worden ist. Bei meinen Amtshandlungen ist es gleichgültig, ob der Reichstag verarmt ist oder nicht. Ich weiß die Grenzen zwischen der Legislative und Exekutive einzuhalten.

Abg. Soltmann (Soz.)

Der Minister hat mit keinem Wort meine Behauptung über die bevorstehende Bejörderung der ihm politisch nahestehenden Beamten bestritten.

Er bestätigt damit, was er vor wenigen Tagen unter Angriffen gegen die Presse ins Reich der Fabel verwiesen hat.

(Hört, hört! links.) Wenn die republikanische Gesinnung nicht der Grund für Brechts Entlassung war, so mag der Minister uns doch einmal den wirklichen Grund nennen.

Abg. Torgler (Komm.) verlangt die Beseitigung des Reichskommissariats für die öffentliche Ordnung.

Es folgt die zweite Lesung des Ergänzungsetats für 1928, der das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft, das Sozialprogramm für Kleinrentner und Werkspensionäre enthält.

Abg. Dr. David (Soz.)

erklärt, die planmäßige Gestaltung des Marktes, die das Notprogramm für die Landwirtschaft vorsehe, sei eine Antilche bei der sozialistischen Ideenwelt. Der Redner lei das Eigentum um so heftiger, je größer es sei, und um so weniger heilig, je kleiner es sei. Ueber der Not der Landwirtschaft dürfe man die noch größere Not anderer nicht vergessen. Wenn es wirklich zu dem Kriegszug der Bauern gegen die Städte käme,

würden die Bauern in den Städten Millionen von Menschen finden, denen es noch schlechter gehe als ihnen selber.

Die Gegnerschaft der Landwirtschaft zur Sozialpolitik sei ganz unverständlich, denn die Ausgaben für Sozialpolitik fließen in zwei Dritteln in die Landwirtschaft. So sei auch die Ablehnung der fünf Millionen für die Kinderpehlung unklar gewesen, denn diese fünf Millionen würden restlos für Lebensmittel ausgegeben worden sein. Die Rechte vertrete also einen reinen Arbeitgeber-Standpunkt. Dabei beschäftigten 2/3 der Bauern überhaupt keine Arbeiter. Damit der Löwenanteil des Notprogramms nicht wieder lediglich den Großagariern zugute komme, beantrage die sozialdemokratische Fraktion einen Arbeiter-Ausgleich. Die Not der Landwirtschaft sei auch nicht mit Zöllen zu beheben.

Abg. Seiffert (Volkspartei) bedauert, daß den Kleinrentnern nicht im Notprogramm gleiche Ansprüche gewährt werden sollen.

Abg. Frau Wende (D. Sp.) bedauert, daß das Kleinrentnerverordnungsgezet von diesem Reichstag nicht verabschiedet werden konnte.

Abg. Frau Dr. Aders (Dem.) weist auf die verschiedenen Besuche der Demokraten hin, eine gesetzliche Regelung der Kleinrentnerfürsorge zu erreichen.

Abg. Buh (Komm.) hält das Notprogramm für ein ganz untaugliches Mittel zur Behebung der Not der Klein- und Mittelbauern.

Abg. Haag (Dtn.) nimmt die Obst- und Gemüsebauern gegen den Vorwurf der Rückständigkeit in Schutz.

Abg. Torgler (Komm.) bedauert die Verzögerung der Beamten-Aufstellungen.

Die Aussprache ist damit beendet.

Der Ergänzungsetat wird angenommen.

Hierauf werden die vorher zurückgestellten Bestimmungen zum Haushalt des Innenministeriums vorgenommen.

Der gegen den Innenminister v. Reudell gerichtete Mißtrauensantrag der Kommunisten wird gegen die Antragsteller, die Sozialdemokraten und die Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

Die Ausschuss-Entschließung, die eine Reichskadidieordnung und eine Reichslandgemeindeordnung fordert, wird im Hammelsprung mit 172 gegen 132 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen haben Deutschnationalen, Zentrum und Bayer. Volkspartei gestimmt.

Die Ausschuss-Entschließung auf Beseitigung der Ländergefandtschaften wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Angenommen wird auch eine Entschließung, die verlangt, daß das Impfgesetz auf seine wissenschaftlichen Grundlagen hin nachgeprüft wird.

Abg. Ruhe (Natioz.) verlangt namentliche Abstimmung über die von den Völkischen, Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte Streichung einer Position von 200 000 Mark „zum Schutze der Republik“.

Die kommunistische und völkische Unterstützung reicht zur Erzielung einer namentlichen Abstimmung nicht aus. Die Streichung wird abgelehnt. Der Etat des Innenministeriums wird in zweiter Beratung angenommen.

Der Nachtrags-Etat wird gleichfalls in zweiter Beratung angenommen.

Die Abstimmung über den Ergänzungsetat wird um 10 1/2 Uhr auf Dienstag, 10 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem der Marine-Etat und der Phoebus-Bericht.

Die Waffenfunde in Hannover

Das Polizeipräsidium Harburg veröffentlicht im Zusammenhang mit den Waffenfunden im Kreisle Winfen folgenden amtlichen Bericht:

In Verfolg der Angelegenheit betreffend Waffenfunde in Hanstadt wurden von der Landes kriminalpolizei weitere Ermittlungen angestellt. Außer den bereits gemeldeten Waffen wurden an verschiedenen Orten im Kreisle Winfen noch gefunden: 4 leichte Maschinengewehre, 94 Gewehre, Modell 98, 6296 Patronen und Zubehörteile wie Ersatzläuse, Munition, Wasser- und Werkzeugkasten für Maschinengewehre, Maschinengewehrpatrone usw. Die Ermittlungen der Landes kriminalpolizei gehen noch weiter.

Ehrhardt löst auf!

Die Berliner Blätter erfahren, hat Kapitän Ehrhardt angeordnet, den Bund Wiking in Bremen und Oldenburg aufzulösen. Die Gründe für diese Maßnahme sollen angeblich in seinem Zusammenhang mit den kürzlich erfolgten Ausstufungen bei Mitgliedern dieser Putschisten-Organisation stehen. Offenbar handelt es sich bei der „Auflösung“ nur um eine neue politische Schiebung und ein Täuschungsmoment Ehrhardts.

Nach dem Fiasko der Abrüstungsstafung

U London, 27. März.

Nach dem Genfer Abrüstungsfiasko sieht der Manchester Guardian einen neuen Weg für die Abrüstungsfrage in amerikanisch-englischen Verhandlungen über eine regionale Abrüstungsbeschränkung. Durch ein gemeinsames englisch-amerikanisches Beispiel könnte die internationale Abrüstung vielleicht vorwärts getrieben werden.

Die französischen Wahlen

Paris, 27. März.

Im heutigen Journal Officiel erscheint das Dekret, das die Kammerwahlen auf den 22. April und den zweiten Wahlgang auf den 29. April festsetzt. Das Dekret bestimmt, daß 24 Stunden nach seiner Veröffentlichung die Kandidaturen bekanntgegeben werden müssen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil.

Alfred Herre in Leipzig

Verantwortlich für den literarischen Teil:

Hugo Seydand in Leipzig

Druck u. Verlag Leipziger Buchverleger: Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Auf dem Fluge nach Amerika Pilot Köhl heimlich gestürzt

WLB Berlin, 26. März. Das Junkers-Flugzeug D 1167 (die frühere Bremen) ist heute 8.08 Uhr vom Tempelhofer Feld mit den Herren v. Hünefeld, Köhl und Spindler gestürzt. Es soll beabsichtigt sein, noch im Laufe des Tages den in Irland gelegenen Flugplatz Bolshonnell zu erreichen, wo bereits vor einiger Zeit für diesen Flug Betriebsstoff gelagert wurde. Darüber hinaus soll, wie verlautet, der Weiterflug nach Amerika versucht werden. Wie das Berliner Tageblatt berichtet, erfolgten die Vorbereitungen zu dem Fluge und der Start mit solcher Heimlichkeit, daß niemand, auch nicht die Direktion der Luft Hansa, die geringste Ahnung von den Plänen Köhls hatte.

Sauerstoffgebläse gegen Bankkreiers Nationalisierung im Einbruchsgewerbe

In einem der belebtesten Plätze von Berlin ist ein Kriminalroman Wirklichkeit geworden. In der Filiale der Dresdner Bank in der Rudolfsburger Straße, hart am Platz der Kaiser-Wilhelms-Gedächtnisstraße, wurde ein Einbruchsvorfall mit allen Mitteln der modernen Technik durchgeführt und ist nur durch einen Zufall mißglückt. Unter einem Banktresor stellt sich der Laie eine feste Burg des Kapitalismus, fast wie „unser Gott“ vor. 3-4 Tage wurde der Einbruch vorbereitet, die Einbrecher waren nämlich vom Hof aus in den Keller eingedrungen, hatten mit vorzüglichsten Werkzeugen zwei dicke Wände durchgehämmert, gelangten dann durch einen Quertgang zu den Tresorraum. Dort wurde eine Wand durchbrochen, der Steinhaufen gewissenhaft weggeschafft und die Mauerlücke mit geschickten Wappsteinen aus Holz verdeckt. Tagüber kamen Hausbewohner in den Keller und merkten nichts von der nächtlichen Arbeit der Einbrecher. In der Sonntagsnacht wurden die eisernen Gitter und Türen des Tresors durch Sauerstoffgebläse aufgemacht und der Einbruch wäre geglückt, wenn nicht durch das Sauerstoffgebläse herumliegende Ätzen in Brand geraten wären. Der Brand wurde zwar durch von den Einbrechern selbst mitgebrachte Miniraparate gelöscht, der Raucherguß brang aber trotzdem in das Treppenhaus, wurde von einem Hausbewohner entdeckt, worauf das Ueberfallkommando geholt wurde. Bei seinen Nachforschungen wurden zwei Einbrecher aufgeschuht, die mit vorgehaltenerm Revolver in einer wilden Flucht über die Dächer entkamen. Gestohlen wurde nichts, die Einbrecher liehen im Gegenteil in der hastigen Flucht ihre „Arbeitswerkzeuge“ zurück. Wir können uns vorstellen, daß zahlreiche Rentnerkapitalisten über die Gefährdung der Banktresors durch die bösen Einbrecher beunruhigt und entsetzt sein werden, ihre „heiligsten Gitter“ scheinen bedroht. Wir unsererseits können vom rein technischen Standpunkt aus bemerken, daß die Nationalisierung im Kapitalismus bemerkenswerte Blüten auch auf kriminellen Gebiete entwidelt hat.

Die Brandepidemie

SPD Berlin, 26. März. Am Montag wurde Berlin abermals von zwei großen Bränden heimgeschickt. In Wilmerdorf brach in den frühen Morgenstunden an der Ecke Hindenburg- und Auguststraße in der Seepark-Garage von P. Rademacher aus bisher unbekannter Ursache in einem Schuppen ein Feuer aus. Die Flammen fanden unter den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung. In wenigen Minuten stand der ganze Schuppen in Flammen. Eine Reihe von Benzinhältern flog unter ungeheurem Getöse in die Luft. Von den 45 im Schuppen untergebrachten Autodroschken konnten nur 21 Wagen den Flammen entzogen werden. 24 wurden vollkommen eingeeßert. Ein weiteres Großfeuer brach in den Vormittagsstunden in Johannisthal auf dem Grundstück Friedrichstraße 67 aus. Die Flammen griffen auf das Nachbargrundstück über. Fünf Gebäude wurden von den Flammen erfaßt, darunter ein 30 Meter langer Schuppen einer Flugzeugmaterial-Firma, in dem sich große Bestände von Zubehörteilen und ein Flugzeug befanden. Dieses Gebäude und ein zweiter Schuppen mit Gertenmädeln und Gerätschaften sind vollständig zerstört worden. Auch das Flugzeug ist verbrannt. Die Flammen dehnten sich schließlich auch auf das Logenhaus in Johannisthal aus. Nur mit Mühe gelang es der Feuerwehr, den Brand im Bühnenhaus zum Stillstand zu bringen und den Saal zu retten.

Ein Turm stürzt ein

SPD Paris, 27. März. (Radio.) In Toulouse ist gestern abend der Turm Karls des Großen, ein massives Bauwerk aus dem 10. Jahrhundert, eingestürzt. Nachmittags schon stießen einige Steine ab. Die Polizei sperrte sofort die umliegenden Straßen ab und ließ die benachbarten Häuser räumen. Abends um 10 Uhr brach der Nordteil des 50 Meter hohen Turmes mit ungeheurem Krach in sich zusammen. Die Steinmassen zertrümmerten zwei Nachbarhäuser, in denen sich glücklicherweise keine Einwohner befanden. Man befürchtet, daß der Einsturz der Südwand jeden Augenblick erfolgen wird. Militär wurde aufgeschoben, um die Abperrungen zu verstärken.

Der Reichsbahnkandal

SPD Berlin, 26. März. In der Korruptionsaffäre beim Berliner Eisenbahnzentralamt ist von der Staatsanwaltschaft neues wesentliches Belastungsmaterial zutage gefördert worden. Der Verdacht, daß sogenannte Lizenzzahlungen außer von der Firma Reifert auch von anderen Firmen an Reichsbahnbedienten Schulze und andere Beamte geleistet wurden, hat sich bestätigt. Auch die AG. in Berlin hat derartige Zahlungen, und zwar merkwürdigerweise über das Konto des Berliner Vertreters der belasteten Kölner Firma Reifert gemacht. Die AG. will dabei durchaus legal gehandelt haben; sie gibt an, daß die Empfänger der Lizenzzahlungen die Ueberweisung auf das Konto des Vertreters der Kölner Firma ausdrücklich verlangt hätten.

Der Papst und Mussolini

SPD Berlin, 27. März. (Radio.) Der Papst hat am Sonntag anlässlich einer Feierlichkeit des Dünkel-Ausschusses eine Rede gehalten, in der er sich gegen das Monopol der katholischen Jugendberichterstattung nicht nur vom päpstlichen, sondern auch vom moralischen und geistigen Standpunkt aus wandte. Er sprach ferner kein Bedauern darüber aus, daß die zur Zeit auf dem Kontinent togenden Nationalkatholiken seiner gedacht und sich mit keiner Person beschäftigt haben, ohne das sich in dem internationalen Staat und im Heiligen Stuhl infolge des Garantievertrages beider Seiten zu bekennen. Der italienische Diktator hat den Abdruck dieser Rede in ganz Italien verboten.

Die Tagung der Polizeibeamten

Am 26. und 27. März trat in Döbeln der Verband Sächsischer Polizeibeamter zu seinem diesjährigen Verbandstages zusammen; am 24. und 25. März fanden Beratungen der Fachgruppen statt. Der Verband zählt 11632 Mitglieder; davon gehören zur Fachgruppe der Landespolizei 4197 Mitglieder. Am Vormittag des 26. März kam es in einer geschlossenen Delegiertenversammlung zu einer stürmischen Aussprache, die damit endete, daß die Vertreter der Landespolizei unter Führung des Verbandsekretdres Stephan das Tagungsgelände verließen. Die Ursache dieser Differenzen ist in einem Vorstoß Stephens gegen den Verbandsvorsitzenden Dettloff und gegen den Verbandsekretdre Hoch zu suchen. Stephan hat schon auf mehreren Verbandstagen ähnliche Vorstöße geführt. Diesmal beantragte er ein Mißtrauensvotum gegen die Genannten, denen er Unfähigkeit und Parteilichkeit vorwarf. Mit seinem Vorgehen erklit aber Stephan eine für ihn unerwartete Niederlage. Die Delegierten hatten es satt, sich von Stephan zu seinen Vorstößen mißbrauchen zu lassen; sie lehnten Stephens Antrag ab, worauf dieser so bestürzt war, daß er nichts anderes zu tun wußte, als die Fachgruppe der Landespolizei aufzulösen, mit ihm den Saal zu verlassen, was auch geschah. So stand der Beginn des Verbandstages unter der Drohung der Spaltung. Es wird aber erwartet, daß eine Spaltung vermieden wird. Trotz des Abzugs der Vertreter der Landespolizei war der Verbandstag nicht arbeitsunfähig geworden, im äußeren Wlde hatte sich sogar kaum etwas geändert. An der Tagung nahm, wie üblich, eine Anzahl Gäste teil, darunter auch Vertreter der Regierung und der Landtagsfraktionen; außerdem Vertreter von befreundeten Organisationen, von Gemeinden und von der Stadt Döbeln, die ihren Gruß durch den Bürgermeister Röhr erbrachten. In seiner Begrüßung brachte der Vorsitzende Dettloff zum Ausdruck, daß die Polizeibeamten trotz der zahlreichen wohlwollenden Erklärungen, die für sie liberal abgegeben worden sind, weder mit der Besoldungsordnung, noch mit dem Polizeibeamtengesetz ihre berechtigten Wünsche erfüllt sehen. Der Verband der Polizeibeamten wolle die Rechte der Polizeibeamten nach allgemeinem Beamtenrecht und nicht durch ein besonderes Polizeibeamtengesetz geregelt wissen. Diesen Weg hat jetzt sogar Bayern beschritten, während er in Sachsen nicht gegangen wurde. Der Verbandsvorsitzende forderte, daß seine Organisation bei der Beratung der Amorganisationsfrage der Polizei, bei der Verwaltungsreform, beim Unfallversicherungsgesetz und bei der Regelung der Beamtensvertretung mit herangezogen werde. Der Wert einer einheitlichen und starken Berufsorganisation habe sich auch im abgelaufenen Jahre deutlich gezeigt. Zur staatspolitischen Einstellung des Verbandes sagte Dettloff: Es ist uns ein Bedürfnis, auch auf diesem Verbandstoge unser Leuegebnis zum republikanischen Staat zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen auf dem Standpunkte: Wer die Republik nicht ehrt, ist des Amtes nicht wert! (Händeklatschen.) Wir stehen vor den Reichstagswahlen. Unser Beruf verlangt von unserer Organisation parteipolitische Neutralität.

Die „standhaften“ Wirtschaftsparteiler

Am Montag fanden im Interfraktionellen Ausschuß der an der Heft-Koalition beteiligten Parteien die Forderungen der Wirtschaftspartei auf Erhöhung des Hausbestheranteils an der Miete zur Beratung. Die Demokraten erklärten nach wie vor, daß sie auf keinen Fall irgendeiner Erhöhung des Hausbestheranteils zustimmen werden. Nach längerem ergebnislosen Verhandeln erklärten die Vertreter der Wirtschaftspartei, daß sie ihre weitere Stellungnahme in einer Erklärung, die erst in der Fraktion besprochen werden müßte, und dann den einzelnen Fraktionen gestellt werden soll, zum Ausdruck bringen werden. Die Verhandlungen wurden daraufhin abgebrochen. Der Verlauf der Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuß kennzeichnet so recht, wie es den Wirtschaftsparteilern um Erfüllung ihrer Forderungen zu tun ist. Grobmächtig erklärten sie am Donnerstag, daß innerhalb 48 Stunden, d. h. also bis Sonnabend, die Forderungen der Wirtschaftspartei auf Erhöhung des Hausbestheranteils an der gesetzlichen Miete von den übrigen Regierungsparteien angenommen werden müßten, widrigenfalls würden sie ihren Finanzminister Weber aus der Regierung zurückziehen. Dieses auf 48 Stunden gestellte Ultimatum wurde dann bis zum Montag befristet. Am Montag hätte sich also die Wirtschaftspartei entscheiden müssen. Bewilligen die anderen Koalitionsparteien nicht die Forderungen auf Erhöhung des Hausbestheranteils, dann wird Finanzminister Weber aus der Regierung ausscheiden. Nichts von alledem ist geschehen. Die Wirtschaftsparteiler haben wieder einmal eine Schlappe erlitten, sich öffentlich lächerlich gemacht. Sie werden sich auch hüten, ihren Finanzminister aus der Regierung zurückzuziehen, denn die dann folgende Regierungskrise könnte sonst zu leicht zur Landtagsauflösung führen, und damit wäre das schöne Spiel der Wirtschaftspartei im sächsischen Landtag ausgepielt.

Herr Nietisch „berichtigt“

Herr Ernst Nietisch, der geistige Führer der Utopisten und Hauptstichtleiter des Volksstaats übermittelte uns nachstehende Richtigstellungen. Dresden, den 26. März, 1928. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt in Nr. 73 vom 24. März 1928 unter der Ueberschrift, „Eva und Ernst auf der Weitefahrt“, daß ich am Nachmittage des 22. März in Zwickau gesehen worden sei. Ein Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“ habe mich erkannt. Die Behauptung, daß ich am 22. März in Zwickau gewesen sei, ist unrichtig. Wahr ist, daß ich am 22. März in Berlin war. Die Berichtigungen und Richtigstellungen des „Utopisten“ Nietisch sind immer mit größter Vorsicht aufzunehmen. So auch in diesem Falle. Unser Gewährsmann bleibt dabei, daß sich der ehemalige nationalliberale Volksschullehrer Nietisch trotz seiner Richtigkeitstellung am 22. März 1928 in Zwickau aufgehalten und dort nachmittags gegen 2 Uhr gesehen wurde. Fest steht auch weiter, daß Nietisch am gleichen Tage von Zwickau nach Berlin gefahren ist, obwohl er in Zwickau in einer Versammlung der „Utopisten“ sprechen sollte.

aber wenn sich die Polizeibeamten entscheiden zur Wahl, dann haben sie zu prüfen, wie sich die Parteien zu den berechtigten Forderungen der Polizeibeamten gestellt haben. Zum Schluß drückte der Verbandsvorsitzende die Hoffnung aus, daß die Meinungsverschiedenheiten mit der Fachgruppe der Landespolizei bald überbrückt sein möchten. Es folgte dann eine Reihe Begrüßungsansprachen. Für die sozialdemokratische Landtagsfraktion verlies Genosse Liebmann darauf, daß der Polizeibeamtenverband für die Vertretung seiner Forderungen stets die Unterstützung unserer Fraktion gefunden hat. Die Sozialdemokratie hat sich dabei von den Interessen der Republik leiten lassen, womit auch die Interessen der Polizeibeamten am besten gewahrt wurden. Wir wünschen, daß die Polizei in der organisierten Arbeiterschaft ihre Freunde erkennt, und umgekehrt. Trotz der Neutralität des Verbandes müssen die Polizeibeamten erkennen, daß die Entschludungen über ihre Forderungen in allen Fällen politische Entschludungen sind, die abhängig sind von der Zusammennehmung der Parlamente. Die Regelung des Dienstes und der Beamtensrechte sind politische Regelungen, der Lohn ist abhängig von der politischen Konstellation, der Preis und alle Lebensmittelpreise der Beamten sind politische Preise. Die Polizeibeamten dürfen sich nicht mit den wohlwollenden Reden der politischen Parteien zufriedengeben, sie müssen vielmehr nach den Taten dieser Parte urteilen! Auf die Fäuste müssen sie jenen Parteien sehen und nichts aufs Maul. Und schließlich müssen die Polizeibeamten begreifen, daß sie, wie die Arbeiter, um ihre Forderungen kämpfen müssen! Für die Kommunisten sprach der Landtagsabgeordnete Kerner, dann kamen für die Volkspartei der Abgeordnete Dr. Gelfert und für die Deutschnationalen Börner zum Wort. Diese Parteien haben soviel an den Interessen der unteren Beamtenschaft gefehlt, daß ihren Fraktionsvertretern nichts anderes übrigblieb, als allgemeine Redensarten zu machen, mit denen sie ihre Politik zu verwickeln suchten. Dr. Gelfert und Börner melde ten sich erst nach den Rednern der Linken zum Wort; sie wollten offenbar den Einbruch der Anträge abschwächen, die gegen sie gerichtet worden waren. Börner hatte, wie Dr. Gelfert, versichert, seine Partei werde jederzeit bestrebt sein, für die Belange der Polizeibeamten einzutreten. Dabei steht im gedruckten Geschäftsbericht des Verbandes: „Alle Parteien, bis auf die Deutschnationale Volkspartei, waren den Wünschen der Gewerkschaften zugänglich.“ Man aber noch ergänzend bemerkt werden muß, daß alle Koalitionsparteien bei den entscheidenden Abstimmungen die Polizeibeamten im Stich gelassen und gegen die Polizeibeamten gestimmt haben. Nach den Begrüßungsansprachen hielt der Verbandsekretdre Hoch ein Referat über die Stellung der Polizeibeamten zur Verwaltungsreform. Hoch war für Stephens eingespungen, der als Referent vorgelesen war, dann aber den Verbandstag im Stich ließ. Der Referent wandte sich in zahlreichen Punkten gegen die Sächsische Denkschrift, formulierte die Forderungen der Polizeibeamten zur Verwaltungsreform und verlangte, daß auch sein Verband zur Mitarbeit bei der Verwaltungsreform herangezogen werde. Damit war die Arbeit des ersten Tages erledigt.

Sachsens Richter gegen Schied

In einer Versammlung des Bezirksvereins Dresden des Vereins Sächsischer Richter und Staatsanwälte sprach am Sonnabend Oberlandesgerichtsrat Wahl über die Justizverwaltungsreform unter Berücksichtigung der Denkschrift des Präsidenten Schied. Der Referent und fast alle Redner erklärten in der Aussprache, daß der größte Teil der Schiedsichen Vorschläge nicht durchzuführen sei. Der frühere Justizminister Wünger äußerte, daß man nicht an Reformen mit dem Gedanken herangehen dürfe, daß unter allen Umständen reformiert werden solle. Bei ausreichender Beschäftigung müßten die Amtsgerichte bleiben. Das Volk hätte ein Recht darauf, daß man ihm das Leben nicht noch schwerer mache, als es ohnehin schon sei. Amtsgerichtsdirektor Richter, Borna erklärte, daß die Landesrichte in Sachsen viel zu groß in ihrem Geschäftsumfang seien, man könne eher behaupten, daß wir in Sachsen mehr Landesrichte haben müßten. Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Richter sich gegen die geplante Aufhebung der kleinen Amtsgerichte mit Entschiedenheit wenden werden.

Schutz vor Preistreibern

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht: Die Kleinhandelspreise für Lebensmittel, insbesondere für Brot, Fleisch und Gemüse steigen andauernd und drücken die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerung herab, deren Entlohnung nicht im gleichen Maße steigt. Die Preise im Kleinhandel sind gegenüber den Erzeugerpreisen für Getreide, Vieh und Gemüse völlig ungerechtfertigt. Die Belastung der Verbraucher könnte vermieden werden. Wir fragen die Regierung: Was gedenkt sie zu tun, um die minderbemittelte Bevölkerung gegen Preistreiber zu schützen?

Dresden. Erweiterung des Dresdner Hauptbahnhofs. Veranlaßt durch den immer stärker werdenden Verkehr bei der Reichsbahn sind jetzt Bestrebungen im Gange, eine bereits seit langem geplante Erweiterung des Dresdner Hauptbahnhofs, der seit 30 Jahren bestiet, durchzuführen. Das schon etwa zehn Jahre alte Projekt, auf dem Wiener Platz, der zum größten Teile der Reichsbahn gehört, einen Vorortbahnhof für die Strecke Reichen-Virna zu schaffen, tritt wieder in den Vordergrund. Die Verkleinerung des Wiener Platzes würde wahrscheinlich weitere Veränderungen in der Umgebung des Platzes nach sich ziehen. Es wird sogar mit dem Abbruch mehrerer großer Hotels gerechnet.

Reife. Ein Kind verbrüht. Der fünfjährige Sohn eines Aufsehers machte sich in einem unbewachten Augenblick an einem Kessel mit kochendem Badewasser zu schaffen. Dabei wurde das Kind so schwer durch überfließendes Wasser verbrüht, daß es bald darauf unter fürchterlichen Schmerzen starb.

Ersterwda. Das Ende eines Tanzvergnügens. Der Sohn eines Gutsbesizers wurde auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen von zwei Burken überfallen und durch Stiche so schwer verletzt, daß er sofort zusammenbrach. Der Tod trat infolge Verblutung nach kurzer Zeit ein. Ein Stieh hatte die Schlagader getroffen. Die Mörder wurden verhaftet.

Meißen. Die schlechte Finanzlage der Gemeinden. Der Haushaltsplan der Stadt Meißen für 1928 weist einen Fehlbetrag von 1178 000 Mark auf.

Letzte Reichsbahn-Verhandlungen Vor der Verbindlichkeitserklärung?

WAZ Berlin, 26. März.

Wie wir hören, hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu dem Erklärungstermin, der im Schiedsverfahren über die Lohnregelung der Reichsbahnarbeiter heute um 18 Uhr abließ, keine Erklärung abgegeben, so daß damit auch von Seiten der Reichsbahn der Schiedsprozess als nicht angenommen gilt. Der Reichsarbeitsminister hat die beiden Parteien für morgen 11 Uhr zu einer nochmaligen Besprechung geladen, an der sich auch die Reichsbahn beteiligen wird.

Es handelt sich bei den hier erwähnten, Dienstag vormittag beginnenden Besprechungen im Reichsarbeitsministerium um die üblichen, jeweils vor der Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung stattfindenden Schlußverhandlungen. Zur Beurteilung der Situation lassen wir hier noch Darlegungen folgen, die uns von besonderer Seite zugegangen sind.

Schon seit Jahren ist es nicht mehr möglich, mit der Reichsbahngesellschaft auf dem Verhandlungswege bei einer Lohnbewegung zur Einigung zu kommen, da sie seit 1921 immer damit operiert, daß keine Mittel vorhanden wären, und wenn eine Lohn-erhöhung gewährt werden würde, unweigerlich eine Tarifserhöhung eintreten müßte. In Hand von Zahlen versuchte sie das auch immer zu beweisen. Aber immer hat sich herausgestellt, daß die Ausgaben der Verwaltung nicht stimmen, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter auch ohne Tarifserhöhung durchgeführt werden konnte.

Auch bei der gegenwärtigen Lohnbewegung begründet die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ihre ablehnende Haltung mit Zahlen, die leider auf ihre Richtigkeit nicht nachgeprüft werden können, da den Personalvertretern die entsprechenden Unterlagen vorenthalten werden. Soweit sie aber nachgeprüft werden können, läßt es die Wahrscheinlichkeit zu, daß die Angaben genau so zu bewerten sind wie alle früheren.

Die Hauptverwaltung versucht zu beweisen, daß am Ausgabe- und unbedingte Ersparnisse erzielt werden müssen, um eine Unterbilanz zu vermeiden. In ihrem Bericht: „Die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Jahre 1927“ in der Zeitschrift Die Reichsbahn, Nr. 1 von 1928, bringt sie aber folgendes zum Ausdruck: „Das Gesamtergebnis des Jahres 1927 liegt noch nicht fest. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß aus den Einnahmen alle erforderlichen Ausgaben und Rückstellungen gedeckt werden können. Es ist eine durchaus befriedigende Bilanz zu erwarten.“ Auch der Ausblick, wenn auch etwas vorsichtig, wird so bewertet. Hierbei ist anzunehmen, daß die Verwaltung bereits eine Lohnserhöhung berücksichtigt hat, da sie ja seit Herbst die Arbeiter auf das Frühjahr vertröstete.

Die Eisenbahner erkennen Bestrebungen jederzeit an, die auf eine sparsame Wirtschaft hinführen. Aber es muß da gepart werden, wo gepart werden kann. Hierbei müßten wir darauf hinweisen, daß erst kürzlich eine Besprechung der Werkdirektoren bzw. der Leiter der Werkstättenbezirke und der Direktoren der Hauptverwaltung stattgefunden hat. Anlässlich dieser Besprechung hat der Finanzdirektor Dr. Homberger immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß an den persönlichen Ausgaben unbedingt gespart werden müsse, sei es in der Höhe der Löhne oder hinsichtlich der Kopfsache. Verschiedene Direktoren, die in der Praxis stehen, konnten diesen Standpunkt nicht teilen und wiesen darauf hin, daß wenn das Personal entsprechende Leistungen vollbringen soll, zunächst ein Abbau nicht stattfinden darf, sondern im Gegenteil eine Vermehrung, und daß die Löhne erhöht werden müßten.

Auch ist es interessant, wo die Männer der Praxis Möglichkeiten zu Ersparnissen sehen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die Vergebung von Arbeiten an die Privatindustrie sehr hohe Kosten entstehen, die, wenn damit Schluss gemacht würde, wesentliche Einsparungen ergeben würden. Als Beispiel wurde angeführt, daß die innere Unternehmung einer 12. Lokomotive, in dem Reichsbahnausbesserungswerk Nied 21 000 Mark koste. Bei dem billigsten Privatwerk 44 000 Mark. Daraus ist zu ersehen, daß selbst verantwortliche Beamte der Reichsbahngesellschaft mit dem trivialen Spiel, das die Hauptverwaltung anlässlich der Lohnbewegung treibt, nicht einverstanden sind, sondern der Auffassung sind, daß ohne weiteres auf anderen Gebieten Ersparnisse erzielt werden können als an den Löhnen.

Des Weiteren hat die Reichsbahn im Jahre 1927 Tarifsermäßigungen eintreten lassen, die auf dem Wirtschaftsstand keineswegs verbilligend gewirkt haben, sondern sich nur zum Nutzen der Industrie, deren Vertreter im Verwaltungsrat sitzen, auswirkten. Inwieweit sich diese Tarifsermäßigungen, von denen die breite Bevölkerung nichts spürt, finanziell nachteilig für die Reichsbahn ausgewirkt haben, kann die Hauptverwaltung selbst noch nicht genau sagen. Es ist aber anzunehmen, daß dadurch ein Einnahmeausfall von vielen Millionen Mark eingetreten ist. Diese Ermäßigungen waren genau so töricht und nur dem Einzelinteresse entsprechend, wie die Ermäßigung seinerzeit infolge der terminmäßigen Verbilligungsaktion des Dr. Luther.

Wie bereits gesagt, ist der Schiedsprozess für die Eisenbahner vollkommen untragbar; sie warnen daher den Schlichter davor, den völlig unzureichenden Schiedsprozess für verbindlich zu erklären, denn sehr leicht könnten dadurch für das Wirtschaftsleben sehr nachteilige Auswirkungen eintreten. Wer den Spruch für verbindlich erklärt, trägt die Verantwortung, von der sich die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft zu drücken versucht.

Abstimmung Leipziger Eisenbahner

Am Sonnabend und Sonntag haben in den einzelnen Dienststellen Leipzigs die Eisenbahnarbeiter über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsprozesses per Stimmzettel abgestimmt. Es waren dabei abstimmungsrechtlich 5412:

abgelehnt haben	4105 = 75,85 Prozent
gegen den Schiedsprozess	3378 = 62,47 Prozent
für den Schiedsprozess	201 = 4,00 Prozent
ungültig	26 = 0,63 Prozent

Durch die Dienstverhältnisse bei der Reichsbahn, namentlich in den Betriebsstellen, und durch die kurze Erklärungfrist zum Schiedsprozess war es leider einem Teil der Kollegen nicht möglich, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Mit dieser Abstimmung haben die Leipziger Eisenbahner fast einmütig diesen unsozialen Schiedsprozess abgelehnt. In zahlreichen Entschuldigungen der verschiedenen Dienststellen wird verlangt, daß der Schiedsprozess unbedingt abgelehnt werden soll. Der Reichsarbeitsminister wird vor einer Verbindlichkeitserklärung gewarnt.

Neben der Stimmung in Eisenbahnerkreisen berichtet der Sozialdienst noch:

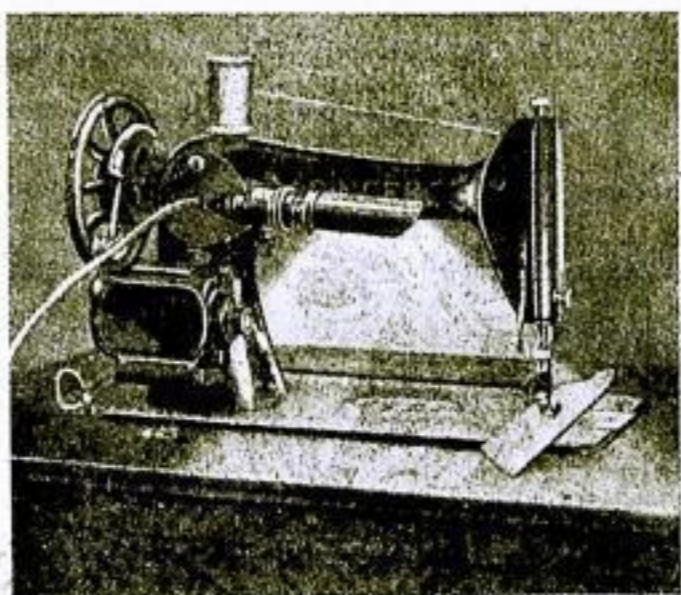
Der Schiedsprozess hat im ganzen Reich unter den Eisenbahnarbeitern einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Erbitterung ist groß. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner häufen sich die Stöße der Protestresolutionen. Mit einer Post sind nicht weniger als 250 Entschuldigungen, voll von geharnischten Protesten gegen den Schiedsprozess, eingelaufen. Noch nie war die Abwehrbewegung gegen einen Schiedsprozess unter den Eisenbahnarbeitern so scharf wie diesmal. In allen Protestentschuldigungen wird der Schiedsprozess als völlig unannehmbar bezeichnet und vom Hauptvorstand gefordert, daß er die Verbindlichkeitserklärung verhindert. Überall im Reich erklären die Eisenbahnarbeiter, daß sie gewillt seien, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Verbesserung ihrer kümmerlichen Lohnverhältnisse einzutreten.



Genossenschaftliche Eigenproduktion Dppach und Seiffennersdorf

III. (Schluß)

Das, was wir zuletzt bemerkten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die genossenschaftliche Produktion wesentlich verbessert werden können, haben wir schon einmal früher dargelegt bei unserer Betrachtung über die GEG-Bürstenfabrik Stübengrün. Auch diese ist entstanden aus einem schweren Abwehrkampf, aus dem Kampfe der schamlos ausgebeuteten ergebungslosen Bürstenarbeiter gegen ihre Schinder von Kapitalisten. Das Ergebnis dieses Kampfes und der dabei erfolgten Gründung einer Produktionsgenossenschaft, die später ebenfalls von der GEG übernommen und glänzend ausgebaut wurde, ist eine hocherfreuliche Hebung der wirtschaftlichen und damit der kulturellen Lage der obererzgebirgischen Bürstenarbeiter gewesen. Das gleiche Ergebnis genossenschaftlicher Produktion finden wir in Ostschon, in Dppach und Seiffennersdorf. Führ-



Jede Maschine hat ihr eigenes Arbeitslicht, das, ohne die Arbeiterin zu blenden, ausgeleuchtet ist. Unsere Kopfleuchte zeigt einen der großen Nähnähle der Seiffennersdorfer Kleiderfabrik.

ten die elenden Weberlöhne von 4 bis 5 Mark die Woche zum zweifachen Aufgehören der Cunewalder Weber, so brachte ihnen der gewerkschaftliche Kampf und brachte ihnen namentlich die spätere Großproduktion der GEG eine bedeutsame Verbesserung ihrer gesamten Lebenshaltung, die sich weit über die lokalen Grenzen auswirkte.

Waren und sind noch heute die Arbeitsstätten der Privatunternehmer vielfach alles andere denn menschenwürdig, so ist z. B. der GEG-Betrieb Seiffennersdorf eine dem heutigen Stande der Technik entsprechende musterartige Stätte der Produktion. Was geschehen konnte, um die im Betrieb Beschäftigten vor gesundheitlichen Nachteilen zu bewahren, das ist geschehen. Und wir glauben sagen zu dürfen, daß die Genossenschaft weiterhin alle hygienischen Einrichtungen einführen wird, die der Fortschritt der Technik bietet. So sind z. B. in allen Räumen Schöte vorhanden, die getrennt Stoffschnee und Kechricht nach dem Keller abführen. Nichts bleibt, selbst während des Arbeitsprozesses, in den Arbeitsräumen liegen. Darum herrscht in den großen Arbeitsstätten eine wirklich erfreuliche Sauberkeit. So sind ferner an jeder Arbeitsmaschine besondere Beleuchtungskörper, die das Arbeitslicht konzentriert auf die unmittelbare Arbeitsstelle werfen, ohne die Arbeiterin zu blenden. So sind technische Sicherungen vorhanden, die bei Gefahr sofort die ganze Maschinerie stilllegen. So ist noch manches andere, das aufzuzählen uns der Raum verbietet. Daß zu allem noch die üblich sanitären Einrichtungen kommen, wie Speiseräume, Kleiderablagen, Bäder, Kantinen usw. und daß alle diese sozialen Einrichtungen in guter Beschaffenheit sind, braucht nicht noch besonders betont zu werden.

So ist auch dieser GEG-Betrieb nicht nur für die in ihm Beschäftigten eine um das vielfache verbesserte Arbeitsstätte, gemessen an den Privatbetrieben, in denen sie früher standen — es ist dieser Betrieb auch ein Ansporn geworden für die noch in der Privatindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, in ihr um bessere, um menschenwürdigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Und der Erfolg? — Wie anderwärts, so konnte auch in Ostschon das Unternehmertum sich nicht länger speien gegen Forderungen, die offensichtlich ohne Benachteiligung des Profits zu bewilligen waren. Der gewerkschaftliche Kampf erfuhr eine Erleichterung durch die Existenz eines genossenschaftlichen Betriebes!

So ergibt sich: In je weiterem Umfange genossenschaftliche Produktion betrieben werden kann, um so mehr wird es möglich sein, sie als Faktor in die Lohn- und Arbeitskämpfe des Proletariats einzufügen. Darum hinein in die Konsumgenossenschaften und den Bedarf in ihnen gedeckt, damit die genossenschaftliche Eigenproduktion in immer größerem Umfange erstehen möge.

Sächsische Metallindustrie Ein Schiedsprozess in Dresden

Am Sonnabend wurde nach viertägiger Verhandlung für die sächsische Metallindustrie ein Schiedsprozess von der Schlichterkammer gefällt, der im wesentlichen die alten Tarifbestimmungen wieder in Kraft setzt. Der bisherige Geltungsbereich wurde wieder festgelegt. Ueberbunden, die bisher mit 10 Prozent vergütet wurden, sollen in Zukunft mit 25 Prozent vergütet werden. Die bisherige Prozentstaffel wurde in ihrer alten Fassung wieder festgelegt. Einbezogen wurden hier nur die Lehrlinge, für die bisher eine tarifliche Regelung für die Entlohnung nicht bestanden hat. Die Lehrlinge wurden lediglich nach einseitigen Richtlinien von den Unternehmern bezahlt. Auch die Bestimmungen über die Ferien wurden in ihrem bisherigen Umfange wieder in Geltung gesetzt, mit der Erweiterung, daß 14-15jährige Jugendliche und Lehrlinge im 1. Jahre nach ihrer Schulentlassung 9 Werttage Ferien erhalten sollen. Die übrigen Veränderungen sind von unwesentlicher Bedeutung und können kaum als Verbesserungen angesehen werden. Der Tarifvertrag in dieser Fassung soll bis zum 30. September 1929 Geltung erhalten. Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung dem Schlichter gegenüber bis Sonnabend, den 31. März, zu erklären.

Dienstag vormittag finden in Dresden vor dem Schlichter Verhandlungen über das Lohn- und Ferienabkommen für die Leipziger Metallindustrie statt.

Brauns diktiert! Erzwungenes Schlichtungsverfahren

III Hamburg, 26. März.

Die Lohnverhandlungen auf den deutschen Seeschiffswerften sind zum Stillstand gekommen, nachdem die unmittelbaren Besprechungen zwischen den Parteien zu keinem Ergebnis geführt haben und keine der Parteien die Durchführung eines Schlichtungsverfahrens beantragt hat. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr durch Schreiben vom 22. März den Parteien mitgeteilt, daß die Neuregelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses auf den Werften für die Zeit ab 1. April im öffentlichen Interesse geboten sei. Er habe deshalb von Amts wegen ein Schlichtungsverfahren eingeleitet und zur Schlichtung hierfür den Hamburger Schlichter Dr. Stenzel bestellt. Die Verhandlungen finden am 28. März statt.

Der Streik der Sägewerksarbeiter bei Wehle, Damppfägewerk in Wöckern, ist beendet. Die Arbeiterschaft hat am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Streikfall zugunsten der Arbeiterschaft beigelegt worden war.

Die Kündigung des Lohntarifs für die sächsische Textilindustrie ist Sonntag auf einer in Breslau stattgefundenen Konferenz der Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Gau Schlesien, beschlossen worden. Die Kündigung erfolgt am ersten zulässigen Termin (1. April zum 30. April).

Lohnkampf in der Tschechei 100 000 Metallarbeiter in Bewegung

III Mährisch-Odrau, 26. März.

Gestern traten in Mährisch-Odrau die Vertrauensmänner der Metallarbeiterschaft aus dem ganzen Industriegebiet von Mährisch-Odrau zusammen und beschloßen, eine 15prozentige Lohnserhöhung zu verlangen. Auch die Metallarbeiterschaft der mittelmährischen sowie der Brünn- und Olmücker Industriegebiete wird die bestehenden Verträge kündigen und neue Lohnforderungen stellen. Die Lohnbewegung in der Metallindustrie umfaßt bereits 100 000 Arbeiter.

Arbeitersekretär Davis der USA erklärte im Senat, daß es augenblicklich in den Vereinigten Staaten 1 874 000 Arbeitslose gegenüber 23 849 000 Beschäftigten Personen gebe. Die Arbeitslosigkeit sei gegenüber dem Jahre 1925 um 7,4 Prozent zurückgegangen.

Kleine Chronik

Kongress für Heilpädagogik in Leipzig. Die Gesellschaft für Heilpädagogik, Sitz München (Wolffstraße 12, II.), veranstaltet vom 11. bis 15. April 1928 in Leipzig (Universität) den 4. Kongress für Heilpädagogik. Der Kongress wendet sich an Interessenten der verschiedensten Berufe, die auf dem Gebiete der Heilpädagogik in Forschung und Praxis arbeiten. Die Referate und Vorträge betreffen sich mit Psychologie und Heilpädagogik, heilpädagogischer Frühbehandlung, Kinderheilkunde und Heilpädagogik, Psychiatrie und Heilpädagogik, Encephalitis, Tauchstummheit, Sprachentwicklung, Berufsberatung und Heilpädagogik, Jugendgerichtsweisen und Heilpädagogik, Zahlreiche Führungen und Besichtigungen und eine Ausstellung sowie der Besuch der Landes-Erziehungsanstalt für Blinde und Schwachsinrige in Chemnitz-Altenhof werden heilpädagogische Ideen in ihrer Verwirklichung zeigen. Ausführliches Programm durch die Geschäftsstelle der Gesellschaft für Heilpädagogik, München 9, Wolffstraße 12, II.

Leipziger Filmschau

Zwei Filme, in denen Menschenputzels von Prinzessinnen werden. Den einen lehnte ich früher schon ab, der zweite hält sich ebenförmig an die Wahrscheinlichkeit, ist aber wenigstens nicht ohne hübsche Einfälle und als lustige Verwechslungskomödie nicht ohne Reiz. Erster Preis: ein Ruh. Amerikanische Lustspiel-Farmlosigkeit in einem klar und sauber gegebenen holländischen Milieu. Aber der Geist unserer Zeit spiegelt sich nicht im geringsten in diesem kindlichen Liebesgeschichten vom Zunderke. (Colosseum).

Garry Ziel ist nur noch zu bewundern wegen der Kühnheit, mit der er in der Zeit Chaplins und der Russen uns seine hundertfach abgeleiteten Wädhchen aufzuwärmen magt. Sein neuer Film Infalligem Verdacht ist selbst im Sensationellen, im Nerventüchtigen eine scharfe Kopie seiner früheren Räuberstücke. Er mißbraucht die herbe Winterlandschaft, um darin für eine verschwundene Prinzessin zu kämpfen, sich in pompöse Uniform zu schmücken und dämlich seine rollenden Wädh zu verziehen. Und dieser Held von Puppe bezeichnet sich selbst als einen „fzgen Jungen“. Ihre Filmtchnik ist um 10 Jahre zu alt, Herr Ziel! H.

Der unbekanntete Gorki

Bemerkungen gelegentlich seines 60. Geburtstages. Von Artur Seehof.

... und alle werden ihn lobpreisen. Alle werden heute sein großes Romanwerk loben und feiern. Zahlreiche Glückwünsche...

Aber einige andere Schriftsteller Gorkis — und hier kommen wir zu unserem speziellen Thema — werden auch in diesen Tagen...

Das Büchlein über die russischen Bauern, das vor einigen Jahren erschienen ist, umfasst nur wenige Seiten. Aber diese wenigen Seiten haben es in sich.

Das russische Volk wird sich nicht so bald den Kopf zerbrechen über Einsteins Theorie, und sich keine Mühe geben, die Bedeutung Shakespeares oder Leonardos da Vinci zu verstehen...

Das war 1922. Inzwischen hat sich vieles, vieles im Leben zwischen Stadt und Land in der Sowjet-Union geändert. Der famose Ratschlag — im zaristischen Rußland zum Sprichwort geworden: „Je mehr du dein Weib prügelst, um so besser schmeckt die Suppe.“...

Kurz nach der blutigen Niederschlagung der russischen Volkserhebung von 1905 erschien, zum erstenmal in deutscher Sprache, unter dem Titel „Rußland“ eine größere politische Betrachtung von Maxim Gorki.

Die Kleinbürger lassen sich stets durch das Wahngelbde einer Möglichkeit blenden, sich selbst und der großen Welt zu beweisen, daß sie an nichts schuldig sind.

Und dann diese Worte — es ist wahrlich eine Kleinbürgerfibel, was Gorki hier zum Ausdruck gebracht hat — diese Worte. Sie folgen auf eine Erklärung des Begriffes Kapital und heißen:

Für die Kleinbürger ist das Kapital — ein Götz, eine Kraft und eine unbesiegbare Macht, und sie dienen diesem Götz klavisch, mit jenen Überresten zufrieden, die das überfüllte Tier ihnen wie den Hund unter den Tisch wirft.

Wir könnten noch viel länger weiterzitierten. Aber es soll ja noch über einige andere Arbeiten Gorkis — wenn auch nur kurz — gesprochen werden. Es gibt kaum ein gesellschaftlich wichtiges Thema, über das Gorki nicht in klaren, eindeutigen Worten gesprochen oder in irgendeiner Verknüpfung gesprochen hätte.

„Als Menschen von ehrenhafter Gesinnung und christlicher Rede können wir nur jene gelten lassen, die den notwendigen, den einzig unausweichlichen Krieg zu führen entschlossen sind, den Krieg gegen die ärgsten Feinde und Tyrannen der Menschheit: den Krieg gegen die Dummheit, gegen die Heuchelei, gegen die Habgier und gegen die Lüge.“

Und diesen Krieg hat Gorki stets und mit aller Leidenschaft geführt, diesem Krieg diente sein ganzes Schaffen. Gestern wie heute. Heute wie morgen. Kein Befehl hat ihn ermüden lassen, kein Ruhm hat ihn, auch nur für einen Augenblick, irre machen oder gar von seinem geraden Wege ablenken können.

„In euren Augen“ — so heißt es da — „ist die Literatur nur das Mittel zur schmachhaften Zubereitung, ein Gewürz für euer dümmliches Leben. Ihr findet Gefallen daran, wenn Menschen so recht mit ihrem Herzblut, mit ihrer Galle schreiben, aber sonst auch nichts, als eben nur Gefallen! Nicht Liebe, nicht Hoffen, nicht in eurer Brust die Literatur, nichts als Ausrufe des Selbstalls oder des Tadelns...“



Maxim Gorki.

Nach dem Leben gezeichnet von Max Schwimmer. Durch einen Zufall kam ich damals in Sorrent dazu, Maxim Gorki zu zeichnen.

Ich legte mit meiner Frau und dem Fischer Luigi an einem unfürhigen heißen Tage an der Sorrenter Küste herum, irgendwo eine inoffizielle Badegelände zu suchen, um den üblichen mondänen Badebetrieb nicht mitmachen zu müssen.

Luigi sollte sein Segel ein, das Boot schaukelte sich aus Land, und beim Betreten des etwas grobsandigen Strandes mußten wir feststellen, daß bereits eine Menschengruppe, die sich wie in einem Nest, hinter einem Felsenvorsprung zusammengeschlossen hatte, diesen Badestrand besetzt hielt.

Da wir nicht zu hören schienen, blieben wir. Zwischen Schwimmen und Sich-von-der-Sonne-braten-lassen machte ich einige kleine Kitzeleien. Die jungen Leute der andern Gruppe, die russisch sprachen, vertrieben sich mit derselben Wasser- und Sonnenbadetechnik wie wir die Zeit.

Erlebnisse und Begegnungen

Von Maxim Gorki.

Mitja Pawlow.

Irgenwo in Telez ist am Typhus mein Landsmann, der Arbeiter Mitja Pawlow aus Somorwo, gestorben.

Im Jahre 1905, in den Tagen des Moskauer Aufstandes, hatte er aus Petersburg eine große Schachtel voll Kapfen mit Knallquecksilber gebracht, und, um seine Brust gewidelt, fünfzehn Arschin Zündschnur. Von seinem Schweiß war die Schnur aufgequollen, oder vielleicht hatte er sie sich auch zu fest um die Rippen geschnürt.

„Sind Sie denn ganz verückt geworden, Mitja? Sie hätten doch schon unterwegs in Ohnmacht fallen können — bedenken Sie nur, was dann mit Ihnen geschehen wäre!“

Er rang nach Atem und antwortete schuldbehaftet: „Ja, dann wäre die Schnur samt den Kapfen hin gewesen...“

M. M. Tschwiniski rief ihm die Brust und schimpfte brummend. Mitja blinzelte mit den Augen und fragte:

„Wieviel Bomben werden wir denn haben? Wird man uns bezwingen? Hält sich die Presnia noch?“

Dann wies er mit den Augen auf Tschwiniski, der die Kapfen prüfte, und fragte kühlend:

„Macht er hier die Bomben fertig? Ist das ein Professor? Oder auch ein Arbeiter? Ja, also?“

Und plötzlich erkundigte er sich besorgt:

„Er wird Sie doch nicht in die Luft fliegen lassen?“

„Leber ich selbst aber, über die Gefahr, der er eben nur wie durch ein Wunder entronnen war, sprach er kein Wort.“

Alltagelieben.

An dem gläsernen Himmel funkelte mittellos die Sonne eines Mittags. Die Stadt kommt um vor Hitze. Alles ist totentst, nur ab und zu hört man undeutliche Laute, Worte ohne Sinn.

Eine näselnde Fassetstimme träktert nachdenklich ein Lied:

„Auf der weiten, tiefen Flur In des Flusses Strande, Such' ich meines Liebchens Spur In dem goldenen Sande!“

Eine rauhe Stimme fragt sardonisch: „Wo hat man euch denn heute am frühen Morgen schon hingetrieben?“

„Wir mußten ein paar Leute erschrecken.“ „Waren es viele?“ „Drei Mann.“ „Haben sie gebrüllt?“ „Wieso?“

„Ist es denn ganz ohne Geschrei abgegangen?“ „Ja. Die waren nicht weiter kaprizios. Die Sorte hat eben auch eine Art Disziplin: hat man sich etwas eingebrockt, so muß man es auch auslöffen.“

„Waren sie aus besseren Kreisen?“

„Wohl nicht. Sie haben sich ja bekreuzt.“

„Also einfaches Volk!“

Eine Minute lang herrscht Schweigen. Dann tönt wieder trüb, selig die Fassetstimme:

„Sag' mir, Mond, wohin das Kind...“ „Hast du mitgeschossen?“ „Aber natürlich doch...“

Seine Schritte lenket... Die rauhe Stimme spricht höhnißlich: „Von Wädeln singst du, und mußt dir dein Heude selbst stücken! Tölpel...“

„Abwarten! Es wird auch mal ein Wädel kommen. Alles wird kommen...“

Sage mir, du sanfter Wind, Was sie heimlich denken!“

Die Säulen des Saales sind mit rotem Stoff und zartem Birkengrün ausgeputzt. Hinter den Mustern der Blätter blinken goldene Buchstaben und fügen sich zu Worten:

„Proletarier... Hoch die...“

In die offenen Fenster dringt von draußen frischer Frühlingsduft — schwarze Bäume sind zu sehen und die Sterne über ihnen.

In einer Ecke des Saales hämmert ein schwarzer Mensch, den dünnen Hals gebogen, mit seinen langen Händen auf die Tasten des Klaviers ein. Ueber den Fußboden hin gleiten in Bindungen Matrosen und Arbeiter, verschiedenfarbige Wädeln im Arm, laut mit den Füßen scharrend und stampfend. Ringsum herrscht ein höllischer Lärm und eine tolle Fröhlichkeit.

„Grang Rum, ihr Satansbraten!“ brüllt verzweifelt ein riesiger Jüngling in weißer Schuhen und blauem Hemde, mit pottigem Haar und einer Narbe über Stirn und Wangen. „Hall, nicht Grang Rum, nein, wie heißt das gleich? Hände lassen, im Kreise herum, marsch!“

Es bildet sich ein kreisförmiger Reigen, verschiedenfarbige Helden wirbeln im Kreise herum, der Fußboden bröhnt unter den Tritten der Haden, ängstlich klirrt das Kristall des riesigen Kronleuchters.

Hinter der Säule, unter den Falten einer blutroten Fahne, hat ein mißgeartetes Pächchen sich's bequem gemacht: ein dreißigjähriger, podenarbigler, rotfarbiger Matrose mit offener Brust, und ein lockiges Fräulein in Blau. Ihre grauen Augen blicken erstaunt; es geschieht wohl zum erstenmal, daß solch riesiger Kerl sich demütig vor ihr neigt und mit guten, runden Augen in ihre Porzellangesichtchen schaut. Sie schüttelt sich mit ihrem weißen Tischlein Luft zu und blinzelt häufig; anscheinend hat sie zwar ein wenig Angst, doch fühlt sie sich dabei höchst behaglich.

„Diga Stepanowna, gestatten Sie mir noch einmal, Ihre religiösen Gefühle zu verletzen...“

„Oh, warten Sie, es ist so heiß...“

„Nein, trotzdem! Gut, also sagen wir mal: — Gott! Nun also, Gott ist doch ein Produkt der Einbildung, aber ich bin eine reale Tatsache, und trotzdem existiere ich für Sie gewissermaßen gar nicht.“

„Aber durchaus nicht...“

„Erlauben Sie! Natürlich muß mich das doch kränken! Also ein Gegenstand Ihrer Einbildung treibt Sie in die Leere des Unbekannten und in Hilflosigkeit — dabei steht vor Ihnen ein Mensch, der bereit ist, wer weiß woher für Sie zu gehen, nur um Ihrer lieben Seele willen.“

„Mit Damen anstellen!“ kommandiert laut der Riese und hebt seine Hand hoch über den Kopf. „Zu Wädeln um die Säulen herum.“

„Bitte, Diga Stepanowna!“

Er nimmt das Fräulein plötzlich so in seinen Griff, daß ihre Füße über den Boden weg durch die Luft schweben, und stürzt sich mit ihr in den bunten, lärmenden Wirbel des Tanzes.

Dann sieht sie, schwer nach Luft ringend, auf dem Fensterrand; er steht vor ihr und spricht halbblau, eindringlich auf sie ein:

„Natürlich, wir Leute von neuem Charakter, wir sind sehr geradeheraus, aber schließlich sind wir doch auch keine Tiere, keine Teufel.“

„Habe ich etwa so etwas behauptet? Nichts deraart habe ich gesagt!“

„Erlauben Sie! Wenn Sie durchaus in der Kirche getraut sein wollen, dann ist ja schließlich nichts dagegen einzunehmen, aber meine Kameraden könnten mich doch auslachen...“

„Sie brauchen es ja niemand zu sagen...“

„So heimlich? Sogar zu diesem Schritt gegen den Atheismus bin ich bereit um Ihrer lieben Seele willen. Aber wollen Sie, Diga Stepanowna, besser wäre es, wenn wir anfangen würden, uns an den Atheismus zu gewöhnen, bei Gott! Man muß auf eigene Mittel leben, Diga Stepanowna, ohne Furcht und — überhaupt, wir haben uns wirklich genug a-für-tet! Reicht diesen wir niemand mehr fürchten außer uns selbst. Was wollen Sie, Genosse? Was wollen Sie denn eigentlich...? Vielleicht so was hier?“

Langsam erhebt sich in der Luft im weiten Umfange eines wunsapphündigen Gewichts.

„Indessen blüht in der Mitte des Saales wie verrückt der riesige Kerl, der Oberbefehlshaber des Volkes.“

„Zwei Schritte zurücktreten vor den Damen, Verbeugung, ei—no, zwei—ei! So, jetzt fordern die Damen sich ihre Herren auf, ganz nach Belieben, niemand darf sich genteren...“



Werkwürdige Praktiken

Zu Schleidiger Stadtparlament verlangt alljährlich die kommunalistische Stadtverordnetenfraktion Unterstützung der M.H. durch die Stadt, um notwendigen Profitarbeiter die notwendigen Bekleidungsstücke verschaffen zu können. Finanzielle Mittel wurden von der Stadt den Antragstellern nicht zur Verfügung gestellt, wohl aber Stoffe, um Unterwäsche und dergleichen herzustellen in der Nähstube der M.H. herzustellen zu können. Und was geschah nun? Dem Wohlfahrtsauschuss wurden angefertigte Bekleidungsstücke aus minderwertigem Zeug zur Ansicht vorgelegt. Wahrscheinlich war von der Stadtverordneten Beyer der Stoff „verfälscht“ verkauft worden. Oder sollte diese bewusste Kommunistin der Auffassung geworden sein, daß für die bedürftigen Kinder alle Händchen gut genug sind?

Der Wohlfahrtsauschuss der Stadt Schleiditz hat die Dinge geprüft und von der Stadtverordneten Beyer Aufklärung über den Sachverhalt gefordert. Diese soll dem Ansuchen des Wohlfahrtsauschusses insofern entgegenkommen sein, als sie zum Ausdruck brachte, daß ihr ein „Versehen“ unterlaufen sei. Wenn ein solches „Versehen“ einem Sozialdemokraten passierte, was würde da wohl in der kommunistischen Presse zu lesen sein? Anders im Falle Beyer. Da schweigt sich der Klassenkampf, das Leis- und Magens- blatte der Schleidiger Kommunisten, bedenklich aus.

Bezirksauschuss Borna

Dienstag, den 20. März, fand vor der Tagung des Bezirkstages am Vormittag eine Bezirksauschussung statt. Der Stadt Ratsherr wird das gewählte Darlehen auf ein weiteres Jahr bis zum 31. März 1929 bewilligt. Die Gemeinde Rehmig hat eine Besoldungserhöhung für den Bürgermeister abgelehnt; es erfolgt Anweisung zur Einstellung eines Ortsgesches. Abweichungen von den ministeriellen Richtlinien sollen eingehend begründet werden. — Für das Bezirksamtsamt soll eine elektrische Wasserversorgung beschafft werden. — Dem Bezirksauschuss liegt ein Entwurf zu einem Vertrag vor mit dem Krüppelheim „Humanitas“, einer privaten Wohlfahrtsanstalt. Es soll ein neues Heim errichtet werden. Zur Herbeiführung der Rentabilität sollen sich die Bezirksverbände einer Erhöhung des Besoldungssatzes von 4 Mark auf 4,50 Mark anschließen. In der Aussprache betont Gen. Seidel, daß es richtiger sei, neue Heime nur durch die geschlichen Träger der Fürsorgeaufgaben zu schaffen und nicht durch private Vereinigungen. Dem Vertrag wird zugestimmt. — Um für den Bezirk eine moderne Feuerlöschhilfe zu schaffen, soll dem Bezirksverband der Ankauf eines Mannschiffswagens mit tragbarer Motorspritze vorgeschlagen werden, der auch als Zugerüst für die Bornaer Motorspritze verwendet werden kann. Ob 1-Tonnen- oder 1½-Tonnen-Wagen, bleibt noch offen. — Die Direktion der Landwirtschaftlichen Schule Borna möchte die Bezirksstellen von sich aus vergeben. Der Bezirksauschuss behält sich aber dieses Recht vor. — Der Stadt Ratsherr wird eine Beihilfe zu ihrer Jugendherberge verweigert, da die Mittel zunächst zur Bezirksjugendherberge Verwendung finden sollen.

1. März. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Das Kollegium nimmt Kenntnis vom Gesuch des Schulleiters Ritzken um Entbindung von seinen Ämtern als Schulleiter und Vorsitzender des Schulausschusses. — Zum Wohnungsbau für kinderreiche Familien beschließt man, das Gernerische Projekt anzukaufen und ausführen zu lassen. Pro Wohnung steht ein staatlicher Zuschuß von 4000 Mark zur Verfügung, 6000 Mark stießen aus Mitteln der Mietzinssteuer. Die erstellten Häuser bleiben Eigentum der Stadt. Bei der Ausschreibung der Arbeiten wird auswärtige Konkurrenz mitbezogen. — Infolge der raschen Entwicklung der Spar- und Girokasse macht sich die Beschaffung von größeren Räumen für genannte Kassen nötig. Man ist im Prinzip mit einem Anbau an das Rathaus einverstanden. Dieser Anbau wird die Raumnot der städtischen Ämter und Kassen auf lange Zeit beheben und auch noch für andere Zwecke Räumlichkeiten enthalten. Die Baukosten sind mit 80 000 Mark veranschlagt. Die Finanzierung soll durch die Sparsparkasse erfolgen. — Der Entwurf zur neuen Ortschulordnung wird nach langer stürmischer Debatte gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Damit ist auch der Paragraph 14, der die Einführung der allgemeinen Vermittelfreiheit vorsieht, Ortsgesetz geworden. Dieser Paragraph hatte es den Bürgerlichen ganz besonders angetan. Auch die

Verzettelt und Schulleitung wollten in einer Zuschrift ihren ablehnenden Standpunkt begründen.

Die Kommunisten stimmten mit für Einführung der allgemeinen Vermittelfreiheit, doch war ihr Hauptanliegen offenbar eifersüchtig, weil der Antrag nicht von ihnen ausgegangen war, sondern von den verhassten Sozialdemokraten. W. behauptete, schon vor drei Jahren im Schulausschuss die Einführung der allgemeinen Vermittelfreiheit propagiert zu haben, doch hätte damals der heutige Berichterstatter, unser Genosse Weber, dagegen gesprochen. Diese Behauptung wiederholte er auch noch, als ihm Genosse Weber zurief, er sei ja erst seit einem Jahr im Schulausschuss und könnte demzufolge nicht vor drei Jahren im Schulausschuss gegen irgendetwas gesprochen haben. Als dann Genosse Weber in einer persönlichen Erwiderung den Kommunisten bezeugte, wesentlich die Unwahrheit gesagt zu haben, geriet dieser ganz aus dem Häuschen und drohte gleich mit Tätlichkeiten. Dieser bedauerliche Fall hat den Kommunisten sicher keine Anhänger erworben.

Nachmals wird über die Erhebung von Zuschlägen zur Grund- und Gewerbesteuer abgehandelt; mit dem gleichen Resultat wie bisher verläuft die Erhebung von Zuschlägen der Ablehnung. Nun wird die vorgelegte Behörde eingereiht.

2. Schleiditz. Stadtverordnetenversammlung. In einer Dauererörterung mit lebhaften Debatten gestaltete sich die letzte Stadtverordnetenversammlung. Die Tribüne war überfüllt, dies zeigte das Interesse, das den Verhandlungen seitens der Einwohner entgegengebracht wurde. Wichtige Punkte waren: Die Beschlußfassung über den Antrag der neuen Besoldungsordnung für die Beamten und Angestellten und die Zustimmung zu dem Gesellschaftsvertrag der Flughafen-Gesellschaft Halle-Leipzig.

Auf Anordnung des Bürgermeisters mußte der Vortrager, Genosse Schulze, und die Genossin Schulze bei der Beratung der Besoldungsordnung sich aus dem Sitzungssaal entfernen, obwohl über die einzelnen Gruppen beraten und beschloffen wurde. Dies ist eine Maßnahme des Bürgermeisters, über die noch zu reden sein wird. Der Ordnungsbefehl hatte dadurch leichtes Spiel.

Den unteren Angestelltengruppen war eine Erhöhung bis über 50 Prozent ihrer Bezüge zugestanden worden. Ungerechterweise griff der Ordnungsbefehl willkürlich einige Beamte heraus und gruppierte sie höher oder gab ihnen Stellenzulagen. Dagegen wurde von der sozialdemokratischen Fraktion scharfer Widerspruch erhoben. Dennoch höher gruppiert wird, so muß das für die Beamten und Angestellten je nach ihrer Beschäftigung gleichmäßig geschehen, und es darf keine Günstlingswirtschaft getrieben werden. Durch die Einführung der neuen Besoldungsordnung wird der Etat um 35 000 RM. mehr belastet. Es tritt eine durchschnittliche Erhöhung um 26 Prozent ein. Mit den gesagten Beschlüssen ist das gesamte Problem abermals ins Rollen gekommen. Freude wird der Ordnungsbefehl daran nicht erleben.

Eineinhalb Jahr gehen schon die Verhandlungen über eine angemessene Vertretung der Stadt Schleiditz in der Flughafen-Gesellschaft. Immer hat der Magistrat der Stadt Halle versucht, Schleiditz, trotz seiner aufgewandten erheblichen Mittel im Betrage von etwa 700 000 RM., vollständig auszuschalten. Nur des Einspruchs des Reichsverkehrsministeriums ist es zu verhindern, daß Schleiditz einen Sitz in der Gesellschaft erhält. Als Skandalos ist es zu bezeichnen, daß der Magistrat der Stadt Halle der Stadt Schleiditz drei Tage vor der Gründungsversammlung den Gesellschaftsvertrag zur Annahme vorlegt. Kein Stadtverordneter war somit in der Lage, sich von dem Inhalt des Vertrages gründlich zu informieren. Sowie aber steht fest, daß der Vertrag nach hallischem Muster zugeschnitten ist. In der Gesellschaftsversammlung hat Halle gegenüber den übrigen Beteiligten, immer eine Mehrheit. Halle rechnete mit dieser kurzen Galgenfrist auf die Dummheit der Schleiditzer Stadtverordnetenversammlung und erwartete, daß diese den Vertrag ablehnen würde. Diese Freude ist Halle aber nicht bereitet worden. Nach Unterbrechung der Sitzung und nach reichlicher Aussprache wurde mit der Bedingung zugestimmt, daß der Vertreter der Stadt Schleiditz gegen die hiesige Handlungsweise des Magistrats der Stadt Halle protestieren und im letzten Augenblick noch versuchen soll, gemessen an den aufgewandten Mitteln, eine angemessene Vertretung zu erzielen.

Der Eingemeindung von Teilen des Forstquartals Schleiditz in das Stadtgebiet Schleiditz wird zugestimmt. Der Gewerbesteuerbesitzer Schwabe sollte im Interesse des Dienstes, weil er einen anonymen Brief an die Regierung hat schreiben lassen, in dem er die Gewerbesteule denunziert, um sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen, verurteilt werden. Er zog aber die Pensionierung vor. Er sitzt sich dabei auf drei ärztliche Zeugnisse. Im Interesse der Schleiditzer Gewerbesteule ist dies das Beste. Einverständnis wurde dem Gesuche zugestimmt.

id Radkau. In der Sitzung des Bezirkschulvorstandes wurde der ordentliche und außerordentliche Haushaltsplan der Berufsschule beraten. Der ordentliche Etat ergab an Ausgaben 13 225 RM., Einnahmen 5285 RM., somit verbleibt ein Fehlbetrag von 7940 RM. Der außerordentliche Haushaltsplan erfordert mit Ausgestaltung des Schulneubaus 28 478 RM. Die Vertreter der Landgemeinden erklärten, daß es unmöglich wäre, den auf ihre Gemeinden entfallenden Anteil aufzubringen. Die Aussprache ergab, daß das Ministerium prinzipiell eine Beihilfe zugesagt hat. Die Vertreter rechnen auf 50 Prozent Beihilfe der Gesamtkosten. Um die gesamten Kosten des Ausbaues nach herabzudrücken, wurde ein niedrigerer Zuschuß gewählt. Ende April will dann der Berufsschulvorstand zur gesamten Vorlage Stellung nehmen.

Spiel, Sport, Körperpflege

Erstverweigerung des Austritts

Aus der Kirche? Nein, diesmal nicht; ausnahmsweise meinen wir jetzt den Austritt aus einem andern bürgerlichen Verein, dessen Aufgabe allerdings genau wie die der Kirche ist: Erziehung und Verhinderung proletarischer Klassenbewußtseins. Wir reden von den bürgerlichen Sportvereinen im allgemeinen und von Sportverein Viktoria in L. Wäcker in besonderem. Der hat ja erst vor kurzem unter großem Trara der bürgerlichen Presse seinen 25. Geburtstag gefeiert. Die M.H. widmeten aus diesem Grunde dem Geburtstagskind einen feierlichen Festartikel: „Die schwere und segensreiche Aufgabe, die sich Viktoria stellt, an der Erhaltung und Erziehung unserer Jugend zu arbeiten, hat sie in umfassender Weise gelöst.“ „Weberhaupt ist Viktoria sehr vielfältig.“ „Wir glauben es; wir wissen auch, daß der westfälische Gaumeister sehr geschäftstüchtig ist und daß es ihm daher nicht schwer fallen dürfte, mit den horrenden Beiträgen, die er von seinen Mitgliedern einzieht, Betrieb zu machen. Hier der Beweis für unsern Anwurf!“

Ein Genosse, der Mitglied bei Viktoria war, wollte als überzogener Arbeiter, wie er uns schreibt, in einen Arbeiterportverein eintreten; vermutlich hatte er trotz aller schönen Phrasen das wahre Gesicht des bürgerlichen Sportes erkannt. Im März meldete er sich ab; seinen bereits unerhöht hohen Mitgliedsbeitrag von 2 M. im Monat hatte er pünktlich bezahlt und glaubte damit aller finanziellen Verpflichtungen ledig zu sein. Weit gefehlt! Er bekam noch eine Aufforderung, 34,15 M. bis zum Jahresabschluss als Beitrag für das neue Vereinslokalhaus zu zahlen. Der Empörte schreibt uns: „Als Mitglied von Viktoria muß ich 2 M. Vereinssteuer pro Monat bezahlen, macht im Jahr 24 M.; dazu noch 3 M. Vereinshaussteuer pro Monat, macht 36 M. im Jahre; zusammen 60 M!... Ich habe also die Ehre, noch 34,15 M. zu zahlen, obgleich ich meinen Mitgliedsbeitrag immer bezahlt habe. So schwer wird es einem gemacht, wenn man zum Arbeitersport übertritt.“

Die bürgerlichen Sportvereine behaupten immer, selbst aus Arbeitermitgliedern zu bestehen. Es scheint sehr zahlungskräftiges Proletariat zu sein, das sich dort zusammengefunden hat; denn 5 M. im Monat ist mehr als der Tagesverdienst manches Arbeiters. Daß solche skrupellose Geldschneiderei wirklich bei bürgerlichen Sportvereinen getrieben wird, beweist auch ein anderer uns zu Ohren gekommener Fall eines anderen Leipziger Sportvereins, bei dem der Austritt erst einige Monate später wirksam wird, man also gewissermaßen zu einer mehrmonatigen Kündigungsfrist — und der Bezahlung der hohen Vereinsbeiträge während dieser Zeit — verpflichtet wird. Und wenn der Verein meckert, daß und warum man ihm den Rücken kehrt, ist er gar nicht mehr so nett zu dem Proleten, den er sonst so gerne mit offenen Armen aufnimmt.

Wir können allen Arbeitern in bürgerlichen Sportvereinen nur raten, ihre lauer verdienenden Groschen nicht in ungeheuren Mitgliedsbeiträgen zu verpulvern, sondern die Konsequenz zu ziehen und sich dem Arbeitersport anzuschließen. Dort ist der Arbeiter mit Klassenkameraden zusammen; dort findet er wirtlichen Kameradschaftsgeist; und dort zählt er außerdem fast nur soziale Groschen als Beitrag, wie bei bürgerlichen Sportvereinen Marx. — Dem Gaumeister Viktoria wünschen wir zu seiner rigorosen Preispolitik Glück; sie wird manchem Arbeiter, der noch in falscher Front steht, die Augen öffnen!

Tagung des Bundesvorstandes

Bei der letzten Tagung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes löste die Nachricht, daß die 13 Opfer des Lawinensturzes in den hohen Tauern dem Wiener Arbeiter-Turnverein angehören, großen Schmerz aus. Dem Verein und den Angehörigen wurde das Beileid ausgesprochen. Bericht wurde über den Stand der Organisation und über die in der verflochtenen Zeit stattgefundenen Sitzungen und Tagungen. Erneut wurde festgestellt, daß die Mitgliedschaft der Vereine zur V.H. über die Zahlung von Beiträgen zu diesem nicht den Beschluß des Bundesstages entspricht und deshalb für die Vereine verboten ist. Die Beratung der Statuten zeigte den Willen, daß der Bund als Einheitsbund ausgebaut werden soll. Ein Aufbau nach Sportarten fand wiederholt Ablehnung. Die Verteilung der Delegierten für den Bundeskongress und die geschäftlichen Vorbereitungen zum Stattfinden desselben wurden gutgeheißen.

Reichstaktik. Kampfrichter. Mittwoch, den 28. März, 19.30 Uhr, im Volkshaus Leipzig, schriftliche Prüfung. Auch Nichtkämpfer sind hierzu eingeladen.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportschule

Von den sächsischen Winterportplätzen melden nur Oberwiesenthal und Fichtelberg, daß bei einer Temperatur von 2 Grad Wärme die Ausübung von Wintersport nur auf Waldwegen möglich ist. Bei vielfach heiterem Wetter sind die Sportverhältnisse auf den Rängen der Schlesischen Gebirge weiterhin günstig.

Leben und Sterben von Sacco und Vanzetti

24) Von Eugen Lyons.

Deutsche Zeitungsberichte: Ernst Angel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.

Es gab nach einer Zeugnisaussage, durch die der Anklagevertreter beweisen wollte, daß Sacco an jenem Tage nicht in Boston war. Aber keiner der Zeugen konnte bestimmte Aussagen in dieser Beziehung machen. Es ging nichts über Annahme und Zweifel hinaus, nicht so sehr, weil die Zeugen unehelich waren, sondern vor allem, weil sie nicht zwischen Sacco und anderen Italienern unterscheiden konnten, die ihm äußerlich ähnlich sahen.

In der Aussage über die Mühle des Banditen erreichte das Verfahren den Grad des lächerlichen. Obgleich von derselben Größennummer wie die Mühle Saccos, war die aufgefundenen Mühle pelzgefüttert und hatte Ohrenklappen, wodurch sie zu eng für ihn gewesen wäre. Frau Sacco bezeugte, daß Sacco pelzgefütterte Mützen und Ohrenklappen niemals leiden mochte und eine solche Mühle nie besessen hätte. Der Arbeitgeber Saccos sagte beiläufig, daß Sacco seine Mühle auf einen Nagel zu hängen pflegte. Ein Riß im Futter der Mühle wurde dann von der Anklage als Beweis ausgespielt, daß er durch den Nagel entstanden sei, auf den Sacco seine Kappe zu hängen pflegte — und auf solche „Beweise“ hin wurde um das Leben eines Menschen gespielt! Jahre später wurde von der Polizei zugegeben, daß der Riß entstanden war, als man die Firma, die die Mühle herstellte, feststellen wollte.

Zur Unterstützung der „Theorie“, daß der tödliche Schuß aus Saccos Revolver abgegeben worden war, wurden von der Anklage zwei „Sachverständige“ aufgeboten. Kapitän Charles Van Amburgh erklärte: „Ich glaube, die Kugel stammt aus einer automatischen Colt-Pistole... ich neige zu der Annahme, daß die Kugel aus diesem Colt-Automatik kam.“ Er begründete seine Annahme auf eine winzige Einbuchtung, die man nur unter dem Mikroskop erkennen konnte, und die er an drei Kugeln gefunden haben will, die er aus diesem Revolver abgeschossen hatte. Die Kugeln waren alle Winchestertypen. Aber an drei Peterstücken, die zur gleichen Zeit abgeschossen wurden, fand sich diese kleine Einbuchtung nicht. Er gab zu, daß solche Narben, wie sie sich in der Waffe Saccos fanden, durch Rost und Schmutz entstehen können.

Der zweite Sachverständige war Kapitän William H. Proctor, Kommandant der Staatspolizei. Die Form, in der er seine Aussage machte, war ganz merkwürdig. Er wurde nicht direkt gefragt, ob die Kugel aus Saccos Revolver stammen könne, sondern auf Umwegen.

Frage: „Haben Sie eine Meinung darüber, ob diese Kugel Nr. 3 (Ausstellungsobjekt Nr. 18) aus dem Colt-Automatik abgefeuert wurde, der sich hier befindet?“

Antwort: „Ich habe eine Meinung.“

Frage: „Und was ist Ihre Meinung?“

Antwort: „Meine Meinung ist, daß man annehmen kann, die Kugel sei aus dieser Pistole abgeschossen worden.“

Man sieht, daß die Antwort bewußt zweideutig sein sollte. Aber vor den Geschworenen ausgesprochen, machte sie den Eindruck einer bestimmten Behauptung. Die Anklage legte sie auch so aus. Der Richter tat das gleiche und instruierte die Geschworenen dementsprechend. Und doch hat Proctor nur die Möglichkeit andeuten, die Kugel hätte aus dem Revolver stammen können; er hatte keine positive Behauptung gemacht.

(Nach dem Prozeß gab Proctor zu, daß die Zweideutigkeit absichtlich hineingelegt worden war, die Fragen und Antworten waren zwischen ihm und dem Ankläger vorher vereinbart worden.)

Der Aussage dieser Sachverständigen standen die Aussagen zweier Sachverständiger gegenüber, die von der Verteidigung gestellt worden waren: James C. Burns, ein hoher Beamter der United States Cartridge Company, und James S. Fitzgerald, der Superintendent der Versuchsabteilung der Colt Automatic Pistol Company. Burns erklärte, daß die fragliche Kugel sowohl aus einem Coltrevolver wie aus einem Ballardrevolver abgefeuert sein könne. Er erklärte ausdrücklich, daß sie nicht aus Saccos Revolver abgefeuert worden sei. Er hob acht Kugeln aus Saccos Revolver und sie hatten keinerlei Zeichen an sich. Fitzgeralds Aussage deutete sich vollkommen mit der von Burns.

Dann wurde das Alibi Saccos von der Verteidigung festgesetzt. Ende März hatte Sacco Nachricht vom Tode seiner Mutter in Italien erhalten. Seine bis dahin unbestimmten Pläne einer Reise nach Italien nahmen nun feste Form an. Er erzählte seinen Freunden wie auch seinem Chef von seinem Plan, nach Torre Maggiore zurückzukehren, und erbat von Kelly einen freien Tag, um sich einen Kellerepaß zu besorgen. Am 14. April erklärte er, daß seine Vorbereitungen ziemlich weit vorgeschritten wären und er darum am nächsten Tage nicht zur Arbeit erscheinen könne. Sein Chef war einverstanden. Er war am 15. April abwesend und erschien am 15. wieder zur Arbeit.

Die Anklage behauptete, daß sich Sacco an diesem Tage an dem er nach Monaten ununterbrochener Arbeit nicht gearbeitet hatte, einer Bande von Räubern angeschlossen und einen Mord begangen

hätte. Sacco konnte für jede Stunde des vergangenen Tages Rechenschaft ablegen und zehn Zeugen für die Richtigkeit seiner Aussage beibringen.

Giuseppe Brower, ein Angestellter im italienischen Konsulat, beschwor, daß Sacco an jenem Tage im Konsulat gewesen sei. Er erinnerte sich besonders daran, weil Sacco ein großes Familienbild statt der üblichen Postbilder gebracht habe. Das hatte ihn beunruhigt. Da Sacco mit der Postbeförderung beschäftigt war, behauptete die Verteidigung, daß er an jenem Tage nach Boston gegangen sei; denn da er nur einen Tag von seiner Arbeit abwesend war, muß es an diesem Tage gewesen sein.

Sacco hatte mit Freunden am 15. April in Boston in Bonis Restaurant zusammen Mittag gegessen. Professor Felice Guadagni, ein Journalist und Vortragsredner, bezeugte, daß er an jenem Tage zusammen mit Sacco in Bonis Restaurant gegessen habe. Während sie beim Essen waren, kam John D. Williams, ein Anwesenheitsmaler, herein. Sie sprachen dann darüber, daß am gleichen Tage einem anderen Mr. Williams von der Bostoner Zeitung „Transcript“ ein Ehrenbanquet gegeben würde, weil der König von Italien ihm für seine Dienste während des Krieges einen Orden gegeben habe.

Später, im Laufe des Nachmittags, traf Guadagni wieder mit Sacco in Giordanis Restaurant zusammen. Professor Antonio Santamaro, Verwaltung der Auslandsabteilung der Hanmärker-Nationalbank in Boston, bezeugte ebenfalls, daß er Sacco am 15. April zwischen zwei und drei Uhr nachmittags in Giordanis Restaurant getroffen habe; er erinnerte sich bestimmt daran, denn er war sofort nach dem Banquet zu Ehren des Mr. Williams, an dem er teilgenommen, dorthin gegangen. Er erinnerte sich genau daran; denn er hatte durch Sacco Grüße an Leone Mucci, einen italienischen Abgeordneten, ausrichten lassen. Sie sprachen über Saccos Pläne, nach Italien zurückzukehren. Sacco erzählte ihm, daß er nach Boston gekommen sei, um sich den Paß zu besorgen. Albert Bosco, Redakteur der konservativen italienischen Zeitung „La Rettigia“ in Boston, erklärte auch, daß sich Sacco an jenem Tage in Bonis Restaurant befunden habe. Andere bestätigten diese Tatsache. Achmetel Ungenantheit war in diesem Alibi. Der einzige Grund, um alles zu bezweifeln, war, daß — da sie alle Italiener waren — diesen Aussagen eine weltverworfene Verschwörung zugrunde lag, um der Gerechtigkeit ein Schicksal zu schlagen und Sacco zu retten. Wenn man die ganze Situation, wie sie damals bestand, in Betracht zieht, war es leicht, die Geschworenen in den Glauben zu verlegen, daß dies der Fall sei.

(Fortsetzung folgt.)



Die Hebe gegen den städtischen Milchhof

Herabsetzung der Erziehungsbeihilfen
Der Rat will die Proletarierkinder von den Höheren Schulen verdrängen

Bei Eröffnung der ersten Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1927 ritt, wie noch in Erinnerung sein wird, der Oberbürgermeister seine große Attacke gegen die Volkshule. Ihre Leistungen seien zurückgegangen. Die Lehrer seien schuld daran. Als ihm dann in einem Zwischenruf entgegengehalten wurde, daß auch an den höheren Schulen die Leistungen zurückgegangen seien, erklärte der Oberbürgermeister, das rühre daher, daß sich immer mehr Volkshüler in die höheren Schulen eindrängten. Hierin lag schon die erste Hebe, wenn auch unbestimmte Androhung, den Proletarierkindern den Zugang zu den höheren Schulen erschweren zu wollen. Der ersten Androhung folgte bald auch die erste Tat. Bei der Haushaltsplanberatung 1927 hatten die Stadtverordneten die Summe zur finanziellen Unterstützung der proletarischen Eltern, die ihre Kinder in eine höhere Schule schicken möchten, erhöht. Der Rat lehnte ab. Nun will er auch die Zahl der jetzt schon die höheren Schulen besuchenden Kinder zusammenhauen. Er unterbreitete den Stadtverordneten eine Vorlage, derzufolge die Leistungszensur der von der Volkshule zu einer höheren Schule übertretenden und Erziehungsbeihilfe heischenden Kinder von 15 auf 11 erhöht werden soll. Eigentlich müsse man die Zensur 12 verlangen; denn der Zweck der Erziehungsbeihilfen solle sein, nur solchen bedürftigen Schülern, deren Leistungen und deren ganze Persönlichkeit die Anwendung öffentlicher Mittel rechtfertige, und deren Förderung im allgemeinen Interesse liege, die Ausbildung auf höheren Schulen zu ermöglichen. Dem Rat liegt also möglichst umfassende Wissensverbreitung innerhalb des proletarischen Nachwuchses nicht im „allgemeinen Interesse“. Er ist offenbar, wie jeder profitstrome Kapitalist, der Auffassung, um einen Menschen zu einem leibendigen Anhängel einer jenseitigen Maschine zu machen, braucht er keine höheren Schulen zu besuchen. Dazu reichen die Volkshulen durchaus hin. Das entspricht etwa der Auffassung des Herrn Hendy Brandt von der Vasa, der da meinte, für die Landwirtschaft sei sogar die Volkshule ein Uebel; der Junter fahre am besten, wenn er mit drei Ochsen pflügen könne, zwei vor und einen hinter dem Pfluge.

Die Leistungszensur ist dem Rat nur ein fauler Vorwand für die vom Oberbürgermeister schon vor mehr als Jahresfrist zu erkennengebene Absicht, die Proletarierkinder aus den höheren Schulen zu verdrängen. Die Erhöhung der Leistungszensur von 15 auf 11 bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die Verjagung der Hälfte aller ehemaligen Volkshüler von den höheren Schulen. Doch es dem Rat gerade darauf ankommt, gibt er ja auch unumwunden zu, indem er behauptet, die städtischen Finanzen würden durch die Aufrechterhaltung der heutigen Leistungszensur „außerordentlich belastet“. Schrauben wir die Leistungszensur für Volkshüler, die auf Unterstufe durch die Stadt angewiesen sind, hinauf, dann wird ihnen der Weg zu den höheren Schulen verarmt sein, und die Kinder der „Bessersituiernten und der Besthabenden“ sind wieder glücklich unter sich.

Die Ratsvorlage bläst den Stadtverordneten blauen Dunst vor, wenn sie behauptet, durch die bisherige Leistungszensur würden „Mittelmächte zum Besuche der höheren Schulen angeregt, ohne daß damit den Schülern und der Schule gebient sei“. Das ist ausgesprochene Bureautenweisheit. Wenn wir einmal die Probe auf das Exempel machen wollten, würden wir sicher unter den Ratsmitgliedern nicht wenige finden, die sich mit der Zensur 15 begnügen müßten, als sie in ähnlichem Entwicklungstadium sich befanden. Sie werden heute nicht sagen können, daß ihnen mit der Schule „nicht bedient“ ist.

Und die Schule selbst? Hätte der Rat geschwiegen, so wäre er der Wohlfeind geblieben! Von allen die höheren Schulen besuchenden Kindern haben 45 vom Hundert eine Zensur unter 15: Schüler unter 15 bekommen aber keine Beihilfen von der Stadt. Jeder Nachwuchs aus den Krisen der Volkshüler, die Erziehungsbeihilfen empfangen, befreit also sowohl die Durchschnittszensur als auch das Verhältnis der Leistungen 15 zu den Leistungen darunter. Der Schule würde also wirklich mit solchem Nachwuchs durchaus bedient.

Alle diese Einmände sind Ausflüchte. Bildung und Wissen soll ein Monopol der Besthabenden bleiben. Das ist der Zweck der Ratsvorlage, und diesen Zweck so kräftig wie nur irgend möglich zu durchkreuzen, ist Aufgabe der Stadtverordneten.

Wichtig für alle Kriegerhinterbliebenen

Nach der letzten, erst kürzlich erfolgten Abänderung des für die Versorgung der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen in Frage kommenden Reichsversorgungsgesetzes ist eine Erleichterung in der Nachprüfung des ursächlichen Zusammenhanges des Todes eines Beschädigten mit dem Kriegsdienst insofern eingetreten, als die Rente stets dann ohne erneute ärztliche Nachprüfung des Versorgungsfalles an die Hinterbliebenen gezahlt wird, wenn der Tod des Beschädigten an dem Leiden erfolgte, für das er Rente bezogen hatte. In solchen Fällen wird auch den Hinterbliebenen stets das volle Sterbegeld gezahlt. Hierzu teilt der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mit, daß diese Bestimmung mit dem 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist. Für Fälle, die gleich liegen, in denen aber der Beschädigte vor dem genannten Termin verstorben ist, kann im Härtewege die Rente rückwirkend ab 1. Oktober 1927 dann gewährt werden, wenn der Antrag spätestens bis zum 31. März 1928 durch die Hinterbliebenen beim Versorgungsamt gestellt worden ist. Bei Ueberstreifen dieses Termins kann die Zahlung der Rente erst vom Tage des Bewilligungsbescheides ab im Härtewege gezahlt werden.

Auch für die Gewährung von Rente an Eltern, die früher von ihrem sodann gefallenen Sohn wesentlich unterstützt worden sind, hat das neue Gesetz Erleichterung gebracht. Eltern oder Esternteile, die deswegen mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden sind, weil der Verstorbene nicht Ernährer war oder geworden wäre, können jetzt eine Beihilfe erhalten, wenn sie den Nachweis führen, daß der Verstorbene mindestens ein Drittel zu den Kosten der Lebenshaltung der Eltern oder des Esternteiles beigetragen haben würde. Auch diese Beihilfe kann rückwirkend ab 1. Oktober 1927 bezogen werden, wenn der Antrag bis zum 31. März 1928 beim Versorgungsamt eingegangen bzw. gestellt worden ist.

Der 31. März 1928 ist also für beide Kategorien ein wichtiger Verfallstermin, der nicht überschritten oder versäumt werden darf. Das Recht auf rückwirkende Nachzahlung verjährt unter allen Umständen an diesem Tage.

Nachdem die Opposition gegen den städtischen Milchhof in den Interessentengruppen, Milchhandel usw. so gut wie erledigt ist, konnte man annehmen, daß nunmehr die größten Schwierigkeiten beseitigt wären und es nun lediglich Aufgabe des Rates sei, die Angelegenheit so schnell als irgend möglich vorwärts zu treiben. Dem ist aber nicht so. Jetzt wird von anderer Seite, und zwar von Vertretern der Wissenschaft gegen den Milchhof Sturm gelassen.

Am 9. März erschien in den Neuesten Nachrichten ein Artikel „Städtischer Milchhof und soziale Frage“ der allem Anschein nach von einem Beamten in der städtischen Milchunterforschungsanstalt geschrieben worden ist. Am 21. März nahm der Universitätsprofessor Dozrat Dr. Müller-Lenharz in einem Artikel „Milchversorgung“ gegen den Milchhof Stellung.

In beiden Artikeln wird zum Ausdruck gebracht, daß erstens die Milch durch die an sich notwendige Erziehung (Dauererziehung) 30 Minuten lang auf 60 Grad und Hocherhitzung auf 90-100 Grad nicht keimfrei gemacht würde und zweitens durch die Erziehung der Nährwert der Milch herabgesetzt werde. Ferner wird behauptet, der Milchhof verteuere die Milch um circa 3 Pfennig pro Liter und schließlich wird für die sogenannte Vorzugsmilch Stimmung gemacht. Dr. Müller-Lenharz schreibt, nachdem er ausführlich zu der Erziehung der Milch Stellung genommen hat, folgendes:

„Wohin führen diese Tatsachen? Daß man das Uebel bei der Wurzel anpackt, nämlich verhindert, daß pathogene und andere schädliche Keime in die Milch hineingelangen. Heute scheint sich alles darum zu drehen, Methoden zu erfinden, um die Keime in der Milch abzutöten, Methoden, die aber, wie wir sehen, hierfür keine sichere Gewähr bieten. Wir sind vom Hauptziele auf ein Nebenziele geraten. Was müssen wir anstreben? Eine möglichst hohe Belieferung mit gesunder Rohmilch: gesunde, tuberkulosefreie Kühe, gesunde Melkpersonal, saubere Gewinnung, gut filtrierte und gekühlte Milch, die möglichst schnell dem Verbraucher zuzuführen ist, der sie nur kurz aufzuheizen und kühl zu halten braucht. Solche amtierärztlich und bakteriologisch kontrollierte Milch darf, wenn sie nicht städtisch kontrollierte Vorzugsmilch ist, nach dem Milchrégulativ der Stadt Leipzig gar nicht als „kontrolliert“ bezeichnet werden. Man sucht sie also möglichst fernzujubalen. Auch hier befindet man sich auf dem Nebenziele. Die Milchhygiene wird nur dann Fortschritte machen, wenn sie an der Erzeugungstätte einsetzt und der Erzeuger für die angegebenen Aufwendungen eine Entschädigung durch den Milchpreis erhält. Hier für Aufklärung zu sorgen und mitzuwirken ist Aufgabe jeder Stadtverwalter. Das ist zunächst wichtiger als ein städtischer Milchhof.“

Es berührt eigenartig, daß jetzt, nachdem man allgemein zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß die Leipziger Milchversorgung sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß deshalb die Errichtung des städtischen Milchhofes dringend notwendig ist, einige Wissenschaftler gegen den Milchhof ankämpfen und die Frage aufwerfen, ob die Erziehung der Milch von Vorteil oder Nachteil ist. Die Neuesten

Nachrichten spielen sich fortgesetzt als die alleinige Interessenvertretung der Landwirtschaft auf. Im vorliegenden Falle kommen sie wie auch der Dr. Müller-Lenharz freilich reichlich spät. Die Landwirtschaft benötigt die wissenschaftlichen Belehrungen nicht mehr, denn sie hat sich für die Beteiligung an dem städtischen Milchhof entschieden und ihre Anteile voll gezahlt. Ebenso ist auch die Mehrheit der Melkereien und die Mehrheit im Milchhandel für die Beteiligung an dem städtischen Milchhof. Diese Einstellung ist auch etwas ganz Selbstverständliches, nachdem man in anderen Städten mit der Errichtung von Milchhöfen gute Erfahrungen gemacht hat.

Wie liegen denn die Dinge und was wird mit den Vorschlägen des Dr. Müller-Lenharz und des anderen Artikelschreibers erreicht? Die Vorschläge sind einfach undurchführbar. Zunächst ist undenkbar, daß jeder Landwirt, der Milch produziert und verkauft, die Bedingungen, die Dr. Müller-Lenharz stellt, gesunde, tuberkulosefreie Kühe, gesundes Melkpersonal, saubere Gewinnung, gut filtrierte und gekühlte Milch, erfüllen kann. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß ein jeder Landwirt Vorzugsmilch liefern kann. Mit solchen Hirngespinnsten läßt sich auch rein gar nichts anfangen. Ist es aber nicht möglich, Vorzugsmilch in größeren Mengen zu produzieren zu können, so muß eben die Vorbehandlung (Erziehung) der Milch beibehalten werden, wie das auch in den Milchhöfen anderer Städte geschieht. Aber angenommen, die aufgestellten Forderungen wären durchführbar. Was würde dann eintreten? Dr. Müller-Lenharz und auch der andere Artikelschreiber versuchen, die Verbraucher mit der Behauptung gruselig zu machen, der Milchhof verteuere die Milch. Sie verschweigen aber, was dann eintritt, wenn sich ein jeder Landwirt auf die Produktion von Vorzugsmilch einstellt. Die Umstellung bzw. der Ausbau der landwirtschaftlichen Betriebe würde derartig hohe Kosten verursachen, daß der Milchpreis bedeutend erhöht werden müßte. Dr. Müller-Lenharz und der andere Artikelschreiber haben ohne Zweifel ein so hohes Einkommen, daß sie ohne Bedenken die teure Vorzugsmilch kaufen können. Die breite Masse der Verbraucher aber, kann schon jetzt, bei dem geringen Einkommen, den Preis für Vorzugsmilch nicht bezahlen, geschweige denn, wenn der Preis noch bedeutend höher ist. Die Preis-erhöhung würde ohne Zweifel zur Folge haben, daß das Gegenteil von dem eintritt, was die Milchausschüsse anstreben. Anstatt eine Steigerung des Milchverbrauches wird ein starker Rückgang eintreten. Die Vorschläge des Dr. Müller-Lenharz würden also der Landwirtschaft nur zum Schaden gereichen.

Der städtische Milchhof wird und muß bestrebt sein, für Kinder und Kranke eine bessere und einwandfreie Milch zu schaffen, als sie gegenwärtig zum Teil geliefert wird. Der Milchhof wird auch den Landwirten, die eine gute und fettreiche Milch liefern, einen angemessenen Preis zahlen. Der Milchhof wird also im Interesse der Verbraucher dafür sorgen, daß er stets eine gute Milch geliefert bekommt, den Streit aber über die Frage, ob die Erziehung der Milch von Vorteil oder Nachteil ist, kann er ruhig den Wissenschaftlern überlassen.

Dokortitel gegen Barzahlung oder Raten

Ein Institut in Leipzig und Berlin
Konul: 25 000 Mark — Doktor: 6 000 Mark

Angenommen, es gibt einen ehrbaren deutschen Bürger mit dem Namen August Schulze. Er hat in seiner Jugendzeit das Schusterhandwerk erlernt, hat „reich geheiratet“, Glück gehabt und schließlich eine Schuhfabrik eröffnet, die ihm eine erträgliche Rendite sichert. Es versteht sich von selbst, daß sich dieser Mann nur noch mit der einen Sorge zu beschäftigen hat, die seinen simplen Namen August Schulze betrifft. Diese August Schulzes leben in allen Ländern der Welt; am härtesten mag die Gattung in Deutschland vertreten sein. Wie aber diese eine Sorge los werden, auf daß man endlich im Rahmen der Familie, Bekanntheit und Deffektivität jene Geltung besitze, die das Ansehen eines gut-situiernten Schuhfabrikanten überträgt?

Es gibt aber auch andere Menschen. Nehmen wir z. B. den Besitzer eines großen Zeitungshauses, den Generaldirektor eines Chemietrusts oder irgendeinen anderen aus der Gemeinschaft der „Wirtschaftsführer“. Ob sie bereits akademische Grade besitzen oder nicht: Stiftung folgt auf Stiftung, heute kriegt das anatomische Institut an der einen Universität einen hohen Geldbetrag, morgen läßt der Generaldirektor ein neues Chemisches Laboratorium an einer anderen Hochschule einrichten usw. usw. Und dann folgt

Dokortitel auf Dokortitel

angefangen vom Doctor utriusque juris honoris causa bis zum Doktor-Ingenieur ex honore. ... wird wegen besonderer Verdienste um die Förderung der Soundso-Wissenschaft zum Ehren-doktor ernannt.“ Das eine Mal sind es die goldpendelnden Kapitalisten, ein ander Mal hohe Staatsbeamte (leider ist zuweilen auch ein Parteigenosse darunter), die nun auf ihre alten Tage noch ein paar Titel mehr durch die Weltgeschichte schleppen dürfen. Beide Male hat die Geschichte

nicht das mindeste mit Wissenschaft zu tun.

Beide Male trägt kein Hahn danach; nur einige Zeitungen trähen es in die Welt hinaus, daß abermals dieser und jener Titel eines Ehrendoktors verliehen worden sei.

Dies gleiche Glück, das den Großkapitalisten und Staatsbeamten geneigt ist, hat der gutgestellte, aber doch nicht über die Mittel des Herrn Dr. Duisberg verfügende August Schulze nicht. Abdiweil das Verlangen nach akademischer Abstempelung bei ihm so stark ist, ist es kein Wunder, daß sich schließlich Leute finden, die diesem starken Drang Verständnis entgegenbringen und dann das Geschäft offener und ehrlicher in die Hand nehmen, als dies bei den Ehrendoktoratsgeschäften mit den hohen Herren der Fall ist. Nicht mehr „wegen Förderung der Wissenschaft“, sondern gegen Barzahlung, eventuell in Raten, werden Ehrendoktorate und andere Titel vergeben. Der Einfachheit halber sucht man sich außerdeutsche Universitäten. Früher wurden hierfür Titel verleihende amerikanische Hochschulen mit Vorliebe benutzt, und nun ist hier

in Leipzig

eine Angelegenheit an die Deffektivität gekommen, die italienische und belgische Universitäten betrifft. In einer Leipziger Zeitung erschien ein Inserat — und welches Inserat kann in den Leipziger Neuesten Nachrichten nicht erscheinen! — das „Interessenten für Konsultat“

suchte. Die angegebene Budapest Adresse führte jedoch auf einen in Leipzig wohnenden Herrn Dr. Edgar A., der für die Ernennung zum Konul 20 000 Mark und 25 000 Mark forderte. Als besondere Referenz wies er aus, daß erst vor kurzer Zeit für die Uebertragung

des Konsulats der Argentinischen Republik 35 000 Mark gezahlt worden seien. Außer Konsultat waren

auch Ehrendoktorate zum Preise von 6000 bis 10 000 Mark

zu erwerben. Man konnte zwischen einer italienischen und einer belgischen Universität wählen. Der Betrag, in zwei Raten zahlbar, müßte bei einem Notar hinterlegt werden. Herr Dr. A., der, wie sich herausstellte, auch kein richtiger Doktor war, ist am Freitag der vergangenen Woche vom Staatsanwalt verhaftet worden.

Was ist hier geschehen? Die D.N.Z. und die Neue Leipziger bringen ausführliche Berichte über diesen Vorfall. Die D.N.Z. verlangen sogar eine Verurteilung des von ihnen bisher bekämpften Artikels der Reichsverfassung, der jedem Deutschen die Annahme von Orden und Ehrenzeichen eines außerdeutschen Staates untersagt! Wahrscheinlich soll dieser Vorfall des inländischen Titelmarchtes dienen, wodurch nicht zuletzt die neuernannten Herzöge von Afghanistan getroffen werden würden. Es ist schließlich auch kein Geheimnis, daß eine ganze Reihe von Leipziger Kapitalisten darüber sehr ungeduldet war, daß Amanullah ihre Geschenke zurückwies, die in der Hoffnung auf irgendeine afghanische, „außerdeutsche“, Auszeichnung angeboten worden waren.

Das Leipziger Unternehmen des Herrn Edgar Abers ist aber nur eine Zweigstelle einer größeren Doktorfabrik. Von Leipzig gehen die Fäden nach

der Hauptzentrale in Berlin,

deren Besitzer einer von den sogenannten hochangesehenen Bürgern ist. Abers vertrieb für ihn die Dokortitel gegen eine angemessene Provision von 20 Prozent, wobei zu bedenken ist, daß an die „Unverstännten“ nur jeweils einige hundert Mark abzuführen waren. Zur Hebung des Absatzes wurde auch das

Schneeballsystem

verwendet, indem jeder, der dem Geschäft zwei „Doktoranden“ zuführte, einen Dokortitel für sich selbst gratis zugesichert erhielt. Das Geschäft scheint einen gewaltigen Umfang angenommen zu haben. Unter den Leipziger Anwärtern war auch ein

bekannter Verlagdirektor,

dessen sich die Leipziger Volkszeitung immer auf das wärmste angenommen hat, ein großer Kunsthändler, ein ehemaliger Meßbudenbesitzer u. a.

Auf der einen Seite das Geschäft im großen, betrieben von Defanatien und Fakultäten, mit der Phrase der „Verdienste um die Wissenschaft“ — auf der anderen Seite das Geschäft im kleinen gegen Provision und Ratenzahlung; das eine gilt als öffentliche Ehrung, im zweiten Fall schnappt der Staatsanwalt den Mann, der auf der speyerischen Eitelkeit seiner Mitbürger eine Existenz grüdete. Das ist die Verlogenheit der bürgerlichen Gesellschaft, und über die schweigt sich die bürgerliche Presse aus.

Internationale pädagogische Ausstellung

In der Zeit vom 9. bis 14. April wird in Verbindung mit der internationalen pädagogischen Tagung in Leipzig eine Ausstellung gezeigt, die in der Hauptsache folgende Gruppen aufweist:

- 1. Das internationale Bilderbuch.
2. Ein internationales Schulbuch, die Bibel.
3. Internationaler Schülerbriefwechsel.
4. Eine Arbeitseinheit aus Leipziger und tschechischen Arbeitsschulen.
5. Die einheitliche Arbeitsschule der russischen Sowjetrepublik.
6. Die soziale Schulleistung der Stadt Leipzig.
7. Ausstellung Leipziger Buch- und Lehrmittelhändler.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Alt-Weipzig. Gaststätten zur Vertreterversammlung des Konsumvereins können gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches beim Gen. Kaufmannsbau, Volkshaus, entnommen werden.

Wahren. Mittwoch, den 28. März, 20 Uhr, wichtige Sitzung in der Bibliothek.

Frauen.

Faunsdorf. Frauen, Mädchen, Eltern! Donnerstag, den 29. März, 19.30 Uhr, im festlich geschmückten Saale des Gutsparfs Bauensdorf, große Frauenfeierstunde mit Lichtbildervortrag des Gen. Lehrers Jeller: Das proletarische Mädchen — die proletarische Frau. Gesang, Musik, Rezitationen.

Alt-Weipzig-Nord. Donnerstag, den 29. März, 20 Uhr, Bücherstunde 14, Frauenabend. Wir behandeln „Wege der Liebe“ von A. Kollontaj.

Großsch. Heute Dienstag, 20 Uhr, im Alten Schützenhaus, Frauenabend.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Osten I. Mittwoch, 16.45 Uhr, gemeinsames Spielen im Heim. — Der Beitrag zur Osterfahrt beträgt 3,50 Mk. und kann Mittwoch eingezahlt werden.

Veusich. Wegen Erkrankung der Genossin Heinrich fällt am Mittwoch von 15—17 Uhr das Spielen aus. Die größeren Kinder spielen von 17—19 Uhr.

Arbeitsdienst Mächern. Am Sonntag fahren alle Helfer von Alt-Weipzig und Gehls nach Mächern. Maurer, Zimmerleute und Tischler aus dem Eltern- und Helferkreis willkommen. Treffen 6.50 Uhr Zeltungsstand Ostballe.

Südost. Unsere Helferzusammenkunft heute Abend und die Märzfeier am Mittwoch fällt aus. Die Gruppen Grotel-Hilde, Freigrau und Ise-Wilf haben wie üblich Gruppenabendsitzungen. Zeitungsblätter mitbringen. Nächste Helferzusammenkunft wird durch die Zeitung bekanntgegeben.

Die Veranstalter der Tagung glauben annehmen zu dürfen, daß die Ausstellung die durch sie entstehenden Ausgaben decken wird, sie bitten jedoch die Stadtverwaltung, der Uebernahme einer Garantieleistung von 2000 Mark durch die Stadt zuzustimmen. Der Rat der Stadt hält die Unterfertigung der Ausstellung für gerechtfertigt und bittet die Stadtverordneten, ihr Einverständnis zu den gewünschten Garantieleistungen auszusprechen. Die Stadtverordneten werden ihre Zustimmung sicher nicht verjagen.

Abschlussprüfungen

am Sozialpädagogischen Frauenseminar.

Vom Ratopräsidium wird uns geschrieben:

In der Zeit vom 10. bis 23. Februar 1928 fand unter dem Vorsitz des vom staatlichen Kommissar ernannten Herrn Bürgermeisters Dr. Kubitz die Prüfung für Wohlfahrtsopfererinnen und Wohlfahrtsopfererinnen statt. An der Prüfung nahmen teil 11 Schülerinnen, 1 Schüler sowie 1 Zugewiesene. Alle 13 Kandidatinnen bestanden die Prüfung. Es erhielten als Gesamtnote 8 die II (gut bestanden), 7 die III (bestanden).

In der Zeit vom 23. Februar bis 3. März 1928 fand unter dem Vorsitz des vom staatlichen Kommissar ernannten Präulein Studienrätin Dr. Dyd die staatliche Prüfung für Jugendleiterinnen statt. An der Prüfung nahmen 12 Schülerinnen teil. Alle 12 Kandidatinnen bestanden die Prüfung. Es erhielten als Gesamtnote 2 die I b, 5 die II a, 3 die II, 2 die II b.

In der Zeit vom 5. bis 15. März 1928 fand ebenfalls unter dem Vorsitz des Präulein Studienrätin Dr. Dyd die staatliche Prüfung für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen statt. An der Prüfung nahmen 31 Schülerinnen teil. Alle 31 Kandidatinnen bestanden die Prüfung. Es erhielten als Gesamtnote 2 die I b, 7 die II a, 8 die II, 14 die II b.

Die Entlassung der abgehenden Schülerinnen fand am 17. März 1928 statt.

Unglücksfälle in Leipzig

Am Montagvormittag ereignete sich auf dem Cotta-Weg ein schweres Automobil-Unglück. Ein Auto mit drei Insassen fuhr gegen einen Baum. Die Insassen wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen. Sie mußten nach dem Diakonissenhaus übergeführt werden. Es handelt sich augenscheinlich um eine Schwarzfahrt.

Am Montag, dem 26. März, 1/6 Uhr, ereignete sich an der Kreuzung Friedrich-Vik-Strasse und Friedrich-List-Platz ein Zusammenstoß zwischen einem Continental-Lastwagen und einem Radfahrer. Da nicht klar ersichtlich war, wozu das Auto fahren wollte, wurde der Radfahrer unsicher und so von den Vorbereitern des Wagens angefahren. Er erlitt eine Quetschung am Arm, so daß er besinnungslos von dem Wagen weggeschafft werden mußte.

Beim Spielen mit Streichhölzern zog sich der kleine dreijährige Herbert S. aus der Heinrichstraße starke Brandwunden am Körper zu. Er wurde dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlag.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, Mittwoch, den 28. März 1928, 18 Uhr, weist folgende Tagesordnung auf: Warnungen der Verordneten gegen die Ordnungs- und Verkehrsverordnungen (Einspruch), Mietverträge, Wahl von 4 Mitgliedern des Kollegiums in den Einigungsaußschuß wegen des Ortsgebietes über das Wohlfahrtsamt, Wahl von 8 Mitgliedern des Kollegiums in den Unterschuß zur Ausstellung von Richtlinien für die Vergütung von Arbeitern, Beitrag an das Leipziger Heim für gebrechliche Kinder, Weiterverpachtung eines Gutes usw., Wiederkauf einer Feldscheune, Beistellung einer Strecke der Reisterstraße, Verbreiterung der Nordseite des Kirchplatzes in Leipzig-Gohlis, Wand an der Wagdeburger und Breitenfelder Straße und an der Keupfersen Bayerischen Straße, Bebauung von Leipzig-Connewitz-Nord, Bau von Volksschulen in Leipzig-Kleinbismarck und Leipzig-Probstheida, Mehrunterricht an den Hilfsschulen, Richtlinien über die Zahlungen aus dem Härtefonds für Inflationsgeschädigte, Haushaltsplan der Stadt Leipzig für das Rechnungsjahr 1928 im allgemeinen.

Die Leipziger Ostermesse beginnt Sonntag, den 15. April und endet Sonntag, den 6. Mai. Sie ist für den Groß- und Kleinhandel mit Waren aller Art bestimmt, namentlich für Rauch- (Wohl-) und Manufakturwaren sowie Leber. Die Rauchwarenmesse beginnt Sonntag, den 15. April. Die Lebermesse wird Montag, den 16. April, eröffnet und die Lebermesse bis am demselben Tage, 15 bis 18 Uhr, in der Handelsbörse, Tröndelring 2, abgehalten.

Der Ortsauschluß Leipzig der deutschen Jugendverbände veranstaltet im Rahmen der Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ einen Vortrag des Herrn Schulleiters Güler über „Jugend und die Gefahren der Geschlechtskrankheiten“. Der Vortrag findet Montag, den 26. d. M., 18 1/2 Uhr, statt im Erdgeschoss des Ringmeckhauses Tröndelring 8. Eintritt zum Vortrag frei. Die Jugendlichen beiderlei Geschlechts sind hierzu eingeladen.

Sternabende. 4. Volksschule. Dienstag, den 27. März, 19 Uhr, im Schulkal, Elternabend 1. Praktische Vorführungen aus dem Schulunterricht, 2. Musikalische Darbietungen einer Kindergruppe, 3. Verlesenes. — 3. Volksschule. Donnerstag, den 29. März 1928 Uhr im Schulkal: „Was kann der Krank-Verzicht uns Eltern bringen?“ Referent Lehrer Schreiter

WZ. Infolge technischer Umstellungen findet die Führung durch die Ausstellung: Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen nur Sonnabend statt. Am Mittwoch ist also keine Führung.

Leipziger Straßenbahn. Wegen Gleisbauarbeiten kann auf Linie 9 vom Mittwoch, dem 28. März 1928, an der jahresplanmäßige Betrieb nur bis zur Wiederholter Straße aufrecht erhalten werden. Für den Verkehr zwischen Wiederholter Straße und Krossitzstraße stehen Wendebahnen zur Verfügung, die den Anschluß zwischen den ankommenden und abfahrenden Zügen der Linie 9 vermitteln.

Im Naturkundlichen Heimatmuseum am Fleischereiplatz (Eingang Vorplatz 3) findet, wie uns mitgeteilt wird, Mittwoch, 28. März, 1/8 Uhr, im Vortragssaal ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern statt: Unser Heimatboden und seine Beziehungen zur Norddeutschländ und Skandinavien (H. Glösel). — Um dieselbe Zeit erfolgt in der zoologischen Abteilung der Schauausstellung eine öffentliche Museumsführung: Schnepfenvogel, Regenpfeifer und Strandläufer (W. Salzmann). — Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist für jedermann frei.

In der Mütterberatungsstelle 26, Leipzig-Neubitz, Lortzstraße 5 (26. Volksschule), hält Prof. Dr. Frank Dienstag, den 27. März 1928, 20 Uhr, einen Lichtbildvortrag über „Die Körperpflege des Schulkindes“. Eintritt frei.

Freiwerkaus an den Freiämtern. Morgen Mittwoch, den 28. März, an der Freibank I Nr. 1601 bis 3800, an der Freibank II Nr. 101 bis 1600. Von 11 Uhr an freier Verkauf.

Polizeinachtichten

Vermisst. Seit dem 2. März wird der 21 Jahre alte geisteskrante Arbeiter Richard Edwin Bertram vermisst. Er ist aus einer Heilanstalt beurlaubt gewesen und hat sich aus der elterlichen Wohnung in Leipzig-Weusich entfernt. Vermutlich irrt er planlos umher. Er ist 1,54 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes, gelocktes Haar, blaue Augen, blaues längliches Gesicht mit Wideln. Beim Sprechen reißt er sich die Hände. Bekleidet war er mit grüner Jacke mit Ärmeln, schwarzundweißfarbierter Weste, schwarzer Manschettenhose, rottem Vorhemd und weichem, grünem Hut. — Ferner wird vermisst seit dem 28. März der 17 Jahre alte Maschinenlehrling Karl Heinz Böhm. Wahrscheinlich treibt er sich umher. Er ist etwa 1,50 Meter groß, schwächlich, hat dunkelblondes Haar, dunkelbraune Augen, gesundfarbiges Gesicht und trug beim Fortgang aus der elterlichen Wohnung schwarze Jacke, blaue Weste, dunkelblaue englische Lederhose mit grauen Streifen, schwarzundweißgestreiftes Bardenthemd und gelbe Stoffmütze. — Der 17 Jahre alte Elektrotechnikerlehrling Anthonis Heinrich Joachim Döbel wird seit dem 20. März, nachmittags, vermisst. Er ist zuletzt in der Schleierstraße in der Fortbildungsschule gesehen worden. Döbel ist etwa 1,72 Meter groß, schlank, hat dichtes, mittelblondes, nach hinten gekämmtes Haar, graublaue Augen, längliches, gesundfarbiges Gesicht. Beim Fortgang aus der elterlichen Wohnung in Döbel, Südstraße 2a, war er bekleidet mit grauem Sportanzug, meliertem Pullover mit grünen Querstreifen, dunkelbraunledernen Gürtel, hohen, braunen Schuhen, Sportstrümpfen, buntem Sporthemd und grauem Wäfer. Bei sich führte er u. a. ein Fahrrad, Marke „Doma“.

Warnung vor einem falschen Telefonkontrolleur. Bei einem Wohnungsinhaber in der Kaiser-Wilhelm-Straße erschien ein unbekannter Mann, der sich „Ernst Fuchs“ nannte. Er gab an, als Telefonkontrolleur der Reichspost beauftragt zu sein, den Apparat zu prüfen. Er wurde auch in die Wohnung eingelassen, sah sich den Apparat an und entfernte sich dann mit dem Bemerkens, daß alles in Ordnung sei. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um einen falschen Postbeamten. Offenbar beabsichtigte er, bei günstiger Gelegenheit einen Diebstahl auszuführen. Vor ihm wird gewarnt. Er war 35 bis 40 Jahre alt, 1,05 bis 1,70 Meter groß, hatte gesunde Gesichtsfarbe, blaue Augen, hellblonden kleinen Schnurr- und Spitzbart, trug dunkle Lederhose und führte eine Aktentasche bei sich. Beim Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen. Zur Ermittlung seiner Person dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Arbeitsgericht

Fünf Mark für eine halbe Stunde Lokus!

Am 17. Februar dieses Jahres entließ der Geschäfts- und Stahlhelmführer Berndt von der Firma Klein u. Angerer seit drei Jahren im Betriebe tätigen Modellistler J., einen jungen, etwas heftigen Menschen, weil dieser eine nahezu unbrauchbare Schleifschale, doretwegen er bereits mehr als ein halbes Dugendmal vorstellig geworden war, im Verger auf den Boden geworfen und so zertrümmert hatte. Der Produktist beharrte auch bei seinem Entschluß, als der Arbeiter sich erbot, den entstandenen Schaden in Höhe von einer Mark zu ersetzen, und vermerkte sogar im Abgangszeugnis, daß J. „wegen mutwilliger Zerstörung von Werkzeug“ geflogen sei; damit wollte er ihm das Auffinden einer neuen Stellung erschweren, wenn nicht unmöglich machen, und außerdem erreichen, daß der Mann vier Wochen lang keine Erwerbslosenunterstützung erhielt! Natürlich protestierte der Tischler beim Betriebsrat, der den Einspruch auch als gerechtfertigt anerkannte, und erhob, als die Einigungsverhandlungen mit der Geschäftsleitung erfolglos verliefen, beim Arbeitsgericht Klage auf Wiedereinstellung oder Entschädigung und Zeugnisänderung.

In der Verhandlung kamen allerlei interessante Details über Eigenheiten des Betriebes von Klein u. Angerer zur Sprache infolge der Erklärung Berndts, daß der oben erwähnte Vorfall nicht der einzige Grund für die Entlassung des Klägers gewesen sei, daß J. so Verhalten vielmehr früher schon des öfteren Anlaß zu Beanstandungen gegeben habe. Der Tischler sei seit jeher frech aufgetreten, habe sich mancherlei seinen Kollegen und Vorgesetzten gegenüber herausgenommen und mit dem beabsichtigten Zertrümmern des Steins lediglich das Maß seiner Sünden voll gemacht. Diese Bemerkungen des Proturisten veranlaßten nun die vier Zeugen, sich gleichfalls über das Benehmen des Klägers und seine Ursachen zu verbreiten und bei der Gelegenheit die Mentalität der Geschäftsleitung ins rechte Licht zu legen. Allerdings sei J. stets sehr vorlaut gewesen; daran sei jedoch Berndt selbst am meisten schuld, denn er habe den jungen Mann stark verwöhnt und ihm so ziemlich alles nachgegeben, weil er Mitglied des Stahlhelms war. Erst als der Tischler — etwas heller geworden — „fahnenläufig“ zur freien Gewerkschaft übergetreten sei, habe der Geschäftsleiter gemerkt, was für ein „frecher Bengel“ sein bisheriger Schützling sei, und nunmehr bei jedem Quark Krach geschlagen. So sei ihm beispielsweise einmal, als er den J. nicht an besten Arbeitsplatz antwortet, mitgeteilt worden, daß der Stahlhelmer a. D. „auf den Lokus gegangen“ sei; darauf habe sich Berndt, mit der Uhr in der Hand, hingestellt und die letzten Minuten gezählt, die bis zur Rückkehr des Tischlers verblieben. Als er bei 23 war, erschien der mit Schnulst Erwartete endlich auf der Bildfläche und kommentierte seine „lange“ Abwesenheit mit dem Hinweis, daß er selten „rausgehe; wenn er aber mal gehe, dann „räume er sich gründlich aus“. Für diese dreifache Bemerkung und die halbstündige Session wurden dem J. fünf Mark Spesen berechnet und vom nächsten Lohn abgezogen; erst auf den energischen Protest des Arbeiters und des Betriebsrats hin sei die Kürzung rückgängig gemacht worden!

Der Prozeß endete mit einem Vergleich, da der Richter (Dr. Schmidt) durchsichtigen lieh, daß er wohl den Abdingungsanlaß als berechtigt werde anerkennen müssen. Herr Berndt strich den oben erwähnten Passus aus dem Zeugnis und der Kläger verzichtete auf eine Entschädigung. — Wenn nun dieser Streitfall an sich auch ziemlich belanglos ist, zeigt er doch der Wichtigkeit, welcher „Geist“ bei der Geschäftsleitung herrscht; sie wählte also bei der morgigen Betriebsratswahl nur die Liste I — Boht —, auf keinen Fall aber die Stahlhelmliste II, He!

Badischer Parteitag

Eigener Bericht.

Am 24. und 25. März fand in Pforzheim der Parteitag des Bezirks Baden statt. Am ersten Tag wurden die geschäftlichen Dinge erledigt. Gleichzeitig erfolgte die Ausstellung der Landtags- und Reichstagsabgeordneten. Die badische Bezirksorganisation hatte am 21. Dezember 1927 in 326 Ortsvereinen 20 876 männliche und 2039 weibliche Mitglieder. Das ist seit dem 1. Januar 1926 eine Gesamtzunahme von 950 Mitgliedern. Allerdings ist der durchschnittliche jährliche Markenumsatz pro Mitglied nur etwas über 35. In Baden amtieren 42 sozialdemokratische Bürgermeister. Ferner sind tätig 4290 Genossen und Genossinnen als Stadträte, Stadtratsordnerte usw. Hinzukommen noch 84 Kreis- und 71 Bezirksvertreter. Nach einer längeren Diskussion wurde u. a. auch ein Antrag angenommen, der es den Parteimitgliedern zur Pflicht macht, sich freigewerkschaftlich zu organisieren. Eine sehr lebhaft Auseinandersetzung gab es über einen Antrag, der die Sicherlegung des Kreisvorstandes von Mannheim nach Karlsruhe forderte. Der Parteitag hob seinen zutimmenden Beschluß in einer späteren Entscheidung wieder auf. Als Reichstagskandidaten wurden aufgestellt, nachdem die Landtagskandidaten nominiert worden waren: Ged. Mannheim; Schöpflin, Karlsruhe; Meier, Freiburg; Theresie Blase, Mannheim.

Der Landtagsbericht der Fraktion fand Kritik in der Hauptsache wegen des neuen Landtagswahlrechts. Gewisse Schlüsse lassen gestellte Anträge zu, die verlangen, daß trotz Bindung durch die Koalition eine Demokratisierung der zu verwaltenen Ressorts angestrebt werde. Von Bedeutung ist auch ein angenommener Antrag, der mit den Nachbarstaaten Hessen und Württemberg eine Verichtigung des Grenzjuges in der ähnlichen Weise, wie sie zwischen Sachsen und Thüringen durchgeführt worden ist, verlangt. Außerdem sollen die sozialdemokratischen Fraktionen des Reiches und der Länder alles tun, um eine gründliche Verwaltungsreform und das Ziel des Einheitsstaates zu erreichen. Schließlich sprach Genosse Hilferding über die wirtschaftliche Entwicklung und ihre politischen Folgen.

Das MG des Polizeimajors

Berlin, 24. März.

Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten wurde gestern vormittag bei einem Polizeimajor der Berliner Schußpolizei ein Maschinengewehr mit Zubehör gefunden und beschlagnahmt. Der Polizeipräsident hat sofort dem Major die Ausübung der Dienstpflicht untersagt und beim preussischen Innenminister Amtsenthebung beantragt, die heute vormittag bereits ausgesprochen worden ist. Der Polizeipräsident hat ferner ein Strafverfahren gegen den Major wegen Verstoßes gegen das Republikshußgesetz eingeleitet.

Zu dem Fund eines Maschinengewehrs berichtet die Boffische Zeitung noch, daß es sich um den stellvertretenden Kommandanten der Polizeinspektion Tiergarten, den Polizeimajor La Baume in Berlin-Zehlendorf, handelt. Die Kriminalpolizei verfuhr leicht, festzustellen, zu welchem Zwecke Major La Baume das Maschinengewehr in seiner Wohnung verborgen gehalten hatte. Insbesondere bedarf es der Nachprüfung, ob Major La Baume Beziehungen zu rechtsgerichteten Verbänden unterhalten hat. Im übrigen scheint festzustellen, daß der Offizier erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit im Besitze des Maschinengewehrs war.

Militarisierte Landespolizei

Nachgezieren und Straßingen

Die in Gera Nationalistische Abteilung der Thüringer Landespolizei hatte vor kurzem unter Leitung des Polizeihauptmanns von Daehne eine „Geländebau“ abgehalten. Beim Rückmarsch klappte das nach guter, altpreussischer Weise beschlossene Singen der Kerls nicht zur Zufriedenheit des Herrn Hauptmanns, der nach derselben bewährten Methode des Rekrutendrills ein Straßingen auf dem Kasernenhof anordnete, an dem alle Polizeibeamten bis zum Hauptwachmeister hinauf teilnehmen mußten. Dieses Nachgezieren der zum Teil älteren Beamten, bei dem es auch in Einzelgängen „Laufschritt, marsch marsch!“ und ähnliche kleine Auffrischungen der Diensttreue gab, ging in aller Öffentlichkeit vor sich.

Der Verband Thüringer Polizeibeamten hat wegen dieser unehrenhaften Uebergriffe des Polizeihauptmanns von Daehne beim thüringischen Innenministerium Beschwerde eingeleitet.

Das Pulverfaß wird gefüllt

SPD Mussolini ist viel beschäftigt. Er beglückt die „befreiten Gebiete“ in Süditalien mit immer neuen Diktatorverordnungen. Er reibt wie ein kleiner Cäsar und er treibt daneben noch in hohem Maße einen anderen Sport — er läßt Dynamit und ähnliche schöne Dinge waggonweise die Balkanstaaten durchqueren. Allein in den letzten Tagen sind 14 Waggons Munition von Italien nach Rumänien über Südbanien und Ungarn abgeschickt worden. Schon vor einigen Tagen hatten 12 Waggons Explosivstoffe, die aus Italien kamen und nach Rumänien gehen sollten, den 10 Kilometer südlich der ungarischen Grenze in Südbanien liegenden Eisenbahnknotenpunkt Maria Theresiopel passiert. Als noch ein weiterer Transport von 22 Waggons Explosivstoffen von Maria Theresiopel ankam, wurde der Stationschef mißtrauisch und hielt ihn an. Es stellte sich bald heraus, daß bevor der Transport von 12 Waggons Maria Theresiopel passiert, bereits 80 Waggons Sprengstoffe, die nicht mit dem Bemerkens „explosiv“ versehen waren, über Ungarn nach Rumänien gegangen sein sollten.

Das sind in der Tat recht auffallende Feststellungen. Sprengstoffe aus Italien nach Rumänien — über Ungarn. Es ist nur zu verständlich, daß die südslawische Regierung die letzten 22 Waggons anhalten ließ und sich bemüht, festzustellen, für wen die Explosivstoffe in Wirklichkeit bestimmt sind. Es ist ja schließlich nicht das erste Mal, daß von Italien aus Kriegsmaterial verhandelt wird. Am Neujahrstage rollten an der südbanien-ungarischen Grenze 10 Waggons Maschinengewehre aus Italien hinein nach Ungarn. Damals war auf den Begleitpapieren Polen als Ziel angegeben. Im neuesten Falle ist es Rumänien, das als Defendresse dienen muß. Aber wie am Neujahrstage ist auch heute Italien der Waffensender und Ungarn der wahrheitsliebende Empfänger.

Italien riskiert nichts. Ungarn, das weder Munition noch Waffen einführen darf, mag sich dann mit dem Waffensender herum-schlagen. Italien macht sein Geschäft und der Faschismus seine Politik. Die Mächte, die im Waffensender sitzen und selber Munitionsgeschäfte machen, reden tagelang in Genf und lassen die Dinge laufen.

Veranstaltungskalender

Dienstag, 27. März 1928.

Gummiarbeiter und -arbeiterinnen, Volkshaus, 19 Uhr.

Mittwoch, den 28. März 1928.

Verband für Freidenker und Feuerbestattung, Generalversammlung, Volkshaus, 20 Uhr.

Deutscher Bauergewerksbund, Delegiertenversammlung, Volkshaus, 17 Uhr.

Deutscher Verkehrsband, Betriebsfunktionäre des Groß-, Einzel- und Rohlenhandels, Volkshaus, 19.30 Uhr.



Wandern und Reisen

Osterfahrten

III.

Vier Tage Harzwanderung:

Wernigerode—Brocken—Harzburg—Altenau

Sonntagskarte Goslar—St. Andreasberg 8,20 Mk. Wegzettelangabe in (). Mit beschleunigtem Personenzug nach Halberstadt, ab Leipzig 19,03 Uhr, dort 21,45 Uhr, weiter nach Wernigerode, an 22,28 Uhr. Radlager im Gewerkschaftshotel Monopol.

Zu Ostern ist der Brocken einer der interessantesten Gipfel Mitteldeutschlands. Schon Hermann Löhns gab eine schöne Schilderung der so vielgestaltigen Uebergänge vom Frühling zum Winter und umgekehrt. Nachdem die Stadt Wernigerode selbst einer Besichtigung unterzogen wurde, geht es die lange Straße durch Hasselode und zum Bahnhof Steinerte Renne. Hier den Bach zur rechten am Silbernen Mann vorbei (11 E) in das Steinerte Renne genannte Bett der Holtemme. Zwischen den beiden Brüden ist der Wasserfall dann am besten zu übersehen. Im Bett der Holtemme wandert man weiter aufwärts zur Hölle und der Renneckenberger Hütte. Am Brockenbett erreicht man die Fahrstraße und steigt diese zum Gipfel empor. 17 Kilometer. Radlager im Brockenhotel (Matragelager). Wer nicht oben bleiben will, muß zeitiger in Wernigerode aufbrechen und geht dann den Goetheweg bis Torfhaus (2 Stunden) und benutzt den Autobus nach Harzburg.

2. Tag. Nach hoffentlich gutem Sonnenaufgang folgt man beim Abstieg dem Wegzettel 11 C über die Bismarckklippen zum Torfhaus Scharfenstein und Wolfenhausen. 11 A geleitet den Wanderer zum Harzburger Kurhaus. Links um den Papenberg herum findet man bei der Elfenede das Heim der Naturfreunde. 13 Kilometer.

3. Tag. Vom nahen Silberborn aus führt die Bezeichnung 23 B durch die Rastklippen zum Kommerthaller Wasserfall. Ruhend ist auch der Weg im Oertal, doch ist es da langsam, bis Oer zu fahren. Der 60 Meter hohe Wasserfall macht vor allem im Frühjahr einen starken Eindruck. Vom Gasthaus wird der Weg (6 E) zum Torfhaus Gemtenhal und an der stillgelegten Altenauer Silberhütte, geht zum Teil Elektrizitätswerk, nach Altenau (6 D) fortgesetzt. Von Kommerthal 3 Stunden.

4. Tag. Der Ragdeburger Weg mit seinem urwäldähnlichen Charakter nimmt den Wanderer auf. Vom Torfhaus sind es dann 3 Kilometer Landstraße (Wald), die bis Torfhaus Oberbrück gegangen werden müssen. Nicht ganz dieselbe Weglänge hat man zur Ahlertmannshöhe mit der Kamelshöhe und schönem Rundblick (31 K). Etwa 20 Minuten braucht man, um von Oberbrück zum Oertal zu gelangen. Die Talperre fällt bei 1632 Meter Länge und ca. 100 Meter Breite etwa 2 Millionen Kubikmeter Wasser. Der Damm wurde mit dem 8500 Meter langen Rehberger Graben um 1720 erbaut. Am Graben entlang (15 D) schreitet man in 2 1/2 Stunden nach St. Andreasberg. Nach siebenstündiger Wanderung fährt man 19,10 Uhr nach Nordhausen, um von dort den Beschleunigten zu benutzen. An Leipzig 0,30 Uhr. Der Absteher nach Ahlertmannshöhe benötigt 2 Stunden extra.

IV.

Vier Tage Oberes Saaletal

Sonntagskarte nach Saalfeld, 6,20 Mk. Ab Leipzig 5,34 Uhr bis Corbeha. Hier in den beschleunigten Personenzug nach Saalfeld steigen. Ab 6,42 Uhr, an Saalfeld 9,18 Uhr. Bereits um 9,26 Uhr geht es nach Elchwitz weiter. 10 km nach Elchwitz von der Saalmühle in Elchwitz im Tal entlang bis Höhenwarth. Hinauf nach Günthersheil. Hier herrliche Aussicht, auch auf dem Wege nach der Kreuzung des Freyhof-Buchauer Weges. Weiter über Unteraller Reizen geschwenda und Drogitz zur Saale. Schöner, wenn auch steiler, ist es von Günthersheil nach Freyhof zu gehen oder über die schwarze Wand Reidenberga zu erreichen. Von dort nun zu den Saalhäusern, Fortenschmühle, den Fischerstein nach Drogitz. Nun zur Haken- und Lintenschmühle, den Berg hinauf nach Reifers Ruhe. (Schöne Ausblicke.) Ueber die Schwedenbrücke erreicht man Ziegenrück. 6 Std.

2. Tag. Von Ziegenrück am rechten Saaleufer nach Waisburg. Dann links um ein Bauernhaus herum steil aufwärts nach Dörfels und auf dem Höhenrücken zum Marienberg (Wegweiser) und zum Schloss Burg. Der Weiterweg führt über Gräfenwärt mit seinen Klosterresten zum vorderen Köhrensberg, dem Kobersfelser ins Saale. Ueber den Weibergsteigen, den Klosterhammer erreicht man in 6 bis 7 Stunden Saalburg.

3. Tag. Auf dem rechten Ufer am Marmorwerk vorbei links zum Wildpark. Vor dem Gatter rechts zum Marienberg und hinab nach Saalburg. Am Jagdschloß Weidmannsheil schöner Blick ins Tal, darauf über Agnerstraße und durch die Mühlberger Schweiz nach Gottliebstal und an der Saale entlang bis Lemmnhäuser. Ueber den Alpensteig gehend, kommt man kurz vor Harra am Tunnel wieder zur Bahn. Eine Stunde Wanderung am Hange bringt den Wanderer dann zum heutigen Ziele, Bankenstein, dem Ausgangspunkte des Rennsteigs. Wer will, kann auch von Harra bis Lichtenberg die Bahn benutzen.

4. Tag. Von Lichtenberg, einem fränkischen Städtchen, wandert man durch den Grotto-Blechschmidhammer zur 1 Stunde entfernten Felsklippe „König David“. Hier herrlicher Blick ins Höllental. In 1 1/2 Stunden ist man, der roten Markierung nachgehend, in dem Weiler Hölle. Durch das mit Recht berühmte Höllental selbst kann man dann bis Marzgrün wandern. Heimfahrt ab Marzgrün 15 Uhr auf sehr schöner Strecke bis Saalfeld, an 17,50 Uhr. Anschluß 18,14 Uhr nach Leipzig. Wer keine Sonntagskarte hat, kann auch von Marzgrün 17,24 Uhr nach Hof fahren und dort den beschleunigten Personenzug 18,35 Uhr nach Leipzig, an 22,20 Uhr, benutzen. Fahrpreis 11,20 Mk. Marzgrün—Saalfeld 2,40 Mk. nachzahlen.

V.

Zwei Tage Dübener Heide

Sonntagskarte nach Rotes Haus 1,50 Mk. und 1.— Mk. nachlösen. Abfahrt 6 Uhr oder 7 Uhr nach Rotes Haus. Dann Wanderung nach Jagdhaus Wartha, Pressel und den C-Weg nach Falkenberg. Kurz vor dem Ort biegt in der Waldparzelle 124 links ein Weg zur Wechhütte ab. Den Wald zur Linken, dann nordwärts zur Hache-Mühle und über Mochwitz nach Schmiedeberg. Hier Radlager.

2. Tag. Bei sonnigem Wetter ist um diese Zeit eine Wanderung nach den Deichen der Elbe sehr zu empfehlen. Da geht es zuerst an den Lausiger Teichen vorbei, um über die Schaf- und Neumühle Greubitz zu erreichen. Hier hinab zur Elbe und nicht von den Fuhwegen abgehen, denn sonst bleibt man mitunter in einem toten Elbarm hängen und hat lange zurückzufahren. Trotzdem führt diese Wanderung zu einer sehr wechselreichen, vor allem, wenn man auf die Vogelwelt Obacht gibt. Es ist gar mancher Nester darunter. Domnick ist des Ansehens wert und ihm gegenüber hat man dann Pretin mit der Lichtenburg. Kurz vor Torgau wird dann der Damm zum Promenadenweg der Kleinbäder. 18,55 Uhr fährt man am Abend nach Leipzig zurück. Bis Döberitz nachlösen.

Refordgewinne des Elektrokapitals

Bilanzverschleierung und sozialpolitische Reaktion

Unter den ausschlaggebenden Fertigungsindustrien der Welt hat die elektrotechnische Industrie seit 1914 prozentual und absolut die größten Fortschritte gemacht. Nach den Angaben des Sammelheftes der Dresdner Bank, „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt“, stieg ihre Weltproduktion im Zeitraum 1913 bis 1925 unter Zugrundelegung des Vorkriegswertes um mehr als hundert Prozent. Den Hauptteil der Produktion haben die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland. Es nimmt also nicht wunder, daß die Abkömmlinge der beiden größten deutschen Unternehmungen dieses Industriezweiges, der AEG und des Siemens-Konzerns, die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen. Denn es ist nicht allein die Kapitalmacht der beiden Riesenfirmen, die ihre Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft ausmacht, sondern es ist auch die Tatsache, daß die AEG und der Siemenskonzern zu den größten deutschen Unternehmern, „Arbeitsgebern“ gehören, daß fast zweihunderttausend Arbeiter und Angestellte alljährlich in ihren gewaltigen Betriebsanlagen schuften und schwitzen, daß die Bilanz dieser gigantischen Unternehmungen zugleich die Bilanz eines großen Teiles der deutschen Wirtschaft und des aus den Arbeitern herausgehobenen Mehrwerts ist, oder, wie wir noch sehen werden, wenigstens sein sollte.

Bilanzverschleierung!

Daß die deutschen Aktiengesellschaften alljährlich ihre Geschäftsberichte veröffentlichten, beruht auf bestimmten gesetzlichen Vorschriften. In den Geschäftsberichten soll nach dem Wortlaut des Gesetzes mitgeteilt werden: die Bilanz, Verlust- und Gewinnrechnung, sowie Darlegungen über den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft. Diese Vorschriften, die von vornherein auf eine klare Umgrenzung der Pflichten einer fortgesetzten Verwaltung verzichtet, werden unter Unterstützung gewisser Organe der Rechtsprechung immer weniger eingehalten. Der Geschäftsbericht der AEG, der zuerst der Öffentlichkeit übergeben wurde, erfüllt durchaus nicht die gesetzlichen Erfordernisse. In einer Pressekonferenz wurde aber dem Geheimrat Deutsch so zugesagt, daß er zum Schluß erklären mußte, daß es an der Zeit sei, auch in Deutschland, wie man es in Amerika schon lange tue, die Öffentlichkeit über die Entwicklung der Wirtschaft und Einzelheiten der Jahresabschlussberichte zu informieren. Geheimrat Deutsch fügte dann noch entscheidend hinzu, daß er in einer der letzten Sitzungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine dahingehende Anregung gegeben habe, die eine weitgehende Ausdehnung der Publizität der deutschen Aktiengesellschaften bezwecke.

In einer Pressebesprechung des Siemenskonzerns hat nun der Direktor Haller die Antwort auf diese — wohl auch nicht sehr ernst gemeinte — Anregung der AEG gegeben. Nur Mode sei es, so führte er aus, über Verhältnisse und Bilanzmängel zu sprechen. Man könne in Deutschland da nicht so weit gehen, wie in Amerika, denn die Vereinigten Staaten seien das reichste Land der Welt... Schließlich lehnte ja auch die Erfahrung, was für Folgen es habe, wenn man dem Ausland gar zu offenherzig Aufschluß über seine Gewinne gebe, das erregte nur den Neid... Und Direktor Haller verfiel sich dann zu folgender Theorie über die Kriegsurkunde:

„Die weitgehendste deutsche Aktienpublizität hat den Weltkrieg verschuldet.“

Als Kommentar zu dieser Äußerung braucht nur hinzugefügt zu werden, daß derselbe Direktor Haller Mitglied der Zulassungskommission der Berliner Börse ist, die bekanntlich die Aufgabe hat, die schlechtesten Publizitäts- und Bilanzverschleierungsgepflogenheiten im deutschen Aktienwesen zu — verbessern. Und derselbe Siemenskonzern, dessen Finanzleiter Direktor Haller ist, hat anlässlich der Ausgabe seiner Dollarobligationen dem Ausland genaue Angaben über Umsatz und Geschäftsverlauf gemacht, die wir in Deutschland vorher nie erfahren konnten...

Die Konjunktur in der Elektroindustrie.

In jeder Bescheidenheit geben die Geschäftsberichte der AEG und der beiden Unternehmungen des Siemenskonzerns darüber nur kurze, wenig aufklärende Bemerkungen. Im AEG-Bericht steht da zu lesen:

„Die Besserung der Wirtschaftslage hat sich erfreulicherweise als stetig erwiesen. Die Umsätze, vor allem im Inland, sind erheblich gestiegen.“

Der Geschäftsbericht zählt dann all die Industriezweige auf, deren Konjunktur auf den Absatz der AEG-Produkte lebendig gewirkt haben, und man erfährt da, daß die Erbauung von Kraftwerken, die Errichtung von Dampfmaschinen und Turbogeneratoren u. a. ein großes Geschäft bedeuteten. Großes Augenmerk wendete die AEG auf die Einführung der Kohlenstaubfeuerung, und sie berichtete stolz, daß es ihr gelungen ist, als erste Firma auf dem Kontinent eine betriebsfähige Kohlenstaubfeuerung für Lokomotivloks herauszubringen. Umsatzziffern werden nicht mitgeteilt, man erfährt nur, daß vom Gesamtumsatz auf Deutschland 63 Prozent und auf das Ausland 36 Prozent entfielen, während vor dem Kriege der Auslandsanteil etwa 40 Prozent betragen hat. Anzeichen eines Konjunkturumschwunges machen sich bei der Gesellschaft vorläufig nicht geltend, so daß nach den Angaben der Verwaltung auch für das kommende Geschäftsjahr — inwieweit wurde das Aktienkapital erhöht — mit einer betriebliehen Dividende gerechnet werden kann. Ein unerledigter Auftragsbestand, der um 70 Prozent größer als am Jahresanfang ist, liegt vor.

Die Mittelungen der Siemens u. Halske-A. G. und der Siemens-Schuckert-A. G. sind larger und bescheidener, noch bescheidener als die der AEG. Es wird da berichtet:

„Unsere Betriebe waren während des abgelaufenen Geschäftsjahres ausreichend beschäftigt. Die Gesellschaften, an welchen wir dauernd und maßgebend beteiligt sind, haben angemessene Erträge erzielt. Insbesondere belebte sich das Geschäft in der zweiten Hälfte des Jahres.“

In Verantwortung des AEG-Berichtes wurde auf einer Pressekonferenz des Siemenskonzerns erklärt, daß der unerledigte Auftragsbestand am Jahresende um 67 Prozent größer sei als am Jahresanfang.

Da das Mehr der Bestellungen erst in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres einfließt, konnte es nur zum kleineren Teil Einfluß auf den verrechneten Umsatz haben. Trotzdem war er noch höher als im Vorjahre. Auf die Frage eines Pressevertreters, ob die Schätzung von einer Milliarde Mark für den Jahresumsatz des Siemenskonzerns der Wahrheit nahekomme, erteilte ein Direktionsmitglied mit erster Miene die Antwort, daß dies die Verwaltung „nicht übersehen könne“!

Rationalisierung und Sozialreaktion!

Zum Kapitel der Rationalisierung vermeldet der AEG-Bericht: „Durch technische Vervollkommnung unserer Betriebsrichtungen, durch Typisierung und konstruktive Verbesserungen, sowie durch Ausgestaltung unserer Organisation konnten in nennenswertem Umfange unproduktive Kosten erspart und das umlaufende Kapital verringert werden.“

Es wird dann noch bezüglich des Verhältnisses zur Arbeiter-schaft erklärt:

„Trotz oder gerade wegen der Mechanisierung der Betriebe betrachten wir es als eine unserer vornehmsten Aufgaben, das Gefühl der Verbundenheit mit dem Betriebe bei allen unseren Mitarbeitern, Angestellten und Arbeitern zu stärken und sie zur tatkräftigen Mitwirkung an den Betriebsverbesserungen heranzuziehen.“

Die Siemensberichte sind ganz auf sozialpolitische Reaktion und überflüssiges Scharfmachertum zugeschnitten. In ihnen wird zu gleicher Zeit auch eine Agitation gegen die doch wirklich nicht zu läppige Sozialpolitik der Reichsregierung eröffnet:

„Die Personalkosten sind also in den letzten Jahren unter wesentlicher Mitwirkung der Regierung jährlich um einen Prozentfuß gesteigert worden, der in einem sechseinhalbjährigen Zeitraum erreicht wurde in einer Periode des stärksten Aufschwügens der deutschen Wirtschaft und insbesondere der Industrie. Da die direkten und indirekten Personalausgaben der ausschlaggebende Teil der Produktionskosten sind, konnten Verteuerungen vieler Waren nicht ausbleiben.“

Und zur Rationalisierung:

„Die Rationalisierung konnte mildernd wirken, weil in kurzer Zeit vieles nachgeholt wurde, was sich ohne die langjährigen Störungen allmählich entwickelt hätte. Sie kann aber nicht dauernd im gleichen Maße fortgeschritten.“

Im Geschäftsbericht wird dann noch behauptet, daß im Durchschnitt der letzten drei Jahre eine jährliche Lohnsteigerung von zehn Prozent festgefunden habe. Für den Stand der Reallohne beweisen diese Zahlen — auch wenn sie stimmen sollten — nicht viel. Da die AEG, die ja ihren Arbeitern dieselben Löhne auszahlt, nicht darüber klagt, wird es nicht so schlimm sein... Demgegenüber ein interessanter Vergleich:

Die „Lohnbewegung“ der Aufsichtsratsaktien.

bei der AEG		bei Siemens & Halske	
in Mark	in Prozenten	in Mark	in Prozenten
1924/25	1024 25	1924/25	1024 25
1925/26	57 000	1925/26	208 000
1926/27	100	1926/27	415 000
	256		627

Es steigen also nach Angabe der Verwaltung von Siemens u. Halske die Löhne in den letzten drei Jahren um dreißig Prozent, die Aufsichtsratsaktien um fünfhundertfieben- und zwanzig Prozent.

Kurve der Dividenden.

	1924/25	1925/26	1926/27
AEG	7	7	8 Prozent
Siemens u. Halske	6	10	12 Prozent
Siemens-Schuckert	6	8 1/2	9 Prozent

Bei Siemens u. Halske hat sich also die Dividende verdoppelt, bei Siemens-Schuckert ist sie um die Hälfte angeklungen, während die AEG mit ihrer Dividendenauszahlung vorläufiger vorging.

Reingewinn bei der AEG

	1924/25	1925/26	1926/27
in tausend Mark	7 986	10 302	11 886
in Prozenten	100	129	148

Reingewinn von Siemens u. Halske

	1924/25	1925/26	1926/27
in tausend Mark	6 245	12 730	16 401
in Prozenten	100	203	262

All diese Angaben und Berechnungen können natürlich nur ein ungefähres Bild von den Reingewinnen des Elektrokapitals geben, sind nur bescheidene Fingerzeige für das, was wirklich verdient und allzusehr verschleiert und vor den Augen der Öffentlichkeit verdeckt wurde. Es hat Sinn und Methode, das Vorgehen der Kapitalisten, daß sie sich mit allen Kräften und Listen gegen die Offenlegung ihrer Bilanzen und Gewinne wehren. Die Arbeiter-schaft könnte sonst zu „anspruchsvoll“ und zu „begehrlich“ werden!

Was nicht verschleiert werden konnte!

Wenn die Verwaltungen der Unternehmungen auch mit großer Geschicklichkeit unter dem berühmten Schlagwort von „der notwendigen Kapitalbildung“ ungeheure Beträge in Neuanlagen, Abschreibungen, Rückstellungen, Sonderreserven, Rücklagen und ähnlichen Posten verschwinden lassen, manches ließ sich selbst von den geschickten Bilanzjongleuren der AEG und Siemens nicht „verfälschen und vergasen“! So ist erkennbar, daß die Kosten der großzügigen Umstellung, wie das bei der AEG von jeher üblich ist, all die einmaligen Ausgaben für Betriebsanlagen unter laufenden Unkosten verbucht wurden, daß also

die gewaltigen Neuanfassungen von Maschinen und der Bau gigantischer Fabrikanlagen aus den laufenden Ausgaben erfolgte.

Beim Siemenskonzern wurden so die Neuanfassung von Maschinen im Werte von 66 Millionen Mark getätigt und die Beträge, die für Neubau und Neuerwerb von Grundstücken erforderlich waren (rund 11 Millionen Mark), aus laufenden Ueberschüssen bezahlt. Der Konzern hat die Kosten für sämtliche Betriebs-, Werkzeugmaschinen, sowie Geräte in beiden Gesellschaften mit je einer Mark bewertet. Mit anderen Worten, die wertvollen Maschinenanlagen des Siemenskonzerns, die an Neuanfassungen im vergangenen Geschäftsjahr allein 66 Millionen Mark gekostet haben, sind in den Bilanzen mit einem Gesamtwert von insgesamt sechs Mark eingeschätzt! Bei der AEG wird im Geschäftsbericht erklärt, daß für Verjüngungs- und Umstellungszwecke „erhebliche Reserven“ aufgeschüttet werden, obwohl diese Umstellungsbeträge doch regelmäßig aus den laufenden Einnahmen genommen werden. Bei Siemens wurde die Sonderrücklage dieses Jahr verdoppelt, sie macht jetzt 5 Millionen Mark aus. Ungeheure Gewinne wurden auch auf dem Posten der Warenbestände verschleiert. Er ist bei beiden Gesellschaften niedriger als in vergangenen Jahren. Hier scheinen durch entsprechende Unterbewertungen Millionen vertarnet worden zu sein. Was aber trotz aller Kunststücke nicht verdeckt, verschleiert und aus der Blickweite der öffentlichen Meinung verdrängt werden konnte, ist die gewaltige Höhe der flüssigen Mittel, der Barbestände und jederzeit mobilisierbaren Gelder der beiden Konzerne. Bei der AEG sind es ungefähr 150 Millionen, ein Betrag, der ihrem erhöhten Aktienkapital entspricht. Bei dem Siemenskonzern liegen die Verhältnisse ähnlich, da macht der Betrag der mobilisierbaren Geldbeträge über 200 Mill. Mark aus.

Bilanz der Elektro-Bilanzen.

Der deutschen Elektroindustrie geht es nach den Abschüssen der AEG und des Siemenskonzerns glänzend, es ist ihr nicht nur gelungen, den Inlandsmarkt zu halten und dort ihre Vorherrschaft zu vergrößern, sie hat es auch zuwege gebracht, ihre Position am Weltmarkt zu verstärken. Die Konjunktur hält weiter an. Die Rationalisierung hat sich für die Unternehmen glänzend ausgewirkt. Die Arbeiterlöhne sind weit hinter der Konjunktur zurückgeblieben. In der Praxis wurde wieder einmal gezeigt, daß der Glaube Unsin ist, die Unternehmer ließen in Zeiten der guten Konjunktur „ihre“ Arbeiter mitverdienen, „mitessen“. Herr von Siemens gehört zu den größten und forschtesten Scharfmachern der gesamten deutschen Industrie, und bei der AEG ist es ähnlich. Die deutsche Elektroindustrie hat aus ihrer geschäftlichen Pflicht, aufschlußreiche Bilanzen anzufertigen, mit Abschüssen geantwortet, die sogar jede Angabe über den Jahresumsatz verweigern. Sie will verhindern, daß die Arbeiterschaft ihrer Betriebe aus den Bilanzen erfieht, wieviel Mehrarbeit, wieviel Mehrwert aus ihr alljährlich herausgespreßt wird. Aufgabe der Gewerkschaften, Aufgabe der gesamten proletarischen Öffentlichkeit ist es hier, durch Aufklärung, durch Stärkung der wirtschaftlichen Erkenntnis dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft der Elektrowneternehmungen und darüber hinaus die gesamte Arbeiterschaft aus der Gewinn- und Ausbeutungsbilanz der Elektroindustrie ihre Bilanz zieht, die da zeigt, daß den Reingewinnen des Elektrokapitals das Elend der Arbeiterschaft gegenübersteht. Fritz Heller.